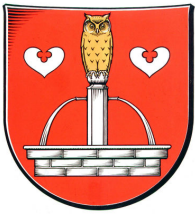


**Stadt Quickborn
Berichte zur Jahresmitte 2013**



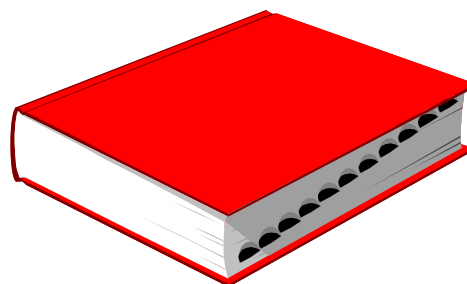


Berichtswesen der Stadt Quickborn



Berichte zur Jahresmitte 2013

Inhalt



Seite

Produktorientierte Finanzberichte	
Zusammenfassende Betrachtung	8
1 Zentrale Verwaltung	
11101 Gemeindeorgane, Verwaltungssteuerung	9
11102 Innere Verwaltungsangelegenheiten	10
11103 Rechtsamt	11
11104 Finanzverwaltung	12
11105 Liegenschaftsverwaltung	13
11107 Gleichstellungsbeauftragte	15
11108 Tiefbau und Kommunalbetriebe	16
12100 Statistik und Wahlen	16
12201 Ordnungsaufgaben	17
12202 Melde- und Personenstandswesen	17
12600 Brandschutz	18
2 Schule und Kultur	
21100 Grundschulen	19
21600 Regionalschule	20
21700 Gymnasien	22
22100 Sonderschulen	24
24100 Schülerbeförderung	25
24300 Sonstige schulische Angelegenheiten	26
24310 Mittagsversorgung (Betrieb gewerbl. Art)	26
26200 Musikpflege	27
26300 Musikschulen	27
27100 Volkshochschule	28

27200 Bücherei	29
28100 Heimat- und sonstige Kulturpflege	30
3 Soziales und Jugend	
31100 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	31
31200 Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II	32
31501 Beseitigung von Obdachlosigkeit	33
31502 Sonstige soziale Einrichtungen / Aussiedler	34
33100 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	34
36200 Jugendarbeit	35
36501 Kindertagesstätte Zauberbaum	36
36502 Zuschüsse an Kindertagesstätten	37
36600 Einrichtungen der Jugendarbeit	38
36700 Suchtberatung	39
4 Gesundheit und Sport	
42100 Förderung des Sports	39
42401 Sporthallen und Außensportanlagen	40
42402 Freibad	42
42403 Außensportanlagen	43
5 Gestaltung der Umwelt	
51100 Räumliche Planung und Entwicklung	44
52100 Bau- und Grundstücksordnung	45
52200 Wohnungsbauförderung	46
53500 Kombinierte Versorgung	47
53700 Abfallwirtschaft	48
53800 Oberflächenentwässerung	49
53801 Schmutzwasserentsorgung	51
54100 Gemeindestraßen	53
54600 Parkeinrichtungen	56
54700 ÖPNV	57
55102 Spielräume für Kinder und Jugendliche	58
55400 Naturschutz und Landschaftspflege	59
57100 Wirtschaftsförderung	61
57301 Märkte	61

57302 Dorfgemeinschaftshaus Renzel	62
57303 Sport- und Begegnungsstätte Quickborn	63
57304 Bauhof	64
6 Zentrale Finanzleistungen	
61100 Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	66
61200 Sonstige allg. Finanzwirtschaft	68
Finanzvergleich der Mittelstädte	71
Entwicklungsberichte	77
Personalentwicklung, Personalplanung, Sammelnachweis Personalausgaben	78
Sozialdaten, Sozialleistungen	86
Wirtschaftsdaten	92
Steuerentwicklung	98
Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren	103
Wichtige Angelegenheiten 2013	111
Schulbaumaßnahmen	112
Verwaltungsgemeinschaft mit den Gemeinden Hasloh und Bönningstedt	113
Energiebericht für das Verbrauchsjahr 2011	114
Trinkwasserbeprobungen in den Schulen und Einrichtungen	114
Elsensee-Gymnasium - Überhitzung Serverraum	114
Kindertagesstätte „Zauberbaum“ - Baumaßnahmen	114
Holsten-Stadion - Heizung	114
Freibad	114
Sport- und Begegnungsstätte Quickborn	115
Bauhof	115
Grundstücksangelegenheiten	115
Gebührenkalkulation für die Schmutzwasserentsorgung	115
Freibadsaison 2013	115
Marienhöhe	116
Verschuldungssituation der Stadt Quickborn und Zinsentwicklung	117
Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft mit Bönningstedt und Hasloh im Fachbereich Finanzen	118
Umstellung auf SEPA (Single Euro Payments Area)	119
Regionales Entwicklungskonzept REK A / 7 Süd	120

Planfeststellungsverfahren der Tennet zum sog. Ersatzneubau einer 380 KV-Leitung	122
Planfeststellungsverfahren der DEGES zum 6-spurigen Ausbau der A / 7	123
Kindertagesstättenbedarf in Quickborn	125
Rückblick auf die bisherigen wichtigsten Veranstaltungen in 2013	129
Verwaltungsgemeinschaft mit den Gemeinden Hasloh und Bönningstedt	129
Versicherungen	129
Schadenfälle	129
Vergabeverfahren	130
Beitragsangelegenheiten	130
Verwaltungsrechtssachen	131
NORDGATE	131
Weitere Aktivitäten der Wirtschaftsförderung	133
Spielräume	134
Personalangelegenheiten Fachbereich Jugend	134
Aufgaben des Fachbereiches Öffentliche Sicherheit	134
Soziale Angelegenheiten	135
Kommunalwahl	136
Aufgaben des Fachbereiches 6 für die Verwaltungsgemeinschaft	136
Statusbericht Photovoltaikanlage Lilli-Henoch-Halle	136
Gesellschaftervertrag der Stadtwerke Quickborn GmbH	138
EDV-Zweckverband Kommunit	138
Gleichstellungsbeauftragte	138
Ausführung von Beschlüssen	141

Produktorientierte Finanzberichte

Finanzbericht

Zusammenfassende Betrachtung

1. Jahresabschluss 2013

Der Haushaltsplan 2013 weist einen Fehlbetrag von 1.059.600 € aus. Nach dem derzeitigen Stand, kann zum Jahresende mit Steuermehrerträgen von rd. 4,3 Mio. € bei der Gewerbesteuer gerechnet werden. Dem stehen rd. 300.000 € Mindererträge bei anderen Steuerarten und der Verzinsung von Steuernachforderungen / -erstattungen gegenüber (s. Bericht zur Steuerentwicklung). Hinzu kommen rd. 900.000 € Mehraufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage und rd. 2,5 Mio. € für die Bildung einer Finanzausgleichsrückstellung zum Jahresabschluss 2013, aufgrund der hohen Gewerbesteuermehrerträge im ersten Halbjahr 2013.

Im Ergebnis kann daher mit einer Reduzierung des Fehlbetrages um rd. 0,6 Mio. € auf rd. 460.000 € gerechnet werden.

2. Personalaufwand

Für das Jahr 2013 wurden rd. 9,4 Mio. € eingeplant. Nach den aktuellen Berechnungen werden die zur Verfügung stehen Haushaltsmittel in vollem Umfang benötigt.

Zum Stand 01.07.2013 wurden sämtliche Anordnungen für das komplette Haushaltjahr berücksichtigt, u.a. auch die Beiträge zur Versorgungskasse der Beamtinnen und Beamten (VAK) und der Unfallkasse.

In der ersten Jahreshälfte 2013 wurden für das das Jobcenter im Kreis Pinneberg erneut Beschäftigte eingestellt, die dem Jobcenter zugewiesen wurden. Den höheren Personalaufwendungen für das zusätzliche Personal, das beim Jobcenter beschäftigt wird, stehen die Erträge aus der Erstattungsleistung des Bundes gegenüber.

Es ist absehbar, dass bei den Produkten 27200 (Bücherei) und 57304 (Bauhof) ein Mehrbedarf vorhanden ist, der durch Einsparungen bei anderen Produkten, insbesondere beim Produkt 53801 (Schmutzwasserentsorgung) ausgeglichen wird. Außerdem gibt es beim Produkt 21700 (Gymnasien) einen Mehrbedarf, der durch Einsparungen bei den Produkten 21100 (Grundschulen) und 21600 (Regionalschule) ausgeglichen wird.

Nachfolgend sind die einzelnen Produkte mit Erläuterungen zu Erträgen, Aufwendungen und den geplanten Investitionsmaßnahmen aufgeführt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
11101	Gemeindeorgane, Verwaltungssteuerung	Herr Lattmann / Herr Gercken	HA

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	20	31	23	31	-12	8
Personalaufwand in T€	993	602	623	604	338	627
<i>Stellenanteil</i>	<i>6,73</i>	<i>6,62</i>	<i>6,62</i>	<i>6,62</i>		
Bilanzbuchungen in T€	-111	43	101	0	0	0
Summe	902	676	747	635	416	635

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Jahr 2011 hat sich der Sachaufwand um 11.000 € erhöht, da Mittel für besondere Beauftragungen und Prüfaufträge im Zusammenhang mit den geplanten Verwaltungskooperationen mit den Gemeinden Bönningstedt und Hasloh angefallen sind. Ferner wurde der in 2010 erteilte Auftrag im Zusammenhang mit der Beratung in Sachen „Großküche Quickborner Schulen“ in 2011 kassenwirksam. Er wurde aus dem u.a. hierfür ins Jahr 2011 übertragenen Haushaltsrest beglichen, der damit vollständig aufgebraucht wurde.

Im Jahr 2012 hat sich der Sachaufwand im Vergleich zum Vorjahr um 8.000 € verringert. Der Verwaltungskostenbeitrag für die Stadtwerke Quickborn GmbH und die Kommunalbetriebe für das Jahr 2011, der erst in 2012 abgefordert wurde, fiel geringer als gewöhnlich aus (etwa 13.000 € weniger). Außerdem reduzierten sich im Jahr 2012 die Geschäftsaufwendungen um 21.000 €, da weniger Beauftragungen vorgenommen wurden.

Im Jahr 2013 wurde der Ansatz für Ehrungen und Repräsentationen um 7.000 € erhöht, da neue Ehrengeschenke (z.B. Quickborn-Buch der Geschichtswerkstatt, Quickborn-Teller, Vasen) beschafft werden müssen. Die vorhandenen Vorräte sind aufgebraucht bzw. nicht mehr zeitgemäß.

Der Ansatz für den Verwaltungskostenbeitrag liegt 2013 bei nur 10.000 €, da 3 Sparten der Kommunalbetriebe wieder zur Stadt Quickborn gehören und daher ihr Beitragsanteil herausgerechnet wurde. Der Verwaltungskostenbeitrag für 2012 in Höhe von 23.000 € wurde in 2013 nachgefordert, weshalb sich die Erträge 2013 nicht verringern, sondern bis zum 01.07.2013 sogar bereits um 10.000 € im Vergleich zum Vorjahr (13.000 €) erhöht haben. Wenn der Ansatz für 2013 in Höhe von 10.000 € erfüllt wird, sind es bei den Erträgen sogar 20.000 € mehr als im Vorjahr, also 33.000 €. Dem gegenüber stehen voraussichtlich Aufwendungen in Höhe von 41.000 €

Die Reduzierung der Stellenanteile um 0,11 erfolgte durch interne Verschiebungen im Bereich der Sachbearbeitung Team Strategie-Management.

Die Abweichungen bei den Bilanzbuchungen ergeben sich aus Entnahmen aus und Zuführungen an die Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
11102	Innere Verwaltungsangelegenheiten	Herr Putz	HA

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	427	491	628	942	491	942
Personalaufwand in T€	422	501	553	551	317	551
<i>Stellenanteil</i>	7,32	7,32	7,32	7,32		
Bilanzbuchungen in T€	105	83	66	96	0	96
Summe	954	1.075	1.247	1.589	845	1.589

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der steigende Zuschussbedarf ist vorrangig auf die allgemeine Kostenentwicklung und die Übernahme zusätzlicher Aufgaben in der EDV-Betreuung durch Kommunit zurückzuführen.

Die Erträge haben sich seit 2011 aufgrund geringerer Erstattungen verringert.

Die Sachaufwendungen 2013 liegen im Rahmen der Planung.

überplanmäßige Ausgabe 2013:

Es wurden insgesamt 21.000 € überplanmäßig bereitgestellt, die erst in der zweiten Jahreshälfte kassenwirksam werden und sich wie folgt aufteilen:

- 3.000 € zur Deckung der beschlossenen Verbandsumlage
- 1.500 € zur Deckung der dringend benötigten Telefonanlage am Standort Bönningstedt
- 18.000 € zur Deckung des notwendigen Personalmanagementprogrammes

Das Effizienzgutachten mit dem Ziel, Einsparpotentiale bei den Personal- und Sachkosten aufzuzeigen und zu quantifizieren, wird im September 2013 in Auftrag gegeben. Im Haushalt 2013 wurden für diesen Zweck insgesamt 250.000 € bereitgestellt. Darin enthalten ist ein Betrag von rd. 50.000 € für eigene Aufwendungen der Stadt. Unter Berücksichtigung des Auftragsvolumens ergeben sich zurzeit freie Haushaltsmittel von bis zu 100.000 €.

Der Ansatz für Personalaufwendungen wird in 2013 voraussichtlich in vollem Umfang benötigt. Es ist nicht möglich, durch geeignete Maßnahmen Personalkosten einzusparen. Auf die Ausführungen in der zusammenfassenden Betrachtung wird hierzu verwiesen. Außerdem waren für die gesetzliche Unfallversicherung insgesamt 32.400 € zu begleichen. Der Prognoseansatz wurde daher nicht „einfach“ verdoppelt, sondern aufgrund der vorgenannten Zahlungen, die für das ganze Jahr geleistet worden sind, genauer berechnet.

Die Bilanzbuchungen erfolgen im Rahmen des Jahresabschlusses 2013.

Finanzbericht

Investitionen	Ansatz 2013/Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Inventar und Geräte zzgl überplanm. Ausgabe	18.000,00 2.302,33	3.313,65	16.988,68
Rest 2012:			
2. Inventar und Geräte	11.830,31	11.830,31	0,00

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen: 1. Inventar und Geräte zzgl überplanm. Ausgabe Rest 2012: 2. Inventar und Geräte	Der Rest aus 2012 wird in voller Höhe für die Beschaffung von arbeitsmedizinisch erforderlichem Mobiliar (höhenverstellbaren Schreibtischen und ergonomischen Bürostühlen) benötigt. s. Ziffer 1

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus-schuss
11103	Rechtsamt	Herr Knees	HA

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	63	86	128	102	48	102
Personalaufwand in T€	155	216	203	200	102	200
<i>Stellenanteil</i>	<i>3,00</i>	<i>3,00</i>	<i>3,00</i>	<i>3,00</i>		
Bilanzbuchungen in T€	1	97	-48	-50	0	-50
Summe	219	399	283	252	155	252

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes
<p>Die Differenz bei den Sachaufwendungen zwischen dem Haushaltsansatz und dem Stand 01.07.2013 beträgt 54.000 €.</p> <p>Die Gerichts- und Anwaltskosten (40.000 €) mussten bisher nur in Höhe von rund 7.000 € in Anspruch genommen werden. Dem gegenüber betragen die Kosten für die Inanspruchnahme der Verfahrensrückstellung (50.000 €) für laufende Verfahren und teilweise abgeschlossene Verfahren 39.000 €.</p> <p>Aus heutiger Sicht ist der Ansatz 2013 ausreichend.</p> <p>Die Änderungen bei den Bilanzbuchungen resultieren aus der Bildung und Auflösung der in jedem Jahr unterschiedlichen Verfahrensrückstellung.</p>

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
11104	Finanzverwaltung	Frau Wölfel	FA

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-55	-50	-45	-45	-60	-70
Personalaufwand in T€	203	271	257	254	203	311
<i>Stellenanteil</i>	5,35	5,05	4,55	4,55		
Bilanzbuchungen in T€	25	66	50	0	0	0
Summe	173	287	262	209	155	241

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Jahr 2010 konnten mit rd. 60.000 € rd. 10.000 € mehr Säumniszuschläge, Mahn- und Vollstreckungsgebühren eingenommen werden als in den beiden Vorjahren. Weiterhin sind in 2010 die Geschäftsaufwendungen um rd. 7.000 € im Vergleich zu den beiden Vorjahren gesunken.

Im Jahr 2011 beträgt der Ansatz für Säumniszuschläge, Mahn- und Vollstreckungsgebühren 55.000 €. Zum Jahresende wurden Gebühren von rd. 65.000 € eingenommen, so dass der Ansatz um 10.000 € überschritten worden ist. Die Hälfte der Mehrerträge wurde verwendet, um zusätzliche Kosten bei den Geschäftsaufwendungen zu decken.

In 2012 wurden Säumniszuschläge, Mahn- und Vollstreckungsgebühren von rd. 62.000 € eingenommen (Ansatz 55.000 €), so dass das Ergebnis um 10.000 € günstiger ausgefallen ist.

In 2013 liegt der Stand der Gebühren zur Jahresmitte bereits bei 73.500 € (Ansatz 60.000 €), so dass zum Jahresende mit Erträgen von mind. 85.000 € gerechnet wird.

Beim Stellenanteil wurden 2011 0,3 Stellenanteile bei der Geschäftsbuchhaltung reduziert. In 2012 wurde ein Anteil von 0,5 Stellen den Produkten 61100 und 61200 zugeordnet.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
11105	Liegenschaftsverwaltung	Frau Raphael	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	40	-310	-514	-425	-30	-70
Personalaufwand in T€	237	353	321	322	161	322
<i>Stellenanteil</i>	<i>6,26</i>	<i>6,76</i>	<i>6,96</i>	<i>6,91</i>		
Bilanzbuchungen in T€	54	114	71	101	0	101
Summe	321	157	122	-2	132	353

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch den Verkaufserlös der Grundstücke Talstraße konnte der Haushaltsansatz 2011 erfreulicherweise überschritten werden. Weitere Mehrerträge wurden durch Abrechnung über die im März 2010 neu verabschiedete Verwaltungsgebührensatzung, insbesondere für Aufgrabescheine, erzielt.

Das positive Rechnungsergebnis 2012 ergab sich in erster Linie aus Erträgen durch die Veräußerung von Grundstücken.

Im ersten Halbjahr 2013 liegen die Bewirtschaftungskosten im Rahmen der Planung. Durch die Bereitstellung städtischer Flächen für Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Erschließung des Bebauungsplanes 104a (Gebiet in Quickborn-Heide-West, zwischen der Friedrichsgaber Straße / Bahnstraße) konnten rund 50 T€ vereinnahmt werden.

Prognose zum Jahresende:

Die veranschlagten 500 T€ für den Verkauf des Grundstücks Bahnstraße werden voraussichtlich 2013 nicht erzielt werden können, da das erforderliche Baurecht bislang noch aussteht.

Die Stellenanteile haben sich in 2011 um 0,5 im Bereich der Hausmeister erhöht und in 2012 um 0,2 für Gebäudeleittechnik. In 2013 wurden Anteile von 0,05 dem Produkt 11108 „Tiefbau und Kommunalbetriebe“ zugeordnet.

Bei den Bilanzbuchungen wurden im Jahr 2013 zentral bei 11105 die Aktivierung von Eigenleistungen von 200 T€ veranschlagt. Diese werden im Rahmen des Jahresabschlusses auf die einzelnen Produkte verteilt.

Investitionen	Ansatz 2013/Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Einzahlung aus der Veräuße- rung von Grundstücken	500.000,00	41.667,94	458.332,06
2. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	50.000,00	12.612,00	30.042,11
3. Pauschale Planungskosten zzgl. Haushaltsrest 2012	10.000,00 7.802,85	0,00 6.555,64	10.000,00 1.247,21
4. überplanm. Ausgabe, Schweißgerät	2.251,98	2.251,98	0,00
5. überplanm. Ausgabe, 3 Luft- trockner und Ventilatoren	5.300,00	5.277,46	22,54
Rest 2012:			
6. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	158.214,38	0,00	158.214,38

Finanzbericht

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Einzahlung aus der Veräußerung von Grundstücken	Die geplante Einnahme von 500 T€ (Grundstück Bahnstraße) konnte bisher nicht erzielt werden, da das erforderliche Baurecht noch nicht gegeben ist. Die Einzahlung von rund 41 T€ resultiert aus der Veräußerung eines Erbaurechtes.
2. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Auszahlungen erfolgen aufgrund privatrechtlicher Verpflichtungen (Leibrente).
3. Pauschale Planungskosten zzgl. Haushaltsrest 2012	Die Reste aus diesem Produktkonto sind gemäß den erteilten Aufträgen weitgehend ausgeschöpft. Aus dem laufenden Ansatz 2013 wurden bereits für verschiedene Maßnahmen Aufträge vorausverfügt. Abrechnungen sind noch nicht erfolgt.
4. überplanmäßige Ausgabe, Schweißgerät	Für Schweißarbeiten am Edelstahlbecken des Freibades wurde ein Schweißgerät angeschafft. Die Deckung erfolgte aus Unterhaltungsmitteln des Freibades. Da das Gerät für Arbeiten an allen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung steht, wurde es dem Bereich Liegenschaften zugeordnet.
5. überplanmäßige Ausgabe, 3 Lufttrockner und Ventilatoren	Im Rahmen der Sanierung des Aula-Gebäudes Comenius-Schule Quickborn wurde eine Aufstockung der stadteigenen Geräte um jeweils drei Lufttrockner und Ventilatoren zwingend erforderlich. Leihgeräte standen wegen der Einsätze in den Überschwemmungsgebieten im Südosten nicht zur Verfügung. Die Deckung erfolgte aus der Baumaßnahme beim Produktkonto 21600-785104 (Comenius-Schule Quickborn, Sanierung).
Rest 2012:	
5. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Der geplante Grunderwerb (z.B. Umsetzung von B-Plänen, Bahnübergang Ellerau) konnte bisher nicht durchgeführt werden.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
11107	Gleichstellungsbeauftragte	Frau Gleisner	HA

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	6	7	6	6	4	6
Personalaufwand in T€	25	25	27	29	14	29
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,50</i>	<i>0,50</i>	<i>0,50</i>	<i>0,50</i>		
Bilanzbuchungen in T€	1	0	-1	0	0	0
Summe	32	32	32	35	28	35

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Gleichstellungsbeauftragte verfügt in der Regel über keine Erträge, d.h. die Aufwendungen sind fast ausschließlich über einen Zuschuss aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren. Der Ansatz für den Sachaufwand wird voraussichtlich voll ausgeschöpft. Wiederkehrende Angebote wie der Alleinerziehendentreff müssen durchgängig finanziert werden. Die Beratungen von Frau & Beruf, die Frauengeschichtswerkstatt sowie die Ausstellung zum Equal Pay Day erfordern nur sehr geringe finanzielle Mittel. Die Herausgabe der Broschüre „Ohne Frauen ist keine Stadt zu machen“ wurde im größeren Umfang finanziert und soll durch den Verkauf eben dieser kompensiert werden. Hinzu kommen die Honorare für Vorträge zu Elternzeit/Elterngeld, Trennung/Scheidung, Teilzeitausbildung und für den internationalen Frauentag. Der Girls Day und die Seminarreihe „Frauen mischen sich ein“ – Aktionsplan Kommunalpolitik beanspruchen etwas mehr finanzielle Mittel. Im zweiten Halbjahr 2013 wird die Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ zusätzlich zu finanzieren sein. Darüber hinaus muss der Familienwegweiser in russischer und türkischer Sprache neu aufgelegt werden, da die erste Auflage bereits vergriffen ist.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
11108	Tiefbau und Kommunalbetriebe	Herr Vorberg	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	0	0	0	7	-65	-100
Personalaufwand in T€	0	0	39	0	5	5
<i>Stellenanteil</i>				1,38		
Bilanzbuchungen in T€	0	0	6	0	0	0
Summe	0	0	45	7	-60	-95

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch Verwaltungsgebühren für Aufgrabescheine, insbesondere durch Baumaßnahmen von tel.quick und den Stadtwerken, wurden unerwartet hohe Mehrerträge erzielt.

Das Produkt wurde erst im Laufe des Haushaltes 2012 gebildet, nach der Entscheidung über die Übernahme der 3 Sparten der Kommunalbetriebe. Zum Haushalt 2013 wurden die Stellenanteile zugewiesen.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
12100	Statistik und Wahlen	Herr Dentzin	HA

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	9	0	8	21	19	21
Personalaufwand in T€	34	29	36	50	13	50
<i>Stellenanteil</i>	1,10	1,10	1,10	1,10		
Bilanzbuchungen in T€	7	0	1	0	0	0
Summe	50	29	45	71	32	71

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand: Die im Jahr 2010 entstandenen Wahlkosten für die Bürgermeisterwahl mit Stichwahl sind genauso wie die Kosten für die Kommunalwahlen in 2008 zu 100 % von der Stadt zu tragen. Eine Wahlkostenerstattung (im Gegensatz zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen) gibt es nicht.

In 2011 fanden keine Wahlen statt, in 2012 die Landtagswahl; eine Wahlkostenerstattung des Landes bei der Landtagswahl 2012 erfolgt nicht.

In 2013 sind sowohl die Kommunalwahlen als auch die Bundestagswahl durchzuführen. Sowohl die Durchführung als auch die Kosten sind bei den Kommunalwahlen am umfangreichsten; zumal auch keine Wahlkostenerstattung erfolgt (100 % zu Lasten der Stadt). Anders verhält es sich bei der Bundestagswahl, da hier ein Teil der Kosten vom Bund erstattet werden. Insgesamt ist der Ansatz ausreichend und die Aufwendungen planmäßig.

Bei den **Bilanzbuchungen** 2010 von 7 T€ handelt es sich um eine Zuführung an die Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
12201	Ordnungsaufgaben	Frau Lohse	HA

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-30	-25	-21	-19	-12	-19
Personalaufwand in T€	193	263	266	268	174	268
<i>Stellenanteil</i>	5,63	5,63	5,63	5,63		
Bilanzbuchungen in T€	6	42	-3	12	0	12
Summe	169	280	242	261	162	261

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die bis zur Mitte 2013 getätigten Aufwendungen und eingegangenen Erträge entsprechen der Planung.
Die Beträge bei den Bilanzbuchungen resultieren aus Entnahmen aus und Zuführungen an die Pensionsrück-
stellung.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
12202	Melde- und Personenstandswesen	Herr Dentzin	HA

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-79	-80	-74	-106	-61	-226
Personalaufwand in T€	403	445	441	459	222	459
<i>Stellenanteil</i>	8,87	8,87	8,87	8,87		
Bilanzbuchungen in T€	-1	7	14	0	0	0
Summe	323	372	381	353	161	233

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand:2010: Die Verwaltungsgebühren haben sich von ca. 124.000 € in 2009 auf ca. 145.000 € in 2010 erheblich erhöht. Dieses hängt neben zusätzlichen Standesamtsgebühren (u.a. Eheschließungen außerhalb der Öffnungszeiten) maßgeblich von einer verstärkten Nachfrage nach dem „alten“ (d.h. noch vor dem 01.11.2010) sowie nach dem deutlich teureren neuen Personalausweis (ab 01.11.2010 u.a. in Checkkartenformat) ab; zumal die Beschaffungskosten in 2010 von ca. 63.000 € auf ca. 67.000 € nur leicht angestiegen sind (Ansatz 2012: 80.000 €).

Der Wegfall von Druck und Versand der Lohnsteuerkarten führt zu einer Ersparnis von ca. 5.000 €. Der Betrag wird ab 2011 nicht mehr benötigt.

2011: Die Verwaltungsgebühren haben sich gegenüber dem Vorjahr (146.000 €) bzw. dem Ansatz (145.000 €) nochmals erheblich auf über 191.000 € erhöht. Diese erneute Steigerung ist primär auf die erhebliche Gebührenerhöhung bei dem Personalausweis zum 01.11.2010 zurückzuführen, wobei gleichzeitig den Mehrerträgen höhere Beschaffungskosten für den neuen Personalausweis (Vergleich 2010: 67.000 € gegenüber 2011 i.H.v. 104.000 €) und einem nicht unerheblich höheren Verwaltungsaufwand gegenüberstehen. Mehrerträge ent-

Finanzbericht

standen aber auch im Standesamt sowie durch vermehrte Eheschließungen außerhalb der Öffnungszeiten.

2012: Sowohl die Erträge als auch die Aufwendungen erfolgten planmäßig.

2013: Die Erträge durch Verwaltungsgebühren werden den Gesamtansatz von ca. 270.000 € bei Aufwendungen von ca. 150.000 € (hauptsächlich Erstattungen für Personalausweise und Reisepässe an die Bundesdruckerei) und somit ein Plus von 120.000 € (2012: plus von 80.000 €) erreichen. Dieses hängt einerseits mit einer verstärkten Nachfrage nach den Dienstleistungen, aber insbesondere auch mit den Erträgen / Aufwendungen für Hasloh, Bönningstedt und Quickborn zusammen.

Bei den **Bilanzbuchungen** 2011 resultiert aus einer Zuführung zur Pensionsrückstellung, der Betrag aus 2012 aus einer Zuführung zur Urlaubs- und Überstundenrückstellung.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus-schuss
12600	Brandschutz	Frau Lohse	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	128	180	141	197	110	197
Personalaufwand in T€	171	180	180	198	100	198
<i>Stellenanteil</i>	<i>3,45</i>	<i>3,45</i>	<i>3,45</i>	<i>3,45</i>		
Bilanzbuchungen in T€	111	164	182	248	0	248
Summe	410	504	503	643	210	643

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die bis zur Mitte 2013 getätigten Aufwendungen und eingegangenen Erträge entsprechen der Planung für dieses Jahr.

Bei den Bilanzbuchungen erhöhen sich bis 2013 aufgrund der getätigten Investitionen die Abschreibungen und es kommen Aufwendungen aus der Aufteilung der Zinsen für Investitionen hinzu.

Investitionen	Ansatz 2013/Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Inventar und Geräte	59.000,00	16.142,52	42.857,48
2. Funkgeräte BOS	56.000,00	0,00	56.000,00
3. Atemschutzgeräte	10.000,00	0,00	10.000,00
Reste 2012:			
4. Inventar und Geräte	20.763,00	0,00	20.763,00
5. Atemschutzgeräte	12.322,62	5.943,96	6.378,66
6. Einsatzleitwagen	125.742,11	0,00	125.742,11
7. Feuerwache, Abscheideranlage	55.000,00	21.393,12	33.606,88

Finanzbericht

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen: 1. Inventar und Geräte 2. Funkgeräte BOS 3. Atemschutzgeräte Reste 2012: 4. Inventar und Geräte 5. Atemschutzgeräte 6. Einsatzleitwagen 7. Feuerwache, Abscheideranlage	Der Restbetrag wird in der 2. Jahreshälfte benötigt. Die Haushaltsmittel werden voraussichtlich erst 2014 in Anspruch genommen. Die Beschaffung erfolgt im 2. Halbjahr 2013. Die Beschaffung des Inventars erfolgt im 2. Halbjahr. Die Beschaffung erfolgt im 2. Halbjahr 2013. Der Einsatzleitwagen wird erst Ende November 2013 geliefert. Die Abscheideranlage wurde eingebaut, Abnahme und Schlussrechnung steht noch aus.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus-schuss
21100	Grundschulen	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	321	371	392	408	284	408
Personalaufwand in T€	357	364	419	453	196	400
<i>Stellenanteil</i>	<i>5,99</i>	<i>6,12</i>	<i>7,19</i>	<i>7,37</i>		
Bilanzbuchungen in T€	86	175	230	195	0	195
Summe	764	910	941	1.056	480	1.003

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes
<p>Die Erträge und Aufwendungen 2013 befinden sich im Rahmen der Planung. Die Erträge der Schulkostenbeiträge werden erst zum Ende des Jahres 2013 gebucht bzw. eingenommen, da der Stichtag zur Berechnung erst im September ist.</p> <p>Die Erhöhung des Stellenanteils 2011 setzt sich zusammen aus 0,03 Stellen Sachbearbeitung und 0,1 Stellen Gebäudeleittechnik. Ab 2012 kommen Stellenanteile aus den nicht mehr bestehenden Realschulen und der Hauptschule hinzu. Ab 2013 erhöht sich der Stellenanteil um 0,18 für die Einrichtung der sanierten und / oder neu gebauten Schulgebäude.</p> <p>Bei den Bilanzbuchungen sind zum Haushalt 2011 Aufwendungen aus Verrechnungszuschüssen für die Nutzung der Sporthallen durch die Schulen hinzugekommen und Abschreibungen aus der fertig gestellten Sanierung der Grundschule Mühlenberg. In 2012 erfolgte eine einmalige Zuführung an die Altersteilzeitrückstellung.</p>

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
21600	Regionalschule	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-95	204	-64	208	394	208
Personalaufwand in T€	0	324	540	561	260	531
<i>Stellenanteil</i>	<i>2,62</i>	<i>7,03</i>	<i>10,07</i>	<i>10,07</i>		
Bilanzbuchungen in T€	15	384	385	632	0	632
Summe	80	912	861	1.401	655	1.371

	Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.2013 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Rest 2012:			
Hochbauunterhaltung	31.881,41	21.974,73	9.906,68

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Für 2010 sind dem Produkt 21600 „Regionalschule“ die Schulkostenbeiträge (Fälligkeit: September) zugeordnet worden. Da dem jedoch nur geringe Aufwendungen (ab August wurden erst Aufwendungen geplant) gegenüberstanden, sind bei dem Produkt mehr Erträge als Aufwendungen vorhanden.

Ab 2011 sind die Produkte 21201 „Erich Kästner-Schule“ und 21502 „Heinrich-Hertz-Realschule“ hier zusammengefasst.

Durch die Schulgesetzänderung konnten 2012 erstmalig die Schulkostenbeiträge nach den entstanden Echkosten eingenommen werden. Für die Planung wurden noch die festgesetzten Beiträge vom Land berücksichtigt. Es entstanden somit erhebliche Mehrerträge.

Die Erträge und Aufwendungen 2013 befinden sich im Rahmen der Planung. Die Erträge aus Schulkostenbeiträgen werden zum Ende des Jahres 2013 gebucht bzw. eingenommen, da der Stichtag zur Berechnung erst im September ist.

Aus dem Haushaltsrest Hochbauunterhaltung wurden Arbeiten für den Wandschutz ausgeführt. Im zweiten Halbjahr ist die Ausführung der beauftragten Arbeiten für die Erweiterung der Gebäudeleittechnik in der Außenstelle der Comenius-Schule (ehemals Realschule Heidkamp) vorgesehen.

Die Stellenanteile in 2010 setzen sich zusammen aus der Projektplanung, der Fachbereichsleitung Bildung und Anteilen des Fachbereiches Liegenschaften für die Durchführung des Neubauprojektes. In 2011 kommen dann auch die Schulsekretärinnen, Sachbearbeitung Fachbereich Bildung und Sozialpädagogen hinzu. Für das Jahr 2012 wurden 0,57 Anteile Sachbearbeitung aus dem Wegfall der Realschulen und der Hauptschule zugeordnet und 2,47 Anteile Schulsozialpädagogen.

In den Bilanzpositionen finden sich die ersten Beträge für die Abschreibung des Neubaus und die Verrechnungszuschüsse für die Nutzung der Sporthalle.

Investitionen	Ansatz 2013/Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Außenanlagen	210.000,00	9.396,93	200.603,07
2. Sanierung HHRS	1.790.000,00	0,00	1.790.000,00
Reste 2012:			
3. Grundausstattung	132.205,23	42.989,39	89.215,84
4. Leitungen	140.782,97	13.008,34	127.774,63
5. Sanierung HHRS	2.685.628,30	1.544.811,38	1.140.816,92

Finanzbericht

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Außenanlagen	Die Maßnahme befindet sich in der Ausführung und wird im 2. Halbjahr 2013 abgeschlossen.
2. Sanierung HHRS	Die Sanierung des Aula-Gebäudes (Haus 1) konnte soweit vorangebracht werden, dass die ersten zwei Fachräume für Musik und Kunst sowie vier Klassenräume der Comenius-Schule mit Schulbeginn im August übergeben werden konnten. Die Fertigstellung der Aula mit dem neuen Namen Artur-Grenz-Saal erfolgt im Oktober. Die übrigen Fach- und Klassenräume im Obergeschoss folgen in den nächsten Wochen. Eine frühere Fertigstellung wurde durch die hohe Feuchtigkeit im Estrich verhindert. Nach jetzigem Stand werden die bereitgestellten Haushaltsmittel ausreichen.
Reste 2012:	
3. Grundausstattung	Durch die Verzögerung der Sanierung des Hauses 1 der Comenius-Schule wurde eine Übertragung der Mittel notwendig.
4. Leitungen	Die Maßnahme ist noch nicht abgenommen, die Schlussrechnung noch nicht erfolgt.
5. Sanierung HHRS	Der Haushaltsrest wird im Rahmen der weiteren Baumaßnahme in Anspruch genommen vgl.Pkt.2.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
21700	Gymnasien	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-28	-145	64	37	517	37
Personalaufwand in T€	364	372	413	430	238	480
Stellenanteil	5,85	7,02	8,63	8,63		
Bilanzbuchungen in T€	217	525	769	946	0	946
Summe	553	752	1.246	1.413	757	1.413

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Überschuss ist für 2011 aufgrund von höheren Schulkostenbeiträgen gestiegen. Im Jahr 2012 ergibt sich ein Zuschussbedarf, da die neuen Schulräume im Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium eingerichtet worden sind.

Die Erträge und Aufwendungen 2013 befinden sich im Rahmen der Planung.

Die Erträge aus Schulkostenbeiträgen werden erst zum Ende des Jahres 2013 gebucht bzw. eingenommen, da der Stichtag zur Berechnung erst im September ist.

Aufgrund des Neubaus und der Sanierung kommen ab 2011 Stellenanteile für die Projektleitung und aus dem Fachbereich Bildung hinzu, ab 2012 Anteile für die Schulsozialarbeit.

In den Bilanzpositionen sind Beträge für die Abschreibung von Investitionen am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium und dem Elsensee-Gymnasium sowie die Verrechnungszuschüsse beider Schulen für die Nutzung der Sporthallen enthalten.

Investitionen	Ansatz 2013/Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Ausstattung	10.000,00	4.199,61	5.800,39
2. Elsensee-Gymnasium, Sanierung abzgl. überplanm. Ausgabe	400.000,00 -81.246,12	0,00	318.753,88
Reste 2012:			
3. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Inventar und Geräte	12.304,39	2.444,16	9.860,23
4. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Sanierung	798.199,90	211.630,83	586.569,07
5. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Neubau	310.232,37	8.488,28	301.744,09
6. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Außenanlagen zzgl. überplanm. Ausgabe	334.566,99 38.000,00	84.807,28	287.759,71
7. Elsensee-Gymnasium, Sanierung	13.989,99	0,00	13.989,99

Finanzbericht

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
<p>Investitionen:</p> <p>1. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Ausstattung</p> <p>2. Elsensee-Gymnasium, Sanierung abzgl. überplanm. Ausgabe</p>	<p>Aufgrund der erst vor kurzem beendeten Sanierungsmaßnahmen konnten die Aufträge nicht früher erteilt werden. Aufgrund von Lieferzeiten wird voraussichtlich eine Übertragung notwendig.</p> <p>Ein mögliches Raumkonzept wurde dem Fachausschuss im August d.J. vorgestellt. Im Oktober hat sich der Fachausschuss mit konkreten Raumkonzepten für die Grundschule Goethe-Schule und für das Elsensee-Gymnasium befasst. Im Einzelnen wird auf die Vorlagen Nr. X/024-1 und Nr. X/024-2 verwiesen. Der Fachausschuss wird Ende November seine Beratungen fortsetzen.</p> <p>Die bereitgestellten Mittel werden für Architektenleistungen und Fachplanungen benötigt.</p> <p>81.246,12 € wurden zur Deckung der überplanmäßigen Ausgabe für die beiden neuen Sporthallen zur Verfügung gestellt.</p>
<p>Reste 2012:</p> <p>3. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Inventar und Geräte</p> <p>4. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Sanierung</p> <p>5. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Neubau</p> <p>6. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Außenanlagen zzgl. überplanm. Ausgabe</p> <p>7. Elsensee-Gymnasium, Sanierung</p>	<p>Aufgrund der erst vor kurzem beendeten Sanierungsmaßnahmen konnten die Aufträge nicht früher erteilt werden. Aufgrund von Lieferzeiten wurde eine Übertragung in das Jahr 2013 notwendig. Der Rest wird bis Jahresende ausgegeben sein.</p> <p>Im Bereich des Hochbaus und der technischen Gebäudeausrüstung konnten die Mängelbeseitigungen bislang nicht abgeschlossen werden. Es stehen noch eine Vielzahl von Schlussrechnungen aus. Freie Mittel werden im Rahmen der Produktdeckung für die Fertigstellung der Aussenanlagen benötigt.</p> <p>s.o.</p> <p>Im Sommer d.J. wurden weitere Flächen der Aussenanlagen fertiggestellt. Im Oktober wurde mit dem letzten Teil des Nordhofes begonnen. Die bereitgestellten Mittel werden zuzüglich der Deckungsmittel aus dem Produkt ausreichen.</p> <p>s. Erläuterungen zu Ziffer 2</p>

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
22100	Sonderschulen	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-45	-23	-20	-30	30	-30
Personalaufwand in T€	93	99	98	105	48	105
<i>Stellenanteil</i>	<i>1,75</i>	<i>1,81</i>	<i>1,81</i>	<i>1,81</i>		
Bilanzbuchungen in T€	1	50	48	66	0	66
Summe	49	126	126	141	78	141

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

2010 führten erhöhte Aufwendungen für Unterhaltungsmaßnahmen an der Ernst-Barlach-Schule zu einer Änderung im Zuschussbedarf.

Die Erträge und Aufwendungen 2013 befinden sich im Rahmen der Planung. Zum Stichtag 01.07.2013 ist der Großteil der Erträge noch nicht geflossen, da die Abrechnung der Schulkostenbeiträge erst im September 2013 erfolgt.

Bei den Stellenanteilen sind 0,01 Stellen Sachbearbeitung Bildung und 0,05 Stellen für die Gebäudeleittechnik hinzugekommen.

Bei den Bilanzzahlen handelt es sich in erster Linie um Verrechnungszuschüsse für die Nutzung der Sporthalle, Abschreibungen von aktiviertem Anlagevermögen und die Aktivierung von Eigenleistungen.

Investitionen	Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Rest 2012: 1. Sanierung	13.238,56	7.731,19	5.507,37

Erläuterungen zu den Resten

Rest 2012: 1. Sanierung	Restarbeiten im Rahmen der Gebäudeleittechnik (Pumpensteuerung der Heizung) sowie die Aufschaltung zur Gebäudeleitzentrale der Comenius-Schule wurden weitestgehend ausgeführt. Die letzten Abschlussarbeiten stehen noch aus.
-----------------------------------	--

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
24100	Schülerbeförderung	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	131	118	117	140	-31	130
Personalaufwand in T€	7	8	5	5	2	4
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,13</i>	<i>0,15</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>		
Bilanzbuchungen in T€	0	0	-1	0	0	0
Summe	138	126	121	145	-29	134

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Bereich der Schülerbeförderung gibt es immer einen schwankenden Bedarf durch Veränderung der Schülerzahlen.

In 2011 wurden Mehrerträge von ca. 4.000 € bei der Elternbeteiligung sowie der Zuweisung des Kreises an den Kosten der Schülerbeförderung erzielt. Minderaufwendungen von ca. 7.000 € sind durch geringere Aufwendungen bei der Beförderung von Schülern mit dem Taxi entstanden.

Die Erträge 2013 befinden sich im Rahmen der Planung. Bei den Aufwendungen ist mit Minderausgaben zu rechnen, da eine angekündigte Erhöhung für den Anteil an den Kosten der Schulbusse von der Südholstein Verkehrsservicegesellschaft mbH noch nicht umgesetzt wurde.

0,02 Stellenanteile sind im Bereich der Sachbearbeitung Bildung durch interne Verschiebungen zunächst hinzugekommen und wurden 2012 anderen Produkten zugeordnet.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
24300	Sonstige schulische Angelegenheiten	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	302	396	344	415	-10	415
Personalaufwand in T€	12	8	1	1	0	1
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,12</i>	<i>0,12</i>	<i>0,10</i>	<i>0,10</i>		
Bilanzbuchungen in T€	-9	-73	0	0	0	0
Summe	305	331	345	416	-10	416

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der steigende Zuschussbedarf ergibt sich zum einen durch eine Erhöhung der Schulkostenbeiträge Quickborner Kinder, die auswärtige Schulen besuchen und zum anderen durch eine Umschichtung von Mitteln vom Finanzplan zum Ergebnisplan für die Beschaffung von Schülermobiliar und EDV unter 150 € (Pauschalbeträge).

Ungeplante Mehrerträge im Bereich der Zuschüsse (Förderung Schulsozialarbeit) führten 2012 trotz erhöhter Aufwendungen bei den Schulkostenbeiträgen zu einem niedrigeren Zuschussbedarf.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
24310	Mittagsversorgung (Betrieb gewerbl. Art)	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	0	19	-27	-38	-31	-38
Personalaufwand in T€	0	86	119	120	55	120
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,00</i>	<i>3,28</i>	<i>3,28</i>	<i>3,28</i>		
Bilanzbuchungen in T€	0	43	59	62	0	62
Summe	0	148	151	144	24	144

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

2011: Durch die verzögerte Inbetriebnahme sind im Bereich Sachaufwand Mindererträge in Höhe von 45.563,70 € entstanden, denen Minderaufwendungen in Höhe von 23.093,78 € gegenüberstehen.

Die Erträge und Aufwendungen 2013 befinden sich derzeit im Rahmen der Planung. Die Entwicklung zum Beginn des Schuljahres 2013/2014 muss noch abgewartet werden.

Ab 2011 werden die Gebäudeanteile und Inventare für den Betrieb der Küche und der Mensen in den Schulen diesem Produkt zugeordnet und entsprechend abgeschrieben.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
26200	Musikpflege	Herr Möller	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	7	6	5	7	-1	7
Personalaufwand in T€	2	2	2	2	1	2
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,03</i>	<i>0,03</i>	<i>0,03</i>	<i>0,03</i>		
Bilanzbuchungen in T€	5	5	4	6	0	6
Summe	14	13	11	15	0	15

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Sachaufwand 2013 liegt im geplanten Rahmen.
Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich um Verrechnungszuschüsse.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
26300	Musikschulen	Herr Möller	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	29	30	29	33	33	33
Personalaufwand in T€	1	1	1	2	1	2
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,03</i>	<i>0,03</i>	<i>0,03</i>	<i>0,03</i>		
Bilanzbuchungen in T€	75	75	75	75	0	75
Summe	105	106	105	110	34	110

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Sachaufwand 2013 liegt im geplanten Rahmen.
Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich um Verrechnungszuschüsse.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
27100	Volkshochschule	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-205	-157	-164	-129	-48	-129
Personalaufwand in T€	255	261	269	266	129	266
<i>Stellenanteil</i>	<i>1,75</i>	<i>1,88</i>	<i>2,02</i>	<i>2,02</i>		
Bilanzbuchungen in T€	-2	8	2	4	0	4
Summe	48	112	107	141	81	141

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch wachsende Entgelte (in erster Linie Hörerentgelte) verringert sich der Zuschussbedarf. In 2011 stehen erhöhte Aufwendungen von rd. 60.000 € für die Anmietung, Ausstattung und Bewirtschaftung weiterer Räume im Forum dagegen.

Die Steigerung der Hörerentgelte in 2011 fiel geringer aus als geplant, da sowohl die Weiterbildung „Bürokaufmann IHK“ als auch das „Wissenschaftliche Forum Medizin“ nicht die notwendige Resonanz fanden und keine entsprechenden Deckungsbeiträge erwirtschafteten. Derzeit sind weitere Ausbildungslehrgänge in Planung, die zukünftig entsprechende Deckungsbeiträge erwirtschaften sollen.

Die Schwankungen der Hörerentgelte und Honorarausgaben lassen sich durch die etwas niedriger als erwartete Teilnehmerzahl bei der Systemischen Beraterausbildung und leicht gesunkene Abonnenten bei den Konzert- und Theaterfahrten erklären. (Dieses Segment ist leider bei allen Volkshochschulen rückläufig – der „Nachwuchs“ fehlt.)

Die Erträge und Aufwendungen 2013 befinden sich derzeit im Rahmen der Planung.

Die Steigerung der Stellenanteile resultiert aus der Erweiterung des Angebots für die Weiterbildung.

Die Bilanzbuchungen ergeben sich aus Abschreibungsbeträgen für die Inventare der Volkshochschule und werden im Rahmen des Jahresabschlusses gebucht.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
27200	Bücherei	Herr Arndt	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	152	142	130	158	126	158
Personalaufwand in T€	161	166	177	174	90	180
<i>Stellenanteil</i>	<i>3,31</i>	<i>3,31</i>	<i>3,31</i>	<i>3,31</i>		
Bilanzbuchungen in T€	-15	30	0	14	0	14
Summe	298	338	307	346	216	352

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Differenz 2011 zu 2010 ergibt sich u.a. durch Minderaufwendungen beim Zuschuss der Fahrbücherei. Im Bereich Hochbauunterhaltung gab es kaum Unterhaltungsaufwand.

Durch einen nachträglichen Personalkostenzuschuss der Büchereizentrale Rendsburg sowie Mehrerträgen bei den Säumniszuschlägen kam es zu einem geringeren Zuschussbedarf für 2012.

Die Erträge und Aufwendungen 2013 befinden sich im Rahmen der Planung.

Die Bilanzbuchungen ergeben sich aus Abschreibungsbeträgen für die Inventare der Bücherei, in 2010 ergaben sich Erträge aus der Reduzierung der Urlaubs- und Überstundenrückstellung.

Investitionen	Reste 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Reste 2012:			
1. Inventar und Geräte	16.459,78	0,00	16.459,78
2. Mediensicherung	24.470,29	0,00	24.470,29

Erläuterungen zu den Resten

Reste 2012:	
1. Inventar und Geräte	Die Mittel wurden für die Anschaffung der Mediensicherung benötigt.
2. Mediensicherung	Der Auftrag wurde Ende 2012 erteilt. Die Ausführung hat im August/September 2013 stattgefunden.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
28100	Heimat- und sonstige Kulturpflege	Herr Möller	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	32	31	32	43	18	43
Personalaufwand in T€	73	83	69	70	31	65
<i>Stellenanteil</i>	<i>1,67</i>	<i>1,27</i>	<i>1,38</i>	<i>1,38</i>		
Bilanzbuchungen in T€	36	31	22	17	0	17
Summe	141	145	123	130	49	125

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Sachaufwand 2013 liegt im geplanten Rahmen.

Der Anteil einer Sachbearbeiterstelle im Fachbereich Ehrenamt, Kultur und Veranstaltungen wurde 2011 um 0,4 reduziert und 2012 wieder um 0,11 erhöht.

Die Bilanzbuchungen setzen sich in erster Linie aus Verrechnungszuschüssen und Abschreibungen von Zuschussgewährungen an Dritte zusammen.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
31100	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	Herr Dentzin	AKJS

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-109	-97	-88	-72	-69	-72
Personalaufwand in T€	132	156	151	156	54	121
<i>Stellenanteil</i>		<i>2,94</i>	<i>2,94</i>	<i>2,94</i>		
Bilanzbuchungen in T€	-94	-41	-134	0	0	0
Summe	-117	18	-71	84	-15	49

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

1. **SGB XII:** Im Jahr 2010 wurden in einem Alt-BSHG-Fall (Ablöse einer Grundbucheintragung) vom Kreis Pinneberg 30.000 € Stadtanteil überwiesen. Die Aufgabenübertragung nach dem SGB XII vom Kreis Pinneberg an die Stadt Quickborn (als Kooperationskommune neben Quickborn auch für die Gemeinden Ellerbek, Bönningstedt und Hasloh) stellt sich in 2011 wie folgt dar: Den reinen Aufwendungen für Personal (Reduzierung von 2 Vollzeitkräften (VK) auf 1,5 VK in 2011) in Höhe von ca. 75.000 € stehen aufgrund der jüngst geänderten Fallkostenpauschale Erträge aus der Personalkostenerstattung des Kreises von ca. 78.000 € und einem Stadtanteil an BSHG-Rückforderungen in Höhe von ca. 15.000 € (von 30.000 € Erstattungen stehen der Stadt nunmehr 50 % /ALT 30 %) also insgesamt ca. 93.000 € gegenüber. Es ist wichtig, dass diese Aufgaben (u.a. Grundsicherung für über 65 –Jährige) auch weiterhin in Quickborn bearbeitet werden; zumal sogar wie in 2010 auch in 2011 die Erträge höher als die Aufwendungen waren.

2012: Die Erstattungen des Kreises belaufen sich planmäßig auf ca. 78.000 € jährlich. Allerdings wurden die Erträge aus BSHG-Rückzahlungen aus dem Vorjahr 2011 erst in 2012 mit dem Kreis Pinneberg abgerechnet (von ca. 27.800 € Einnahme in 2011 stehen je zur Hälfte Kreis und Stadt zu), so dass die Erträge um ca. 13.900 € reduziert werden. Ansonsten sind die Ansätze planmäßig.

Für das Jahr 2013 werden sich auch aufgrund leicht steigender Fallzahlen und einer höheren Fallkostenpauschale des Kreises Pinneberg die Erträge hieraus auf ca. 105.000 € zuzüglich Erstattungen von Altfällen nach dem BSHG (Einnahmeteilung zu 50 % Kreis und Stadt) von ca. 5.000 € auf somit insgesamt ca. 110.000 € erhöhen. Dem stehen reine Personalkosten von ca. 80.000 € gegenüber, so dass auch in 2013 die Erträge höher als die Aufwendungen (Personalkosten) ausfallen werden.

2. **Wohngeld:** Zwar werden die Wohngeldleistungen (ca. 500.000 bis 600.000 €) zu 100 % vom Land/Bund erstattet; die Personalkosten (z.Zt. 1,2 VK) gehen zu Lasten der Stadt.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Zahl der „reinen“ Wohngeldfälle reduziert hat. Dieses hängt maßgeblich damit zusammen, dass immer mehr Haushalte nicht nur auf Wohngeld, sondern auf Arbeitslosengeld II (ALG II beinhaltet auch den Wohngeldanspruch) angewiesen sind.

Weitere Informationen können aus dem Sozialbericht zur Jahresmitte ersehen werden.

Bei den **Bilanzbuchungen** kam es in 2010 und 2012 zu Erträgen aus der Pensionsrückstellung. Diese wird jährlich auf Grundlage der Berechnung der Versorgungsausgleichskasse angepasst.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
31200	Grundsicherung f. Arbeitssuchende SGB II	Herr Dentzin	AKJS

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	325	299	284	300	311	311
Personalaufwand in T€	-29	30	28	25	25	25
<i>Stellenanteil</i>	<i>20,06</i>	<i>21,03</i>	<i>1,02</i>	<i>26,02</i>		
Bilanzbuchungen in T€	13	15	5	0	0	0
Summe	341	344	317	325	336	336

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand: Die Stadt Quickborn hat sich an den Kosten der Unterkunft u.ä. nach dem SGB II (Arbeitslosengeld 2) mit 23 % zu beteiligen. Gerade diese Kosten sind in den letzten Jahren relativ stark angestiegen, so dass trotz fast stagnierenden „Fallzahlen“ die Kosten wie in 2012 aller Voraussicht nach auch in 2013 ansteigen werden. Aufgrund der Abrechnung der Kosten der Unterkunft für 2012 und der Anpassung des Abschlages 2013 musste eine überplanmäßige Ausgabe von 10.880,49 € gewährt werden (Ergebnis 2011: 296.105,37 €, Ergebnis 2012: 302.120,49 €).

Die Aufgabe wird nicht von der Stadt sondern, vom Jobcenter übernommen, so dass seitens der Stadt Quickborn kein Einfluss auf die Höhe der Aufwendungen genommen werden kann.

Weitere Informationen können dem zur Jahresmitte erstellten Sozialbericht ersehen werden

Die **Personalaufwendungen** ergeben sich aus Aufwendungen für das Personal, das beim Jobcenter (vorher ArGe) beschäftigt ist und denen Erträge aus der Erstattungsleistung des Bundes gegenüberstehen. Darüber hinaus wird auch ein Verwaltungskostenanteil erstattet.

Die im Jahr 2011 aufgeführten Personalaufwendungen von rd. 30.000 € ergeben sich, da an die Versorgungsausgleichskasse bis zum Jahr 2013 eine Umlage für eine ausgeschiedene Beamtin in Höhe von 19.500 € gezahlt werden muss, die nicht erstattet wird. Die verbleibende Differenz resultiert aus einem gezahlten leistungsorientierten Entgelt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche zum Jobcenter des Kreises Pinneberg abgeordnet wurden (gem. Tarifvertrag) und einer aufgrund eines Rechtsstreits zu zahlenden Abfindung.

Die für 2012 und 2013 aufgeführten Personalaufwendungen sind auf die von der Stadt Quickborn anteilig zu tragende Versorgungsumlage zurückzuführen, für eine Beamtin, die dem Jobcenter zugewiesen ist.

Die **Bilanzbuchungen** resultieren aus Zuführungen zur Pensionsrückstellung; die Rückstellung wird jährlich auf Grundlage der Berechnung der Versorgungsausgleichskasse angepasst.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
31501	Beseitigung von Obdachlosigkeit	Herr Dentzin	AKJS

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	2	17	-1	13	18	13
Personalaufwand in T€	44	49	46	52	21	45
<i>Stellenanteil</i>	0,52	0,52	0,52	0,52		
Bilanzbuchungen in T€	12	7	12	11	0	11
Summe	58	73	57	76	39	76

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand:

Die Erträge (u.a. Nutzungsentgelte für die städtischen Unterkünfte) konnten in 2010 auf 38.000 € erhöht werden. Trotz Abriss der Altbauten am Feldweg und eines Wasserschadens in der Bahnstraße 154 (die Unterkunft konnte einige Wochen nicht genutzt werden), betragen die Nutzungsentgelte in 2011 über 34.000 € (4.000 € über den Ansatz). Zusätzlich hat die Versicherung den Nutzungsausfall der Unterkunft in Höhe von 15.000 € entschädigt.

Da die städtischen Unterkünfte sehr stark ausgelastet sind (u.a. aufgrund steigender Zahl der zugewiesenen Asylbewerber) liegen die Erträge für 2012 bei rd. 42.000 € (Ansatz 30.000 €), wobei gleichzeitig die Kosten für Bewirtschaftung und Unterhaltung in Höhe von rd. 41.000 € geringer als der Haushaltsansatz (45.000 €) ausfallen sind.

Aufgrund der weiterhin starken Auslastung in den städtischen Unterkünften werden sich die Erträge aus Nutzungsentgelten für das gesamte Jahr 2013 voraussichtlich auf 52.000 € (18.000 € über den Ansatz von 34.000 €) belaufen. Gleichzeitig steigen die Aufwendungen bei den Unterhaltungs- und insbesondere bei den Bewirtschaftungskosten.

Inwieweit die Aufwendungen für die nunmehr in der 2. Jahreshälfte eingerichteten Unterkünfte (in der Marktstraße und im Erlenweg) durch die zusätzlichen Erträge (aus den Nutzungsentgelten) gedeckt werden können, bleibt abzuwarten.

Die **Bilanzbuchungen** beinhalten in erster Linie Abschreibungen und werden im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten gebucht.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
31502	Sonst. soziale Einrichtungen, Aussiedler	Herr Dentzin	AKJS

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	114	97	97	109	62	109
Personalaufwand in T€	20	19	11	12	5	12
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,47</i>	<i>0,47</i>	<i>0,47</i>	<i>0,47</i>		
Bilanzbuchungen in T€	65	32	-1	-1	0	-1
Summe	199	148	107	120	67	120

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Zuschusszahlungen an die Beratungsstelle für Wohnungsangelegenheiten sowie an die Beratungsstelle für Migration konnten trotz Personalsteigerungen auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden. Die Aufwendungen sind planmäßig; der Haushaltsansatz ist ausreichend. Die **Bilanzbuchungen** beinhalteten in erster Linie Abschreibungen (Stiftung für ältere, hilfsbedürftige Menschen und Senioren).

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
33100	Förderung v. Trägern d. Wohlfahrtspflege	Herr Möller	AKJS

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	96	107	91	113	30	113
Personalaufwand in T€	5	6	6	6	3	6
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,09</i>	<i>0,09</i>	<i>0,09</i>	<i>0,09</i>		
Bilanzbuchungen in T€	13	10	6	3	0	3
Summe	114	123	103	122	33	122

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Erhöhung des Ansatzes 2011 gegenüber 2010 um 18.000 € hängt damit zusammen, dass einerseits in 2011 nicht zwingend davon ausgegangen werden kann, dass es auch in diesem Jahr beim Betrieb der DRK-Sozialstation zu außerordentlichen Erträgen (in 2010 für 2009 ca. 9.000 €) kommt und andererseits sich die Zuschüsse an Vereine und Verbände um ca. 9.000 € erhöhen. Dem vertraglich vereinbarten Zuschussbetrag für den Betrieb der DRK-Sozialstation von 43.300 € stehen außerordentliche Erträge in 2011 auf der Grundlage des Verwendungsnachweises 2010 in Höhe von 6.100 € gegenüber. Der Sachaufwand 2012 liegt im geplanten Rahmen. Der vertraglich vereinbarte –in den letzten Jahren aber nicht vollständig ausgeschöpfte- Zuschussbetrag für die Sozialstation in Höhe von 43.300 € wurde zwischenzeitlich ausgezahlt. Die **Bilanzbuchungen** beinhalten Abschreibungen von Investitionszuschüssen an Dritte.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
36200	Jugendarbeit	Frau Hesse	AKJS

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	43	32	38	62	15	62
Personalaufwand in T€	153	177	192	190	79	170
<i>Stellenanteil</i>	<i>8,00</i>	<i>8,50</i>	<i>2,71</i>	<i>2,94</i>		
Bilanzbuchungen in T€	20	30	26	42	0	42
Summe	216	239	256	294	94	294

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Planungsansätze für die Jugendarbeit sind über alle Jahre gleich geblieben.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Jahren bis 2013 ergeben sich aus unterschiedlich hohen Zuweisungen, Zuschüssen und Spenden sowie durch Minderaufwendungen wegen nicht abgeforderter Zuschüsse an Vereine/Verbände. In 2013 sind noch nicht alle Maßnahmen durchgeführt, bzw. abgerechnet. Die Zuschüsse an Vereine sind noch nicht vollständig zur Auszahlung gekommen.

Der Stellenanteil hat sich 2011 um 0,5 im Bereich der Sachbearbeitung erhöht, im pädagogischen Bereich wurden dagegen 34 Stunden außerhalb des Bereiches Jugend eingesetzt (Einsatz in der städtischen Kita). Im Jahr 2012 wurden die Stellenanteile anderen Produkten zugeordnet; dies wurde bzgl. der Personalaufwendungen noch nicht nachvollzogen. In 2013 kam ein weiterer Anteil von 0,23 hinzu.

Die Bilanzbuchungen beinhalten in erster Linie Verrechnungszuschüsse und Abschreibungen von Inventar und Geräten.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
36501	Kindertagesstätte Zauberbaum	Herr Möller	AKJS

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-475	-407	-432	-446	-305	-446
Personalaufwand in T€	1.047	1.208	1.222	1.223	595	1.223
<i>Stellenanteil</i>	<i>20,40</i>	<i>20,09</i>	<i>20,80</i>	<i>20,80</i>		
Bilanzbuchungen in T€	22	23	189	37	0	37
Summe	594	824	979	814	290	814

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Jahre 2011 wurden diverse Unterhaltungsarbeiten vorgenommen (Einbau von Brandschutztüren, Installation von Feststellanlagen an den Brandschutztüren, Durchführung von Dacharbeiten). Es sind dadurch Mehraufwendungen von rd. 56.000 € entstanden.

Der Sachaufwand 2013 liegt im geplanten Rahmen.

Wegen des erhöhten Bedarfs zur Betreuung von Schulkindern wurden zum 01.07.2013 Räumlichkeiten in der Kampfstraße 6 a angemietet. Haushaltsmittel von 4.232,16 € standen hierfür nicht zur Verfügung. Die Deckung ist durch die Rückzahlung von Zuschüssen aus der Abrechnung des Jahres 2012 gewährleistet.

Der Stellenanteil hat sich in 2011 im Sachbearbeiterbereich um 0,31 Stellen verringert. 2012 kamen 0,5 Stellen für Heilpädagogik und 0,21 Stellenanteile im Sachbearbeiterbereich wieder hinzu.

Im Rechnungsergebnis 2012 ist eine Zuführung an die Pensionsrückstellung enthalten.

Investitionen	Ansatz 2013 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz noch verfügbare Mittel in €
1. Brandschutztreppe	85.000,00	10.883,17	74.116,83
2. Dachterrasse u.a.	30.000,00	0,00	30.000,00

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. Brandschutztreppe	Die Maßnahme wird im 3. Quartal 2013 abgeschlossen und abgerechnet sein.
2. Dachterrasse u.a.	Für die Dachterrasse werden Gesamtkosten von rd. 60.000 € entstehen. In der mittel- und langfristigen Finanzplanung sind dafür jeweils Mittel von 30.000 € vorgesehen. Die Planung wird in der 2. Jahreshälfte nach Abschluss der Maßnahme „Brandschutztreppe“ beginnen und die Ausführung wird in 2014 erfolgen.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
36502	Zuschüsse an Kindertagesstätten	Herr Möller	AKJS

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	2.405	2.578	2.605	2.820	2.721	2.820
Personalaufwand in T€	20	25	21	22	17	33
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,60</i>	<i>0,60</i>	<i>0,60</i>	<i>0,60</i>		
Bilanzbuchungen in T€	312	190	76	79	0	79
Summe	2.737	2.793	2.702	2.921	2.738	2.921

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch die Schaffung von Krippenplätzen in Quickborn seit 2009 durch investive Maßnahmen (AWO-Kita, DRK-Kita, Ev. Kita und Kath. Kiga) sowie Gruppenumstrukturierungen (Johanniter Kinderhaus Quickelbü und Johanniter-Haus Wilde 13) steigt der Zuschussbedarf. Der Sachaufwand 2013 liegt im geplanten Rahmen.

Die Bilanzbuchungen beinhalten in erster Linie Abschreibungen für Investitionszuschüsse an Dritte (u.a. zum Bau von Kindertagesstätten).

Investitionen	Ansatz 2013 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz noch verfügba- re Mittel in €
1. Investitionskostenzuschuss B-Plan 94 (Einzahlung)	165.000,00	0,00	165.000,00
2. Investitionskostenzuschuss B-Plan 104 (Einzahlung)	275.000,00	0,00	275.000,00
3. Kita JUH, Investitionszu- schuss für Krippen- und Ele- mentarplätze (Kleine Wilde)	795.000,00	0,00	795.000,00

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. Investitionskostenzuschuss B-Plan 94 (Einzahlung)	Der Bauträger hat den Betrag von 165.000 € am 31.07.2013 überwiesen.
2. Investitionskostenzuschuss B-Plan 104 (Einzahlung)	Der Bauträger hat den Betrag von 282.500 € am 31.07.2013 überwiesen. Da mehr Wohneinheiten gegenüber der Veranschlagung der Mittel im Haushalt 2013 geschaffen werden, erhöht sich der Zuschussbetrag entsprechend.
3. Kita JUH, Investitionszu- schuss für Krippen- und Ele- mentarplätze (Kleine Wilde)	Da die Kita „Kleine Wilde“ erst im Sommer 2014 in Betrieb gehen wird, wird der Investitionskostenanteil der Stadt auch erst in 2014 ausgezahlt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
36600	Einrichtungen der Jugendarbeit	Frau Hesse	AKJS

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	32	98	34	82	24	82
Personalaufwand in T€	148	129	123	128	54	120
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,15</i>	<i>0,15</i>	<i>3,44</i>	<i>3,44</i>		
Bilanzbuchungen in T€	1	6	-1	8	0	8
Summe	181	223	156	218	78	218

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Planungsansätze für die Einrichtungen der Jugendarbeit sind über alle Jahre gleich geblieben.

In 2013 sind noch nicht alle Maßnahmen durchgeführt, bzw. abgerechnet.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Jahren bis 2013 ergeben sich aus unterschiedlich hohen Zuweisungen, Spenden und Erstattungen sowie einem unterschiedlichen Bedarf für die bauliche Unterhaltung.

Die Erhöhung der Stellenanteile ergibt sich aus einer Verschiebung vom Produkt 36200; diese wurde bei den Personalaufwendungen nicht nachvollzogen.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
36700	Suchtberatung	Herr Dentzin	AKJS

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	14	25	24	25	0	25
Personalaufwand in T€	5	6	6	6	3	6
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,10</i>	<i>0,10</i>	<i>0,10</i>	<i>0,10</i>		
Bilanzbuchungen in T€	0	1	1	1	0	1
Summe	19	32	31	32	3	32

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand: Die Ansätze erhöhen sich seit 2011 um 10.000 € für das Projekt „Kleine Riesen“.
Der Zuschuss für die ATS-Suchtberatungsstelle beträgt wie in den Vorjahren für die Präventionsarbeit 13.900 € (zuzüglich 6.100 € für Innere Verrechnungen Miete) sowie 10.000 € für das Projekt „Kleine Riesen“, die in 2013 zwischenzeitlich ausgezahlt wurden.
Keine Planabweichung.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
42100	Förderung des Sports	Herr Möller	ABKF

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-1	0	-4	1	-7	1
Personalaufwand in T€	4	4	4	4	2	4
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,08</i>	<i>0,08</i>	<i>0,08</i>	<i>0,08</i>		
Bilanzbuchungen in T€	234	266	283	334	0	334
Summe	237	270	283	339	-5	339

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Das Rechnungsergebnis 2009 beinhaltet den rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 75.000 €, den die Stadt dem TuS Holstein Quickborn Tennis e.V. gewährt hat. Die Beträge der Jahre 2010 und 2011 beinhalten u.a. die entsprechenden Zins- und Tilgungszahlungen durch den Verein von 7.500 € bzw. 7.400 € (als Zahlungen an die Stadt). Der Anteil für 2013 wurde im Laufe des Juli gezahlt, der Sachaufwand 2013 liegt im geplanten Rahmen.

Die Bilanzbuchungen setzen sich zusammen aus Verrechnungszuschüssen und Abschreibungen von Investitionszuschüssen an Dritte. Die Abschreibungen werden erst im Rahmen des Jahresabschlusses gebucht.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
42401	Sporthallen	Frau Raphael	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	316	359	324	312	266	312
Personalaufwand in T€	225	244	224	226	103	224
<i>Stellenanteil</i>	<i>4,24</i>	<i>5,65</i>	<i>5,55</i>	<i>0,95</i>		
Bilanzbuchungen in T€	-28	-742	-749	503	0	503
Summe	513	-139	-201	1.041	369	1.039

	Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.2013 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Rest 2012:			
Unterhaltung unbewegliches Vermögen	11.709,60	11.709,60	0,00

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch die Inbetriebnahme der beiden neuen Sporthallen sowie unter Berücksichtigung, dass für die abgeris-sene Sporthalle Mühlenberg in den Jahren 2008 bis 2010 keine Aufwendungen geleistet werden mussten, haben sich die Aufwendungen im Rechnungsjahr 2011 zum Vorjahr erhöht.

Durch den geringeren Unterhaltungsaufwand bei den Neubauten sowie verschiedener Kostenreduzierungen fiel der Aufwand 2012 wieder geringer aus.

Die Kosten für Bewirtschaftung und Unterhaltung der Sporthallen liegen im Plan.

Der übertragene Rest aus 2012 in Höhe von 11.709,60 € wurde für einen neuen Fluter im Holsten-Stadion verwendet.

Die Stellenanteile haben sich von 2010 auf 2011 um 1,41 Anteil erhöht. Diese ergeben sich aus 0,4 Anteil Gebäudeleittechnik, 1,0 Anteile Mitarbeiter Außenanlagen, 0,01 Anteile Sachbearbeitung Liegenschaftsver-waltung. In 2012 sind 0,1 Anteile Sachbearbeitung Bildung reduziert worden, in 2013 4,6 Stellen, die dem Produkt 42403 „Außensportanlagen“ zugeordnet worden sind. In den Personalauszahlungen wurde die Ände-rung noch nicht nachvollzogen.

Die Verrechnungszuschüsse, die bei den Schulen als Aufwendungen gebucht werden, werden hier als Erträge vereinnahmt. Dagegen steigen die Abschreibungen durch die Aktivierung der getätigten Investitionen.

Investitionen	Ansatz2013/Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Sporthalle Heidkamp, Sanie- rung	170.000,00	0,00	170.000,00
Reste 2012:			
2. Sporthalle Heidkamp, Sanie- rung	50.000,00	0,00	50.000,00
3. Comenius-Sporthalle zzgl. überplanm. Ausgabe, Eilentscheidung	40.633,01 37.978,85	40.633,01 0,00	0,00 37.978,85
4. Lilli-Hennoch-Halle zzgl. überplanm. Ausgabe, Eilentscheidung	25.604,46 43.267,27	25.604,46 43.267,27	0,00 0,00

Finanzbericht

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen: 1. Sporthalle Heidkamp, Sanierung	Vor Beginn der Sanierungsmaßnahmen wurde ein Schadstoffgutachten in Auftrag gegeben. Das Ergebnis liegt noch nicht vor.
Reste 2012: 2. Sporthalle Heidkamp, Sanierung	s. Ziffer 1
3. Comenius-Sporthalle zzgl. überplanm. Ausgabe, Eilentscheidung	Nachdem beide Sporthallen fertiggestellt, abgenommen und in Betrieb genommen worden sind, gab es erhebliche Differenzen bei der finanziellen Abwicklung. Aufgrund unterschiedlicher Rechtsauffassungen und im Hinblick auf das Prozessrisiko und der damit verbundenen Kosten war es dringend erforderlich jeweils eine überplanmäßige Ausgabe im Rahmen einer Eilentscheidung durch den Bürgermeister zu treffen. Die Deckung erfolgte aus Mitteln zur Sanierung des Elsensee-Gymnasiums / Schulzentrum Süd (21702-785100).
4. Lilli-Hennoch-Halle zzgl. überplanm. Ausgabe, Eilentscheidung	s. Ziffer 3

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
42402	Freibad	Herr Vorberg	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	236	400	126	166	90	140
Personalaufwand in T€	3	4	102	120	64	120
Stellenanteil	0,08	0,06	2,2	2,2		
Bilanzbuchungen in T€	0	0	15	16	0	16
Summe	239	404	243	302	154	276

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

RE 2010: Die Verlustzuweisung beinhaltet eine Kürzung um 2,5 % (Haushaltssperre wg. der angespannten Haushaltslage) und eine Restzahlung für 2007 in Höhe von 28.622,74 €.

RE 2011: gemeldeter Bedarf = 268.000 €, gekürzt um 60.000 € (wg. Konsolidierungsliste, erhoffte Deckung durch Erhöhung der Freibadgebühren) auf 208.000 €, spätere Erhöhung um 13.000 € gem. Beschluss Ratsversammlung vom 29.03.2010 auf nunmehr 221.000 € sowie einer Restzahlung in Höhe von 14.620,15 € als Verlustausgleich für 2008. Aufgrund der in 2010 durchgeführten Kürzung (Konsolidierungsliste) mussten im Jahr 2011 außerplanmäßig 53.261,65 € als Verlustausgleich für 2010 bereitgestellt werden. Die Deckung erfolgte durch Mehrerträge bei den Gewerbesteuern. Weitere witterungsbedingte 32.400 € wurden überplanmäßig als Restausgleich für 2011 bereitgestellt. Hier erfolgte die Deckung durch Mehrerträgen bei Verzinsung aus Steuernachforderungen.

2013: Die Besucherzahlen waren mit 44.816 leicht höher als in den beiden Vorjahren. Auch die Erträge waren dies. Hier ist ein doppelter Effekt aus größeren Besucherzahlen und höheren Eintrittsgebühren seit dem Beginn der Saison 2013 ursächlich. Wichtiger Faktor waren zudem hohe Temperaturen und Trockenheit in den Sommerferien in Schleswig-Holstein.

Rückwirkend zum 01.01.2012 wurde die Sparte Freibad in den Haushalt der Stadt zurückgeführt. Das operative Geschäft oblag bis zum Ende der Freibadsaison den Kommunalbetrieben. Das Freibad und seine Mitarbeiter wurden zum 01.10.2012 in den Fachbereich Tiefbauten und Kommunalbetriebe integriert.

Die Stellenanteile haben sich durch interne Verschiebungen um 0,02 im Bereich der Sachbearbeitung Team Strategie-Management reduziert. Ab dem Jahr 2013 werden die 2,0 Stellen der Freibadmitarbeiter und ein Anteil der Fachbereichsleitung aufgeführt.

Investitionen	Ansatz2013 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Inventar und Geräte	15.000,00	3.721,43	11.278,57
2. Gebäudesanierung	30.000,00	0,00	30.000,00

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. Inventar und Geräte	Es ist die Anschaffung von 2 Glasfibersprungbrettern geplant. Ein Angebot liegt vor, Auftragserteilung nach Vorliegen eines 2. Angebot/Vergleich.
2. Gebäudesanierung	Sanierung Boden/Treppenabgang in Planung; der Auftrag erfolgt noch in diesem Jahr. Angebote zur Gebäudeleittechnik zur Aufschaltung der technischen Anlagen werden noch im zweiten Halbjahr abgefordert und die Maßnahmen bis zum Beginn der Freibadsaison 2014 realisiert.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
42403	Außensportanlagen	Herr Vorberg	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	0	0	0	106	13	100
Personalaufwand in T€	0	0	0	0	3	7
<i>Stellenanteil</i>				4,65		
Bilanzbuchungen in T€	0	0	0	-128	0	-128
Summe	0	0	0	-12	14	-21

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Auf den Rasenplätzen der Sportanlagen Holsten-Stadion, Banck'sche Kuhle und Schulzentrum Süd ist im Frühjahr ein massiver Befall von Maulwürfen festgestellt worden. Für die sofort einzuleitende Bekämpfung standen aufgrund von Vormerkungen für anderer Maßnahmen nicht ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung, so dass die Maßnahme durch eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 2.400 € zu Lasten des Produktkontos 54100-522100 (Gemeindestraßen, Unterhaltung) gedeckt wurde.

Die Personalkosten sind zu einem Großteil im Produkt 42401 „Sporthallen“ veranschlagt. Von dort kommen 4,6 Stellenanteile zzgl. 0,05 Anteile der Fachbereichsleitung Tiefbauten und Kommunalbetriebe.

Die Bewirtschaftungskosten für das 1. Halbjahr 2013 liegen im geplanten Rahmen.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
51100	Räumliche Planung und Entwicklung	Frau Walter	ASU

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-11	1	53	101	-5	-31
Personalaufwand in T€	367	341	346	357	176	357
<i>Stellenanteil</i>	5,91	5,91	4,98	4,98		
Bilanzbuchungen in T€	-35	24	17	9	0	9
Summe	321	366	416	467	171	335

	Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Reste 2012:			
Geschäftsaufwendungen	177.650,00	11.018,33	166.631,67

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Sachaufwand ist wesentlich bestimmt von (der Höhe der) Aufwendungen für Leistungen beauftragter Planungs- / Ingenieurbüros, da diese bei den relevanten Aufwandsarten (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, sonstige ordentliche Aufwendungen) mit großem Abstand am stärksten zu Buche schlagen. Die Haushaltsmittel für Orts- und Regionalplanung sind auf der Basis der vergebenen Planungsleistungen sowie einer Einschätzung zum Bedarf weiterer Aufträge geplant worden.

Zahlungsverpflichtungen aus laufenden und noch zu erteilenden Aufträgen an Planungs- und andere Büros werden zum Teil erst in Folgejahren fällig (steht in Abhängigkeit zu den jeweiligen Bearbeitungsständen). Fällige Forderungen für Geschäftsaufwand konnten und können in diesem Jahr vollständig aus dem Haushaltsausgaberesultat aus dem Vorjahr bedient werden, da aufgrund des eingetretenen und nicht von der Verwaltung zu verantwortenden Verzuges bei mehreren Planverfahren im laufenden Jahr Honoraransprüche in verhältnismäßig geringem Umfang kassenwirksam werden. Ende 2012 belief sich der Stand der Verbindlichkeiten aus laufenden Aufträgen an Planungs- und andere Büros auf rd. 188,2 T€. Vor diesem Hintergrund ist der nicht verbrauchte Teil des Haushaltsansatzes 2012 vollständig ins Folgejahr übertragen worden. Aufgrund des verzögerten Fortgangs mehrerer Planverfahren wird nunmehr davon ausgegangen, dass von diesem Haushaltsausgaberesultat nur etwa 85.000 € verbraucht werden. Eine erneute Übertragung ist haushaltsrechtlich nicht möglich.

Im Gegenzug wird der gesamte Ansatz 2013 in Höhe von 95.000 € am Jahresende zur Bildung eines Haushaltsausgaberesultates angemeldet werden. Vor diesem Hintergrund bewirken Erträge, die aus einer Erstattungspflicht für Planungsleistungen im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 97 Teil 1 („Gewerbegebiet Mitte 1“) stehen, in obiger Übersicht ein positives Ergebnis bei den Sachaufwendungen.

Die Stellenanteile haben sich um eine Stelle im Bereich der Stadtplanung verringert und um einen Anteil von 0,07 im Bereich der allg. Sachbearbeitung erhöht.

Die Änderungen bei den Bilanzbuchungen ergeben sich aus Anpassungen bei der Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Investitionen	Ansatz 2013 / Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz noch verfügbare Mittel in €
1. Orthophotos	14.000,00	0,00	14.000,00
Rest 2012:			
2. Plotter	15.000,00	0,00	15.000,00

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investition:	
1. Orthophotos	Die nächste Befliegung soll im August 2014 erfolgen und aus Wirtschaftlichkeitsgründen gemeinsam mit der Freien und Hansestadt Hamburg organisiert werden. Der Haushaltsansatz wird daher im laufenden Jahr nicht in Anspruch genommen und soll in das Folgejahr übertragen werden.
Rest 2012:	
2. Plotter	Die Ersatzbeschaffung für den abgängigen Plotter konnte in 2012 nicht mehr abgeschlossen werden. Das alte Gerät ist Anfang 2013 ersetzt worden. Die Rechnungsstellung durch Kommunit steht noch aus. Der Anschaffungspreis des Neugerätes beträgt rd. 12.600 €, so dass die übertragenen Mittel nicht vollständig verbraucht werden.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
52100	Bau- und Grundstücksordnung	Herr Dentzin	ASU

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-8	-10	-10	-9	0	-14
Personalaufwand in T€	138	129	133	136	63	131
<i>Stellenanteil</i>	3,37	3,37	3,12	3,12		
Bilanzbuchungen in T€	-3	-1	3	0	0	0
Summe	127	118	126	125	63	117

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes
<p>Sachaufwand: Durch die Anhebung der Verwaltungsgebühr für die Negativbescheinigungen (Verzicht des Vorkaufsrechtes) im Jahr 2010 haben sich auch die Erträge erhöht.</p> <p>In 2011 wurden ca. 20 % mehr Negativbescheinigungen ausgestellt; dementsprechend haben sich auch die Gesamterträge erhöht. Der Anstieg hängt vermutlich mit den in 2012 zu zahlenden höheren Grunderwerbssteuern zusammen, so dass noch in 2011 vermehrt Kaufverträge abgeschlossen worden sind.</p> <p>In 2013 hat sich die Zahl der Kaufverträge gegenüber den Vorjahren und damit verbunden auch die Ausstellung von Negativbescheinigungen (Verzichtserklärung der Stadt im Rahmen des Vorkaufsrechtes) um weitere fast 30 % erhöht. Die Erträge 2013 werden sich auf ca. 14.000 € belaufen.</p> <p>Die Stellenanteile haben sich in 2012 um 0,25 im Bereich der Sachbearbeitung verringert.</p> <p>Die Änderungen bei den Bilanzbuchungen ergeben sich aus Anpassungen bei der Altersteilzeitrückstellung.</p>

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
52200	Wohnungsbauförderung	Herr Dentzin	ASU

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	79	119	44	37	38	45
Personalaufwand in T€	17	19	20	20	11	20
Stellenanteil	0,28	0,28	0,28	0,28		
Bilanzbuchungen in T€	2	4	3	0	0	0
Summe	98	142	67	57	49	65

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand:

1. Der planmäßig zu zahlende Zinszuschuss in Höhe von ca. 11.600 € an private Wohnungsbauunternehmen wurde ausgezahlt. Da die Erträge aus der Vergabe des Zuschusses für den sozialen Wohnungsbau von 8.500 € in 2013 nicht eingehen werden, da die Maßnahme noch nicht umgesetzt ist (s. Erläuterung Investition), wurde der Zuschussbedarf in der Prognose entsprechend erhöht.

2. Fluglärmschutz:

Folgende Teilbeträge des Sachaufwands für das Produkt „Wohnungsbauförderung“ für die Jahre 2010 bis 2013 beziehen sich auf die Beteiligung der Stadt Quickborn (1/6 der Gesamtkosten Schallschutzfenster) am 8. Freiwilligen Lärmschutzprogramm:

Sachaufwand in T€:	65	107	29	33	27	27
--------------------	-----------	------------	-----------	-----------	-----------	-----------

Zur Erläuterung, insbesondere zu den Gründen der Kostensteigerungen (2010 - 2011) wird auf die Sitzungsvorlagen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 06.10.2011 Nr. IX/426 und IX/426a Bezug genommen. Die seinerzeit zusätzlich im Haushalt bereitgestellten Mittel wurden inzwischen voll ausgezahlt, wobei sich bei der Auszahlung der letzten Rate im April 2013 gezeigt hat, dass die Abrechnung durch die Flughafen GmbH um 6.700 € geringer ausgefallen ist als ursprünglich geschätzt.

Bei den **Bilanzbuchungen** handelt es sich in erster Linie um Zuführungen zur Pensionsrückstellung.

Investitionen	Ansatz 2013 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz noch verfügbare Mittel in €
1. Zuschuss Sozialer Wohnungsbau	815.000,00	0,00	815.000,00

Erläuterungen zu den Investitionen

Investition:

1. Zuschuss Sozialer Wohnungsbau	Die Vergabe des Grundstückes ist erst zulässig, sobald eine verbindliche Bauleitplanung vorliegt. Dieses ist für Anfang 2014 vorgesehen.
----------------------------------	--

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
53500	Kombinierte Versorgung	Frau Wölfel	HA

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-3.278	-1.210	-2.020	-1.360	-877	-1.360
Personalaufwand in T€	5	7	8	7	7	7
Stellenanteil	0,10	0,10	0,10	0,10		
Bilanzbuchungen in T€	0	1	1	0	0	0
Summe	-3.272	-1.202	-2.011	-1.353	-870	-1.353

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Entwicklung der Konzessionsabgabe in den Jahren 2010 bis 2013:

2010	2011	2012	2013
1.021.353,28 €	1.034.573,51 €	948.374,84 €	950.000,00 €

Entwicklung der Gewinnabführungen in den Jahren 2010 bis 2013:

2010	2011	2012	2013
297.094,38 €	377.118,19 €	252.525,00 €	350.000,00 €

Im Jahr 2010 wurden der Stadt rd. 109 T€ aus Abrechnungen der Jahre 2004 (Kapitalertragsteuer) und 2009 (Konzessionsabgabe) gezahlt. Im Jahresabschluss 2010 wurden weiterhin die nicht ausgeschütteten Gewinne bilanziert (s. dazu Erläuterungen zum Jahresabschluss 2010).

Die geplante Konzessionsabgabe 2011 von 900.000 € wurde komplett an die Stadt ausgezahlt. Ein Gewinnabschlag wurde in Höhe von 300.000 € zur Jahresmitte geleistet, allerdings abzüglich der zu zahlenden Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von rd. 48 T€. Hinzu kommt in 2011 eine Nachzahlung aus dem Gewinn 2010 von rd. 125.000 € sowie eine Rückerstattung der Konzessionsabgabe 2010 an die Stadtwerke von rd. 80.000 €.

In 2012 wurden 950.000 € Konzessionsabgabe gezahlt und aus der Abrechnung der Konzessionsabgabe 2011 48.374,84 €. Ein Gewinnabschlag wurde in Höhe von 252.525 € geleistet. Weiterhin wurden in dem Jahr die Restzahlung des Gewinns 2011 von 184.898,55 € gezahlt und die Bilanzierung des einbehaltenen Gewinns 2011 vorgenommen.

In 2013 wurden bisher nur Konzessionsabgaben von 877.000 € gezahlt.

Neben der Konzessionsabgabe und dem Gewinn ist in diesem Produkt auch die Eigenkapitalverzinsung der Sparte Telekommunikation aufgeführt. Die Ausschüttung erfolgt nach politischem Beschluss aus dem Jahresüberschuss nach Abzug der Kapitalertragssteuer und des Solidaritätszuschlags in Höhe von 3%. Weiterhin richtet sich die Höhe nach der Dauer der Überlassung. Im Rechnungsergebnis 2010 waren bei den Erträgen u.a. 20.000 € von der Sparte Telekommunikation für die Bereitstellung von 1 Mio. € Eigenkapital eingeplant, abzufordern im Laufe des Jahres. Tatsächlich abgefordert wurden im Dezember 2010 170.000 € und die Erstattung betrug bei einem Zinssatz von 3% für das Jahr 2010 lediglich 127,50 € und für 2011 5.100 €. Die zusätzlich für das Jahr 2011 eingeplanten 30.000 € entfallen ganz, da erst zum Jahresende 300.000 € abgefordert wurden. Der geplante Gewinn für 2012 von 45.100 € wurde aufgrund der späten Abforderung auf rd. 21.400 € geschätzt.

Durch die sehr späte Abforderung reduziert sich der Gewinn 2012 um weitere 1.700 € auf rd. 19.700 €. Eine Abschlagszahlung über 13.400 € wurde bisher eingezahlt. Die Auszahlung der restlichen 6.300 € folgt in Kürze nach politischem Beschluss des Jahresabschlusses 2012.

Eine Eigenkapitalzuführung in 2013 wurde bisher nicht abgefordert. Der geplante Gewinn von 54.000 € wird somit deutlich unterschritten und bei max. 46.000 € liegen.

Finanzbericht

Investitionen	Ansatz 2013/Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Kommunalbetriebe Telekommunikation Rest 2012:	600.000,00	0,00	600.000,00
2. Kommunalbetriebe Telekommunikation	51.000,00	0,00	51.000,00

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen: 1. Kommunalbetriebe Telekommunikation Reste 2012: 2. Kommunalbetriebe Telekommunikation	<p>Gem. Wirtschaftsplan der Kommunalbetriebe sind für 2013 775.500 € als Eigenkapitalzuführung geplant. Die im Ansatz/Rest verfügbaren Mittel werden voll benötigt und noch abgefordert. Der Ausschuss für kommunale Dienstleistungen wurde auf die Abweichung zum Wirtschaftsplan bereits hingewiesen.</p> <p>s. Erläuterung Ziffer 1.</p>

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus-schuss
53700	Abfallwirtschaft	Herr Vorberg	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	-14	-14	-11	-10	-9	-7
Personalaufwand in T€	4	8	8	8	4	8
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,07</i>	<i>0,07</i>	<i>0,07</i>	<i>0,07</i>		
Bilanzbuchungen in T€	2	14	1	1	0	1
Summe	-8	8	-2	-1	-5	2

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes
<p>Die Erträge aus dem Betrieb der Gartenabfallverwertungsanlage in 2012 waren geringer als erwartet. Der Verlust in Höhe von knapp 3.000 € wurde in die Kalkulation für 2013 vorgetragen. Der Betrieb verläuft im 1. Halbjahr 2013 planmäßig, die Erträge entwickeln sich bisher um etwa 13 Prozent unterhalb der Erwartungen. Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich um Zuführungen zur Pensionsrückstellung.</p>

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
53800	Oberflächenentwässerung	Herr Vorberg	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-65	-36	113	114	81	114
Personalaufwand in T€	34	29	19	19	12	22
Stellenanteil	0,60	0,60	0,60	0,60		
Bilanzbuchungen in T€	388	442	407	629	0	629
Summe	357	435	539	762	93	765

	Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.2013 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Rest 2012:			
Unterhaltung unbewegliches Vermögen	12.604,47	12.604,47	0,00

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Enthalten sind 154.000 € aus der Verzinsung des Eigenkapitals der Sparte Abwasser (Schmutzwasser), veranschlagt in den Jahren 2010 und 2011, da in den Haushalten kein eigenes Produkt für den Bereich der Schmutzwasserentsorgung gab.

Rückwirkend zum 01.01.2012 wurde die Sparte Abwasser (Schmutzwasser) in den Haushalt der Stadt rückgeführt und dem neuen Fachbereich Tiefbauten und Kommunalbetriebe zugeordnet. Das operative Geschäft oblag bis zum 01.10.2012 den Kommunalbetrieben. Hierfür wurde dann ein neues Produkt 53801 „Schmutzwasserentsorgung“ zur Abgrenzung der beiden Abwasserbereiche (Oberflächenwasser und Schmutzwasser) eingerichtet. Im Rechnungsergebnis 2012 und dem Ansatz 2013 sind nur noch die Positionen für die Oberflächenentwässerung enthalten.

Die übertragenen Reste sind entsprechend der erteilten Aufträge verausgabt worden.

Die Hauptpositionen bei den Bilanzbuchungen sind die Abschreibungen von aktiviertem Anlagevermögen und die Auflösung von hierfür erhaltenen Zuwendungen und Beiträgen. Die Buchungen erfolgen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten.

Investitionen	Ansatz2013/Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Hölderlinstraße, Kanal	107.000,00	0,00	107.000,00
2. Liliencronstraße, Kanal	110.000,00	0,00	110.000,00
3. Lenastraße (West), Kanal	75.000,00	0,00	75.000,00
4. Kieler Straße, Kanal	18.000,00	0,00	18.000,00
Reste 2012:			
5. Regenrückhaltebecken Tal- straße, Tauchwand	69.432,63	57.282,06	12.150,57
6. Hebbelstraße, Kanal	23.519,64	4.006,33	19.513,31
7. Hölderlinstraße, Kanal	14.849,71	14.586,50	263,21
8. Liliencronstraße, Kanal	9.451,86	8.420,26	1.031,60
9. Lenastraße (West), Kanal	11.211,54	9.846,10	1.365,44
10. Am Mühlenberg	35.000,00	0,00	35.000,00

Finanzbericht

11. Justus-von-Liebig-Ring	115.000,00	0,00	115.000,00
12. Ellerauer Str., Sandfang	15.000,00	0,00	15.000,00

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Hölderlinstraße, Kanal	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt. Die Ausschreibung für den Bau erfolgt im Herbst 2013.
2. Liliencronstraße, Kanal	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt. Die Ausschreibung für den Bau erfolgt im Herbst 2013.
3. Lenastraße (West), Kanal	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt. Die Ausschreibung für den Bau erfolgt im Herbst 2013.
4. Kieler Straße, Kanal	Planungsaufträge wurden bereits erteilt.
Reste 2012:	
5. Regenrückhaltebecken Talstraße, Tauchwand	Die Maßnahme ist zu Beginn des Jahres 2013 abgeschlossen und schlussgerechnet. Entgegen der Kalkulation ist eine geringere Menge Schlamm auszubaggern und abzufahren gewesen, so dass sich ein Überschuss von 12.150,57 € ergab. Hiervon werden 7.200 € für die Wiederherstellung der durch die Arbeiten in Mitleidenschaft gezogenen Wege rund ums Becken verwendet. Die Fertigstellung wird im Herbst 2013 erwartet, ebenso die Abrechnung hierzu.
6. Heibelstraße, Kanal	Die Maßnahme ist abgeschlossen und schlussgerechnet. Dabei ergab sich durch Mindermengen eine geringere Rechnungssumme.
7. Hölderlinstraße, Kanal	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt.
8. Liliencronstraße, Kanal	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt.
9. Lenastraße (West), Kanal	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt.
10. Am Mühlenberg	Zu dieser Maßnahme sind Aufträge für die Planung erteilt.
11. Justus-von-Liebig-Ring	Die Planungen wurden aufgenommen unter Berücksichtigung der weiteren städtebaulichen Entwicklung (B97 Teil 1 und B 97 Teil 2) und der Auswirkung auf das Kanalnetz.
12. Ellerauer Str., Sandfang	Die Maßnahme ist noch nicht begonnen, es wird derzeit geprüft, ob der Sandfang im Rahmen der notwendigen Regenwasserkanal-Sanierung in der Bahnstraße mitgebaut wird.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
53801	Schmutzwasserentsorgung	Herr Vorberg	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	0	0	-2.585	-1.231	190	-1.231
Personalaufwand in T€	0	0	250	327	104	220
Stellenanteil				5,2		
Bilanzbuchungen in T€	0	0	1.651	817	1	817
Summe	0	0	-684	-87	295	-194

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

RE 2012: Die Rückzahlung eines Kredites der Schmutzwasserentsorgung an die Sparte Telekommunikation der Kommunalbetriebe wurde als außerordentlicher Ertrag in Höhe von 1,7 Mio. € gebucht. Dies darf nach Aussage der Kommunalaufsicht nur innerhalb der Bilanz gebucht werden (nicht ertragswirksam). Das Ergebnis wird sich nach der Korrektur verändern.

Der Betrieb in 2013 verläuft planmäßig.

Die Stellenanteile setzen sich aus der Verwaltung einschließlich Anteilen der Fachbereichsleitung sowie den Außendienstmitarbeitern zusammen.

Die Bilanzbuchungen bestehen aus Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen.

Investitionen	Ansatz 2013 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz noch verfügba- re Mittel in €
1. Inventar und Geräte	25.000,00	2.771,23	22.228,77
2. Entstörungsfahrzeug	29.000,00	0,00	29.000,00
3. Sanierung Pumpstation	14.000,00	1.500,00	12.500,00
4. Kieler Straße, Kanal	23.000,00	0,00	23.000,00
5. Hölderlinstraße, Kanal	122.000,00	0,00	122.000,00
6. Liliencronstraße, Kanal	171.000,00	0,00	171.000,00
7. Lenastraße (West), Kanal	109.000,00	0,00	109.000,00
8. Donathstraße, Kanal	16.000,00	0,00	16.000,00
9. Entgelte Hausanschlüsse	0,00	30.342,80	0,00

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. Inventar und Geräte	Ein Großteil der Anschaffungen geschieht in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2013.
2. Entstörungsfahrzeug	Ein Angebot liegt vor, der Auftrag wird im September erteilt.
3. Sanierung Pumpstation	Die Maßnahmen werden in diesem Jahr beauftragt.
4. Kieler Straße, Kanal	Die Planungsaufträge wurden erteilt.
5. Hölderlinstraße, Kanal	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt. Die Ausschreibung für den

Finanzbericht

6. Liliencronstraße, Kanal	Bau erfolgt im Herbst 2013. Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt. Die Ausschreibung für den Bau erfolgt im Herbst 2013.
7. Lenastraße (West), Kanal	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt. Die Ausschreibung für den Bau erfolgt im Herbst 2013.
8. Donathstraße, Kanal	Es ist eine komplette Sanierung vorgesehen. Die Planung wurde auf 2014 verschoben.
9. Entgelte Hausanschlüsse	Aus den Bauvorhaben Eschenweg 7, Hermann-Löns-Straße 17a/b und Klingenberg 9/9a werden noch Eingänge erwartet.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
54100	Gemeindestraßen	Herr Vorberg	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	409	275	809	740	222	740
Personalaufwand in T€	130	171	195	202	92	202
<i>Stellenanteil</i>	<i>2,86</i>	<i>1,22</i>	<i>1,28</i>	<i>1,4</i>		
Bilanzbuchungen in T€	1.093	971	846	1.160	0	1.160
Summe	1.632	1.417	1.850	2.102	314	2.102

	Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 31.12.13 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Reste 2012:			
1. Unterhaltung Straßen	92.500,00	0,00	92.500,00
2. Unterhaltung Straßen, Innen- stadt	12.082,63	0,00	12.082,63
3. Unterhaltung Straßen, Wege, Brücken	50.114,70	0,00	50.114,70

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die abschließende Sanierung der Marienhöhe und des Stichweges nach dem Erdfall im Juni 2010 erfolgt derzeit. Um eine Setzung und damit die notwendige Verdichtung des Bodens zu erreichen, wurde die Straße gesperrt und Auflast in Form eines Hügels aufgebracht. Um den Erfolg der Maßnahme zu überwachen, wurden Setzungsmessungen vorgenommen.

Die übertragenen Reste für die Unterhaltung der Straßen sind durch Maßnahmen-Ausführung und abschließender Rechnungsstellung noch nicht ausgeschöpft. Der langanhaltende Winter hat dafür gesorgt, dass viele Maßnahmen erst später begonnen werden konnten. Eine konkrete Differenzierung nach Resten und laufenden Maßnahmen ist wegen Überschneidungen in diesen Produktkonten derzeit nicht möglich. Die Schlussrechnungen werden im 2. Halbjahr 2013 erwartet.

Die Abrechnung für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung für das 2. Quartal 2013 lag zum 01.07.2013 noch nicht vor.

Jungbaumpflege der hochwertigen Bäume in der Innenstadt:

Zur Pflege der hochwertigen Bäume in der Innenstadt sind in 2012 diverse Aufträge erteilt worden. Entsprechend wurden die Haushaltsreste in 2013 übernommen. 37.082,63 € stehen 2013 zur Verfügung (25.000,00 € Haushaltssoll zzgl. übertragener Reste). Die Summe der bestehenden Aufträge zum Stichtag beträgt 25.310,91 €. Es wird damit gerechnet, dass am Jahresende bis zu 27.000 € ausgegeben sein werden.

Die Stellenanteile haben sich von 2010 nach 2011 um 1,64 Anteile verringert. Diese verteilen sich auf eine Ingenieurstelle mit 0,95 Anteilen und eine Sachbearbeiterstelle mit 0,69 Anteilen für den abgeschlossenen Teil der Innenstadtsanierung. In 2012 wurde im Bereich der Sachbearbeitung der Stellenanteil wieder um 0,06 erhöht. Durch Berücksichtigung von Stellenanteilen der Fachbereichsleitung kam es zu einer Erhöhung auf 1,4 Stellenanteile.

Bei den Bilanzbuchungen stehen den Abschreibungen für aktiviertes Anlagevermögen von rd. 1,5 Mio. € die Auflösung von Zuwendungen und Beiträgen von rd. 0,5 Mio. € gegenüber. Die Buchungen erfolgen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten.

Finanzbericht

Investitionen	Ansatz 2013/Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Beiträge Theodor-Körner Str.	158.000,00	0,00	158.000,00
2. Beiträge Hebbelstraße	151.000,00	0,00	151.000,00
3. Zuweisung Land BÜ Ellerau	80.000,00	0,00	80.000,00
4. Hölderlinstraße, Planung und Bau	180.000,00	0,00	180.000,00
5. Liliencronstraße, Planung und Bau	236.000,00	0,00	236.000,00
6. Lenastraße, Planung und Bau (West)	146.000,00	0,00	146.000,00
7. Donathstraße, Planung und Bau	40.000,00	0,00	40.000,00
8. Straßenbeleuchtung	30.000,00	0,00	30.000,00
Reste 2012:			
9. Zuschuss AKN, Mohlstedter Weg	31.300,00	0,00	31.300,00
10. Theodor-Körner-Straße, Planung und Bau	142.125,78	69.203,97	72.921,81
11. Liliencronstraße, Planung und Bau	25.941,52	18.896,00	7.045,52
12. Hebbelstraße, Planung und Bau	58.823,66	15.395,07	43.428,59
13. Hölderlinstraße, Planung und Bau	41.015,34	31.804,87	9.210,47
14. Lenastraße, Planung und Bau	34.385,27	24.082,10	10.303,17
15. Straßenbeleuchtung	29.000,32	17.356,90	11.643,42

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Beiträge Theodor-Körner Str.	Die Veranlagungen erfolgen im 1. Quartal 2014.
2. Beiträge Hebbelstraße	Die Veranlagungen erfolgen im 1. Quartal 2014.
3. Zuweisung Land BÜ Ellerau	Bisher konnte der Bau nicht begonnen werden, da die Gemeinde Ellerau die Finanzierungsvereinbarung noch nicht unterschrieben hat. Es wird eine Einigung im 2. Halbjahr 2013 erwartet.
4. Hölderlinstraße, Planung und Bau	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt. Die Ausschreibung für den Bau erfolgt im Herbst 2013.
5. Liliencronstraße, Planung und Bau	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt. Die Ausschreibung für den Bau erfolgt im Herbst 2013.
6. Lenastraße, Planung und Bau (West)	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt. Die Ausschreibung für den Bau erfolgt im Herbst 2013.
7. Donathstraße, Planung und Bau	Die Maßnahme ist verschoben worden. Die Mittel für die Planung werden ins Jahr 2014 übertragen.
8. Straßenbeleuchtung	Im 1. Halbjahr wurden folgende Aufträge erteilt: <ul style="list-style-type: none"> - Austausch und auch Aufstellung von einzelnen neuen von Straßenlampen in der Himmelmoorchaussee, Uhlandstraße, Süderkamp,

Finanzbericht

	<p>Neuer Kamp sowie Barmstedter Straße</p> <ul style="list-style-type: none">- Für den Lerchenweg wurde die komplette Sanierung der Straßenbeleuchtung beauftragt. <p>Der Austausch der Beleuchtung in den erstgenannten Straßen ist erfolgt und abgerechnet.</p> <p>Die Sanierung im Lerchenweg ist beauftragt und wird im 2. Halbjahr durchgeführt.</p>
Reste 2012:	
9. Zuschuss AKN, Mohlstedter Weg	Die Maßnahme ist seitens der AKN noch nicht schlussgerechnet, der Zuschuss somit noch nicht abgerufen.
10. Theodor-Körner-Straße, Planung und Bau	Die Maßnahme ist abgeschlossen und schlussgerechnet. Dabei ergab sich durch Minderungen eine geringere Rechnungssumme.
11. Liliencronstraße, Planung und Bau	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt.
12. Hebbelstraße, Planung und Bau	Die Maßnahme ist abgeschlossen und schlussgerechnet. Dabei ergab sich durch Minderungen eine geringere Rechnungssumme.
13. Hölderlinstraße, Planung und Bau	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt.
14. Lenastraße, Planung und Bau	Die Maßnahme wurde in Planung und Vorbereitung begonnen; Aufträge sind erteilt und bereits teilweise durchgeführt.
15. Straßenbeleuchtung	Von den übertragenen Maßnahmen sind bis Jahresmitte 2013 auf Grund des langanhaltenden Winters noch nicht alle umgesetzt bzw. abgerechnet.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
54600	Parkeinrichtungen	Herr Vorberg	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	50	53	38	38	18	38
Personalaufwand in T€	7	9	14	14	6	14
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,15</i>	<i>0,15</i>	<i>0,15</i>	<i>0,2</i>		
Bilanzbuchungen in T€	17	17	33	24	0	24
Summe	74	79	85	76	24	76

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

In 2011 wurden verschiedenen Unterhaltungsmaßnahmen ausgeführt (u.a. P+R Schild erneuert, Kameras mit Fischaugenobjektiven versehen, um mehr Flächen abzudecken, Fahrbahnmarkierungen).

Der Ansatz 2012 für die Unterhaltung des Grundstücks und des sonstigen unbeweglichen Vermögens wurde um 29 T€ gesenkt, da die Rechnungsergebnisse in den Vorjahren unter den Ansätzen lagen und in 2012 die Pachtzahlungen für Parkplätze an der Habichtstraße und Pascalstraße zur Jahresmitte ausgelaufen sind.

Im Juni 2013 wurden durch Vandalismus sämtliche Glasscheiben der Türen im nördlichen Treppenhaus der Parkpalette zerstört. Hier wurde umgehend Ersatz beschafft.

Die reguläre Bewirtschaftung und Unterhaltung der Parkeinrichtungen 2013 verlaufen planmäßig.

Bei den Stellenanteilen wurden 0,05 Stellenanteile der Fachbereichsleitung berücksichtigt.

Bei den Bilanzbuchungen stehen den Abschreibungen für aktiviertes Anlagevermögen und Aufwendungen aus Investitionszinsen sowie die Auflösung von Zuwendungen. Die Buchungen erfolgen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten.

Investitionen	Ansatz 2013 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz noch verfügba- re Mittel in €
1. Zuweisung Land	0,00	118.300,00	118.300,00

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

Investitionen:	
1. Zuweisung Land	Nach Abschluss des Förderverfahrens zum Bau der Parkpalette an der Torfstraße wurde von der Landesweiten Verkehrsservicegesellschaft mbH ein Restbetrag in Höhe von 118.300,00 € bewilligt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
54700	ÖPNV	Frau Walter	ASU

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	47	42	48	63	57	60
Personalaufwand in T€	24	24	25	26	11	26
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,40</i>	<i>0,35</i>	<i>0,35</i>	<i>0,35</i>		
Bilanzbuchungen in T€	-2	-1	-1	0	0	0
Summe	69	65	72	89	68	86

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Aufwendungen betreffen einen Beitrag für die tarifliche Einbeziehung Quickborns in den HVV-Großbereich und die Beteiligung an den Kosten der Nachtbuslinie 623 sowie der Linien 194 und 594. Bezüglich der Kofinanzierung der genannten Buslinien wird kein fixer Betrag geschuldet (Ausnahme: Linie 194; Festbetrag für die optimierte Erschließung des Gewerbegebietes Nord), sondern ein festgelegter (prozentualer) Anteil am Gesamtdefizit dieser Linien. Grundlage der dynamischen Entwicklung der Finanzierungsbeiträge sind Abrechnungen des HVV. Die Abrechnung der Jahre 2008 ff. steht noch aus. Die *Südholstein Verkehrsservicegesellschaft mbH* geht allerdings davon aus, dass Nachzahlungen fällig werden könnten.

Die Reduzierung der Stellenanteile um 0,05 betrifft eine Stelle der Sachbearbeitung zur abgeschlossenen Sanierung der Innenstadt.

Die Abweichungen bei den Bilanzbuchungen ergeben sich aus Zuführungen zu und Entnahmen aus der Altersteilzeitrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
55102	Spielräume für Kinder und Jugendliche	Frau Hesse	AKJS

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	4	7	5	6	1	6
Personalaufwand in T€	0	0	0	0	3	3
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,25</i>	<i>0,25</i>	<i>0,5</i>	<i>0,52</i>		
Bilanzbuchungen in T€	41	59	52	62	0	62
Summe	45	66	57	68	4	71

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Kein Erläuterungsbedarf.

Die Erhöhung der Stellenanteile um 0,25 in 2012 resultiert aus einer Änderung der Produktzuordnungen von 36200, in 2013 kommen 0,02 Stellenanteil Fachbereichsleitung Tiefbauten und Kommunalbetriebe hinzu.

Die Bilanzbuchungen sind Abschreibungen von aktiviertem Anlagevermögen, in erster Linie die Spielgeräte auf den Spielplätzen und werden im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten gebucht.

Investitionen	Ansatz 2013/Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch ver- fügbare Mittel in €
1. Ausstattung Spielplätze	57.500,00	323,91	57.176,09
Rest 2012:			
2. Ausstattung Spielplätze	9.800,26	9.800,26	0,00

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

Investitionen:	
1. Ausstattung Spielplätze	Siehe dazu insgesamt die Spielflächenbedarfsplanung 2013 inkl. Konzept „spielende Stadt“. Alle Mittel sind beauftragt, aber noch nicht vollständig zur Auszahlung gekommen, da die Umsetzungen noch nicht komplett vollzogen sind.
Rest 2011:	
2. Ausstattung Spielplätze	Mittel sind beauftragt bzw. verausgabt für erste Umsetzungen zur Neuge- staltung des Kinderspielplatzes Marienhöhe.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
55400	Naturschutz und Landschaftspflege	Frau Walter	ASU

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	15	-1	44	27	6	27
Personalaufwand in T€	24	27	28	29	15	29
Stellenanteil	0,39	0,39	0,38	0,38		
Bilanzbuchungen in T€	-46	-6	-26	1	0	1
Summe	-7	20	46	57	21	57

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

2010: Der geringere Sachaufwand ist durch Erträge von ca. 3.000 € für Schadenersatzleistungen entstanden. Diese wurden von den Verursachern von Schäden an städtischen Bäumen geleistet (Unfallschäden, Vandalismus).

2011: Die zur Verfügung gestellten 17.900 € für Biotopunterhaltung (einschl. Nisthilfen und Mitgliedsbeiträge) sind bis 31.12.2011 im vollem Umfang ausgegeben worden. Darüberhinaus wurden zusätzliche Aufwendungen getätigt in Höhe von ca. 6.340 € (insgesamt somit 24.240 €). Diese Aufwendungen beziehen sich auf diverse Biotopunterhaltungsmaßnahmen (wie z.B. Durchforstungen verschiedener städtischer Waldflächen - Amselweg, Holstenstadion und am Holm Moor -, ferner Knickpflege, Totholzentfernung an öffentlichen Bäumen, Instandsetzung von Wildschutzzäunen und Abbau eines Wildschutzzaunes, Baumgutachten). Die Deckung der Mehraufwendungen erfolgte durch erzielte Erträge von ca. 19.500 €. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Erträge aus dem Verkauf des Holzes, das bei den Durchforstungen angefallen ist, Erstattungen für die auf Antrag von Bürgern gefällten Straßenbäume sowie Schadenersatzleistungen aus Baum-Unfallschäden. Insofern hat sich zum Jahresende ein Überschuss von ca. 13.700 € ergeben.

2012: Die zur Verfügung gestellten 18.300 € für Biotopunterhaltung/Baumpflege (einschl. Nisthilfen und Mitgliedsbeiträge) und die zu erwartenden Mehrkosten aus Nachpflanzung von Straßenbäumen sind verbraucht. Die zur Verfügung stehenden Mittel von 30.054,11 € für die Nachpflanzung von Straßenbäumen wurden ebenfalls vollständig verbraucht und zwar für folgende Maßnahmen: Entwicklungspflege der in 2009 gepflanzten Straßenbäume und Nachpflanzung von 37 Straßenbäumen im Herbst 2012.

2013:

Biotopunterhaltung/Baumpflege einschl. Nisthilfen und Mitgliedsbeiträge: Ansatz: 21.200,00 €
 Ausgegeben bis Jahresmitte: 7.876,02 €
 Die Restmittel von 13.323,98 €
 werden bis Jahresende vollständig ausgegeben sein.

Nachpflanzung von Straßenbäumen: Ansatz: 6.000,00 €
 Rest aus 2012 2.590,59 €
 (für Anwuchspflege der Pflanzung 2012)
 ÜPL Einnahme aus Unfallschaden 3.150,00 €
 Insgesamt zur Verfügung: 11.740,59 €
 Ausgaben 1. Jahreshälfte: 1.089,43 €

Es wird damit gerechnet, dass bis Jahresende insgesamt etwa 7.400,00 € ausgegeben sein werden für Anwuchspflege und Nachpflanzung. Die Differenz von ca. 4.300,00 € wird zur Übertragung für die Entwicklungspflege beantragt werden.

Zuführungen an und Entnahmen aus der Pensionsrückstellung sind die Ursache für die unterschiedlichen Ergebnisse bei den Bilanzbuchungen.

Finanzbericht

Investitionen	Ansatz 2013/Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Anlegung von Biotopen und Waldflächen	19.000,00	0,00	19.000,00
2. Anlegung von Waldflächen im B-Plan 91	9.000,00	1.705,15	7.294,85
Rest 2012:			
3. Anlegung von Biotopen und Waldflächen	12.679,29	4.966,85	7.712,44
4. Ersatzknick B-Plan 95	10.897,19	500,00	10.397,19

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Anlegung von Biotopen und Waldflächen	Wir erwarten zum Jahresende, dass ein Rest von ca. 3.000 € verbleiben wird unter Berücksichtigung von Aufträgen für Aufforstungsflächen, die Schaffung einer Ausgleichsfläche als Extensivgrünland, den Neubau eines Schutzzaunes für eine Obstwiese und die Anlage eines Weidebrunnens. Der genannte Rest wird benötigt für die Deckung der unter Ziffer 2 (B 91) erläuterten Mehrausgaben.
2. Anlegung von Waldflächen im B-Plan 91	Wir erwarten zum Jahresende Gesamtkosten von ca. 14.500 €, die somit den Ansatz von 9.000 € voraussichtlich um 5.500 € überschreiten werden (Begründung dazu s. ASU DS-Nr. X/046). Deckung durch Minderausgaben bei „Ersatzknicks B-Plan 95“, bei „Anlegung von Biotopen und Waldflächen“ und aus erzielten Einnahmen.
Rest 2012:	
3. Anlegung von Biotopen und Waldflächen	Die Reste aus 2012 werden zum Jahresende vollständig verbraucht sein.
4. Ersatzknick B-Plan 95	Bis Ende 2013 werden voraussichtlich 2.700 € ausgegeben sein für Entwicklungspflege, Nachpflanzung und Bauleitung. Von den Restmitteln von ca. 9.000 € werden ca. 2.000 € zur Deckung von Mehrausgaben (vgl. Ziffer 2) benötigt. Die verbleibenden 6.700 € werden am Jahresende voraussichtlich zur Übertragung beantragt werden für die weitere Entwicklungspflege und Nachpflanzung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
57100	Wirtschaftsförderung	Frau Rusch	HA

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-4	20	19	90	22	90
Personalaufwand in T€	40	40	41	41	40	80
<i>Stellenanteil</i>	0,70	0,70	0,70	0,70		
Bilanzbuchungen in T€	2	4	-1	2	0	2
Summe	38	64	59	133	62	172

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Bei den Erträgen und Aufwendungen sind zur Jahresmitte keine Abweichungen festzustellen, daher besteht kein Erläuterungsbedarf.

Zuführungen an und Entnahmen aus der Pensionsrückstellung sind die Ursache für die unterschiedlichen Ergebnisse bei den Bilanzbuchungen.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
57301	Märkte	Frau Lohse	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-9	-9	-7	-12	-5	-9
Personalaufwand in T€	9	12	11	10	5	10
<i>Stellenanteil</i>	0,34	0,34	0,34	0,34		
Bilanzbuchungen in T€	83	3	-69	1	0	1
Summe	83	6	-65	-1	0	2

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch den langen strengen Winter 2009/2010 und der im Oktober beginnenden Kälte mit frühem Frost im November 2010 konnten diverse Pflanzenverkaufsstände nicht am Wochenmarkt teilnehmen, so dass die Benutzungsgebühren in 2010 sanken.

In 2011 nahmen 4 Marktbesucher über mehrere Monate am Wochenmarkt nicht teil. 2 Pflanzenhändler und 1 Gemüsehändler kommen während der Wintermonate grundsätzlich nicht mehr und die Backwarenhändlerin meldete sich für den Wochenmarkt am Mittwoch generell ab. Ersatzstände konnten bisher nicht gefunden werden. Entsprechend wird in 2013 mit weniger Erträgen zum Jahresende gerechnet.

Bei den 83 T€ handelt es sich um eine Zuführung an die Pensionsrückstellung, bei den 69 T€ um eine Entnahme..

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
57302	Dorfgemeinschaftshaus Renzel	Frau Raphael	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	1	2	1	4	3	4
Personalaufwand in T€	4	4	4	5	2	5
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,1</i>	<i>0,1</i>	<i>0,1</i>	<i>0,1</i>		
Bilanzbuchungen in T€	-1	-1	-1	2	0	2
Summe	4	5	4	11	5	11

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

In den Jahren 2010 bis 2012 wurden kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen ausgeführt. Die Erträge und Aufwendungen entsprachen dem Planungsrahmen.

Der Ansatz 2013 wurde wegen erforderlicher Unterhaltungsmaßnahmen (Erneuerung Tresenblatt, Putzarbeiten) erhöht.

Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich um Verrechnungszuschüsse auf der Ertragsseite und Abschreibungen auf der Aufwandsseite.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
57303	Sport- und Begegnungsstätte Quickborn	Frau Raphael	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-560	-21	-13	63	-13	63
Personalaufwand in T€	3	3	10	9	4	9
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,05</i>	<i>0,05</i>	<i>0,13</i>	<i>0,13</i>		
Bilanzbuchungen in T€	18	17	19	30	0	30
Summe	-539	-1	16	102	-9	102

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Bewirtschaftung der Einrichtung erfolgt seit dem 01.01.2010 durch die Stadt und nicht mehr durch die Kommunalbetriebe. In 2010 wurden rd. 60.000 € für den Betrieb der Sport- und Begegnungsstätte aufgewendet. Dem stehen in gleicher Höhe Erträge aus Vermietung gegenüber. Weiterhin kommen aus der Übernahme der Bilanzwerte und Konten von den Kommunalbetrieben einmalige Effekte und Abrechnungen hinzu, die das Jahresergebnis 2010 entsprechend beeinflussen. Vergleiche über den Zuschussbedarf nach der Übernahme der Einrichtung lassen sich erst ab dem Jahr 2011 ziehen.

Beim Ansatz für Sachaufwendungen 2011 stehen Mehrerträge aus der Vermietung der Sport- und Begegnungsstätte (Dauervermietungen an den TUS, VHS sowie an Drittnutzer) den Aufwendungen aus dem Betrieb der Einrichtung gegenüber.

Für 2013 sind im Rahmen der Bauunterhaltung Brandschutzmaßnahmen, Malerarbeiten und Maßnahmen zur Beseitigung von Durchfeuchtungen vorgesehen. Da viele Arbeitsschritte aufeinander folgen müssen, ist eine konkrete Planung der Durchführung notwendig, so dass die Ausführung der Arbeiten erst im zweiten Halbjahr erfolgen kann.

Die Stellenanteile wurden im Bereich der Umweltkoordination um 0,08 erhöht.

Die Bilanzbuchungen beinhalten die Abschreibungen.

Investitionen	Ansatz 2013 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz noch verfügba- re Mittel in €
1. Sanierung	119.000,00	0,00	119.000,00

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. Sanierung	Die Arbeiten am Gebäude umfassen zum einen die Durchführung von Brandabschnittsbildungen im Gebäude als auch die Sanierung der Fassade. Die Fassade, bestehend als sogenannte Wärmedämmverbundsystemfassade (im Bereich des Erdgeschosses auf einer Holzkonstruktion), ist im unteren Bereich durchfeuchtet, so dass der Sockel neu herzustellen ist. Im oberen Bereich ist ein neuer Anstrich erforderlich. Da viele Arbeitsschritte aufeinanderfolgen müssen, ist eine konkrete Planung der Durchführung notwendig.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
57304	Bauhof	Herr Vorberg	AKD

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	1.080	1.468	613	484	220	524
Personalaufwand in T€	6	12	616	613	350	713
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,18</i>	<i>0,11</i>	<i>0,11</i>	<i>14,2</i>		
Bilanzbuchungen in T€	1	1	124	118	0	118
Summe	1.087	1.481	1.253	1.115	570	1.161

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

RE 2011: Lt. Jahresabschluss 2010 betrug die Unterdeckung 169.688,05 € und konnte noch im Jahr 2011 außerplanmäßig durch Mehrerträge bei Gewerbesteuern gedeckt werden. Der Verlustausgleich 2011 von ermittelten 176.000 € (enthalten sind 30.000 €, die vorab für den Ausgleich für 2009 verwendet werden mussten) konnte überplanmäßig ebenfalls über Mehrerträge bei Gewerbesteuern finanziert werden (Ratsversammlung am 28.11.2011, DS-Nr. IX/483). Der Jahresabschluss 2011 (Ratsversammlung am 26.11.2012, DS-Nr. IX/589) ergab einen weiteren Zuschussbedarf in Höhe von 59.147,85 €. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung wurde in der Ratsversammlung am 17.12.2012 beschlossen (DS-Nr. IX/606).

In 2012 wurde eine 5 %ige Haushaltssperre verhängt. Die Summe beläuft sich auf 60.000 €, entsprechende Einsparungen konnten nicht realisiert werden, da zu dem Zeitpunkt der Haushaltssperre bereits wesentliche Verbindlichkeiten eingegangen worden sind und unerwartet große Reparaturarbeiten an Fahrzeugen notwendig wurden.

Rückwirkend zum 01.01.2012 wurde die Sparte Bauhof in den Haushalt der Stadt zurückgeführt. Das operative Geschäft wurde am 01.07.2012 übertragen. Als Verlustausgleich stehen im Haushalt 2012 noch 540.000 € zur Verfügung, die dem neuen Fachbereich Tiefbauten und Kommunalbetriebe zugeordnet wurden.

Der Betriebsverlauf des Jahres 2013 führt bislang zu höheren Kosten als dies geplant ist. Ursachen sind einerseits höhere Streumittelbedarfe im Winter 2012/2013, zum zweiten höhere Fahrzeugunterhaltungskosten (insbesondere Reparaturen) als erwartet. Hier sind Salz und die langen winterlichen (Temperatur)Belastungen unter anderem Ursache.

Die Stellenanteile wurden durch interne Verschiebungen um 0,07 Anteile im Bereich der Sachbearbeitung Team Strategie-Management reduziert. Ab 2013 wurden die Stellenanteile der Bauhofmitarbeiter und Anteile der Fachbereichsleitung eingesetzt. Weiterhin wurden die Mitarbeiter und Fahrzeuge aus der Pflege der Innenstadt-, Schulhof- und Außensportanlagen ab dem 01.07.2012 räumlich und organisatorisch in den Bauhof integriert.

Die Bilanzbuchungen sind Zuführungen an und Entnahmen aus der Urlaubs- und Überstundenrückstellung.

Finanzbericht

Investitionen	Ansatz 2013 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz noch verfügbare Mittel in €
1. Inventar und Geräte	49.500,00	3.081,77	46.418,23
2. 3 Abrollmulden	10.000,00	0,00	10.000,00
3. Rasenschnitzaufnehmer	13.500,00	0,00	13.500,00
4. Sanierung Bauhofgebäude	50.000,00	0,00	50.000,00

Erläuterungen zu den Investitionen	
Investitionen:	
1. Inventar und Geräte	Verschiedene Geräte und Kleinmaschinen, deren Anschaffung die anfallenden Arbeiten vereinfachen und effektiver machen, sind bereits bestellt und zum Teil geliefert.
2. 3 Abrollmulden	Die Anschaffung ist für das 2. Halbjahr 2013 geplant.
3. Rasenschnitzaufnehmer	Das Gerät ist bestellt, die Lieferung erfolgt im August 2013.
4. Sanierung Bauhofgebäude	In der 2. Jahreshälfte 2012 wird ein zusätzlicher Container aufgestellt und weitere Maßnahmen ergriffen. Teile der Sanierungsmittel werden voraussichtlich in das Jahr 2014 übertragen.

Finanzbericht

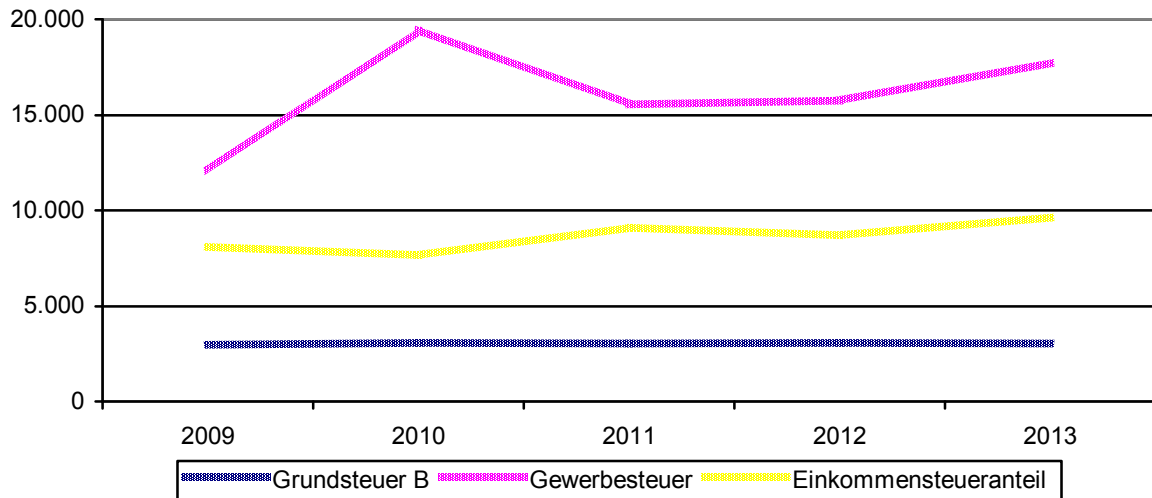
Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
61100	Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen	Frau Wölfel	FA

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	-24.747	-13.244	-14.820	-17.942	-22.580	-21.186
Personalaufwand in T€	40	63	79	76	55	76
Stellenanteil	0,92	0,92	1,19	1,19		
Bilanzbuchungen in T€	5.680	-3.450	-1.856	0	4	2.539
Summe	19.027	16.631	-16.597	-17.866	-22.521	-18.571

	Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.2013 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Rest 2012:			
Gewerbesteuerumlage	73.710,00	73.710,00	0,00

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

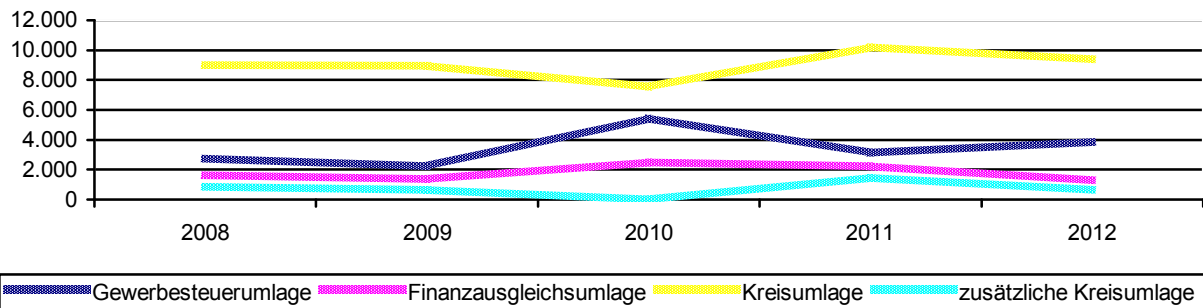
Entwicklung der 3 Hauptertragsquellen in den Jahren 2009 bis 2013 in T€:



Ertrag	2009	2010	2011	2012	2013
Grundsteuer B	2.988.338,40 €	3.067.472,05 €	3.049.171,20 €	3.084.001,35 €	3.040.000,00 €
Gewerbesteuer	12.063.532,15 €	19.462.166,91 €	15.552.587,62 €	15.552.587,62 €	17.730.000,00 €
Einkommen- steueranteil	8.085.714,00 €	7.650.605,00 €	9.100.392,00 €	8.694.285,00 €	9.620.300,00 €

Finanzbericht

Entwicklung der großen Aufwandsarten in den Jahren 2009 bis 2013 in T€:



Aufwand	2009	2010	2011	2012	2013
Gewerbesteuerumlage	2.733.068,00 €	2.220.869,00 €	5.454.004,00 €	3.144.896,00 €	3.862.100,00 €
Finanzausgleichsumlage	1.640.748,00 €	1.390.668,00 €	247.452,00 €	2.240.148,00 €	1.267.900,00 €
Kreisumlage	8.999.936,35 €	8.959.136,91 €	7.539.828,66 €	10.194.774,72 €	9.385.300,00 €
zusätzliche Kreisumlage	863.386,36 €	640.112,77 €	0,00 €	1.448.525,24 €	634.400,00 €

Die hohen Aufwendungen aus den Finanzausgleichsumlagen im Jahr 2011 entstehen durch die erheblichen Gewerbesteuermehrerträge im Jahr 2010. Sie werden durch die Auflösung einer Finanzausgleichsrückstellung aus dem Jahr 2010 in Höhe von rd. 4,866 Mio. € aufgefangen. Diese ist im Jahr 2011 bei den Bilanzbuchungen ersichtlich.

Im Jahr 2011 konnten neben den Mehrerträgen bei der Gewerbesteuer von rd. 2,5 Mio. € auch Mehrerträge beim Einkommensteueranteil von rd. 0,7 Mio. € verzeichnet werden. Hierfür musste erneut im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 eine Finanzausgleichsrückstellung von 1,3 Mio. € für das Jahr 2012 gebildet werden sowie ein Haushaltsrest für die Abrechnung der Gewerbesteuerumlage von 0,4 Mio. € übertragen werden.

Im Jahr 2012 wird der Anteil von 629 T€ aus der Finanzausgleichsrückstellung 2010 und der Betrag von 1.304 T€ aus der Finanzausgleichsrückstellung 2011 entnommen, um die aus den damaligen erhöhten Steuererträgen in diesem Jahr resultierenden Umlagen zu decken.

Für das Jahr 2013 wird auf den Bericht zur Steuerentwicklung verwiesen. Die dort benannten voraussichtlichen Ergebnisse zum Jahresende bei den einzelnen Steuerarten waren Grundlage für die Ermittlung der Prognosezahlen 2013. In erster Linie müssen die Gewerbesteuermehrerträge von rd. 4,3 Mio. € gegenüber dem Ansatz von 17,7 Mio. € erwähnt werden. Aufgrund der Erträge steigen die Finanzausgleichsumlagen im Jahr 2014 um rd. 2,53 Mio. €. In dieser Höhe muss im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 eine Finanzausgleichsrückstellung gebildet werden, die in der Prognose zu den Bilanzbuchungen aufgeführt ist.

Neu aufgenommen wurde im Jahr 2013 der Verwaltungskostenbeitrag der Gemeinden Bönningstedt und Hasloh, der aufgrund der Verwaltungsgemeinschaft von diesen gezahlt wird. Ein detaillierter Bericht über die Höhe und Verwendung der Mittel wird zu einem späteren Zeitpunkt gesondert erstellt.

Die Stellenanteile 2012 wurden vom Produkt 11104 hierher verschoben.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus- schuss
61200	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	Frau Wölfel	FA

Ergebnisplan	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Ansatz 2013	Stand 01.07.13	Prognose zum Jahres- ende
Sachaufwand in T€	754	883	1.080	1.175	1.010	1.225
Personalaufwand in T€	20	29	44	111	39	80
<i>Stellenanteil</i>	<i>0,15</i>	<i>0,15</i>	<i>0,35</i>	<i>0,35</i>		
Bilanzbuchungen in T€	-8	-26	-26	297	0	297
Summe	766	886	1.098	1.483	1.049	2.252

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Zinserträge aus der Anlage von liquiden Mitteln sind bis auf 5 T€ gesunken. Ab dem Jahr 2011 wurde der Ansatz für Zinserträge von 100 T€ auf 50 T€ halbiert; nach dem heutigen Stand wird der Ansatz 2013 zum Jahresende nicht erreicht; dies erhöht den Zuschussbedarf in der Prognose zum Jahresende.

Der geplante Zinsaufwand für das Jahr 2013 von 1,2 Mio. € wird aus heutiger Sicht nicht überschritten.

Der Schuldenstand der Stadt Quickborn (ohne Bauhof, Freibad, Abwasser) beträgt unter Berücksichtigung der Tilgungsleistungen zur Jahresmitte rd. 39,4 Mio. €. Investitionskredite mussten bislang noch nicht aufgenommen werden; Kassenkredite in Höhe von rd. 1 Mio. €. Die einzelnen Investitionskredite bestehen derzeit mit einer mittel- und langfristigen Laufzeit und sind in der folgenden Übersicht aufgeführt:

Betrag in €	Laufzeit	Zinssatz in %	Laufzeitende
<u>kurzfristige Laufzeit</u>			
keine			
<u>mittelfristige Laufzeit</u>			
5,8 Mio.	2 Jahre	1,509	30.09.2013
8,9 Mio.	2 Jahre	1,515	30.12.2013
4,8 Mio.	5 Jahre	3,040	30.03.2014
4,8 Mio.	5 Jahre	3,110	31.08.2014
3,9 Mio.	5 Jahre	2,145	30.12.2016
28,2 Mio.		2,264	
<u>langfristige Laufzeit</u>			
1,3 Mio.	15 Jahre	4,420	22.04.2014
5,5 Mio.	20 Jahre	3,670	30.06.2031
4,4 Mio.	17 Jahre	3,400	30.06.2028
11,2 Mio.		3,540	

Für die Sparten Bauhof, Freibad und Abwasser bestehen Kredite in Höhe von insgesamt 1.770.071,62 € zum Stand 30.06.2013.

Die Stellenanteile haben sich vom Produkt 11104 hierher verschoben.

Die Bilanzbuchungen beinhalten die neu zum Haushalt 2012 eingeführten Zinsaufwendungen für Investitionen; eine innere Verrechnung der zu zahlenden Zinsen für Investitionskredite, verteilt auf die Investitionen aller Produkte. Weiterhin ist der Gesamtbetrag für die Altersteilzeit- und Pensionsrückstellung hier veranschlagt, der im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 auf die einzelnen Produkte aufgeteilt wird.

Finanzbericht

Investitionen	Ansatz 2013/Rest 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.13 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
Rest 2012:			
1. Tilgung Kredit DGHyp	132.400,00	0,00	132.400,00

Erläuterungen zu den Resten	
Rest 2012:	
1. Tilgung Kredit DGHyp	Der Kredit wurde zum 15.03.2013 getilgt.

Finanzvergleich der Mittelstädte

Nachstehend sind unterschiedliche Finanzdaten von ausgesuchten Mittelstädten aufgeführt, die auf die Doppik umgestellt haben. Die Zahlen stammen aus den veröffentlichten Haushaltsplänen 2013.

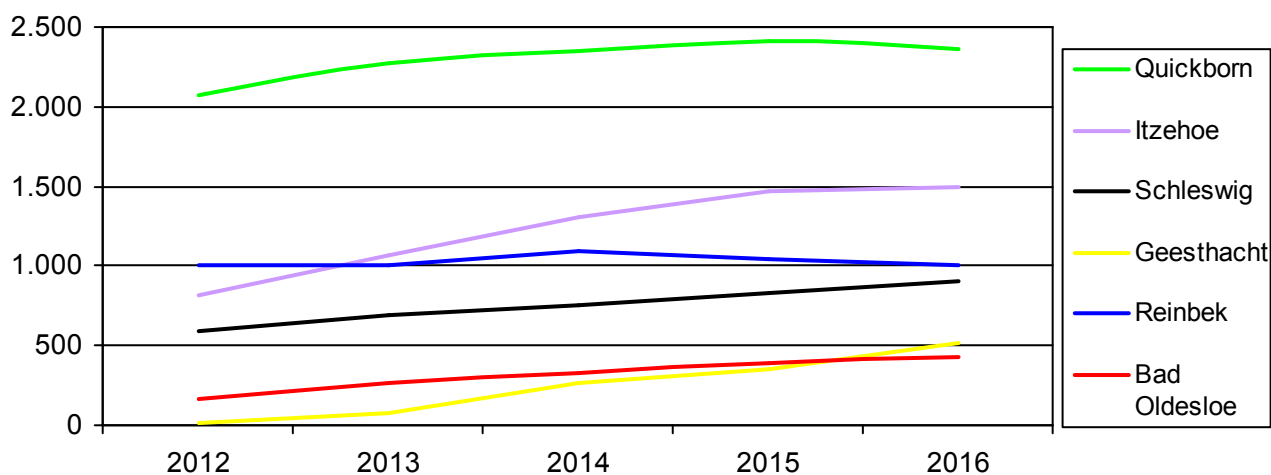
Umstellungszeitpunkte: Stadt Quickborn 01.01.2008
 Stadt Itzehoe 01.01.2010
 Stadt Schleswig 01.01.2010
 Stadt Geesthacht 01.01.2010
 Stadt Reinbek 01.01.2010
 Stadt Bad Oldesloe 01.01.2009

1. Schuldenstand / Schuldenentwicklung in T€

Kommune	2012	2013	2014	2015	2016
Quickborn	43.019	46.975	48.579	49.850	48.861
Itzehoe	26.433	34.638	42.422	47.678	48.444
Schleswig	14.148	16.693	18.286	20.156	21.692
Geesthacht	359	2.052	7.792	10.484	14.986
Reinbek	25.782	26.032	28.066	26.964	26.048
Bad Oldesloe	5.222	3.959	6.384	8.028	9.538

2. Schuldenstand / Schuldenentwicklung in € je Einwohner

Kommune	2012	2013	2014	2015	2016
Quickborn	2.077	2.268	2.346	2.407	2.359
Itzehoe	814	1.067	1.307	1.469	1.493
Schleswig	586	692	758	835	899
Geesthacht	12	70	266	358	511
Reinbek	999	1.009	1.088	1.045	1.010
Bad Oldesloe	162	261	328	390	427



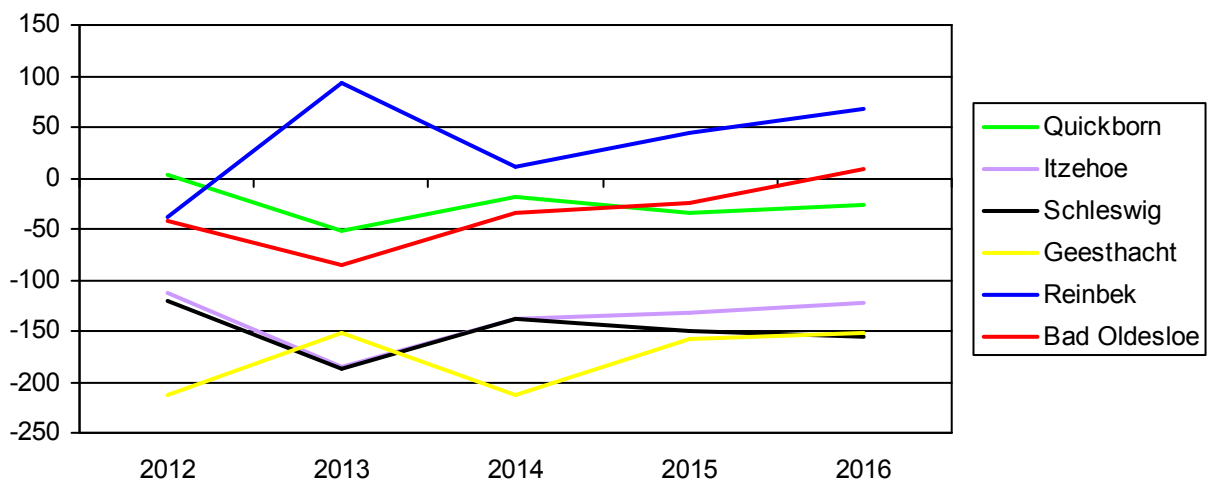
3. Entwicklung der Ergebnismrücklagen und des Eigenkapitals

Derzeit liegen nur von den Städten Quickborn und Bad Oldesloe eine Eröffnungsbilanz vor. Allerdings fehlen von Bad Oldesloe noch die Jahresabschlüsse. Aufgrund dessen können keine Aussagen über die Entwicklung der Ergebnismrücklagen oder des Eigenkapitals gemacht werden.

4. Entwicklung des Ergebnisplanes in € je Einwohner

Kommune	2012	2013	2014	2015	2016
Quickborn	3	-51	-19	-34	-27
Itzehoe	-113	-185	-139	-133	-122
Schleswig	-120	-187	-138	-150	-155
Geesthacht	-212	-152	-212	-158	-151
Reinbek	-38	93	10	44	68
Bad Oldesloe	-42	-85	-35	-25	9

Grafische Darstellung der Entwicklung des Ergebnisplanes von 2012 bis 2016:



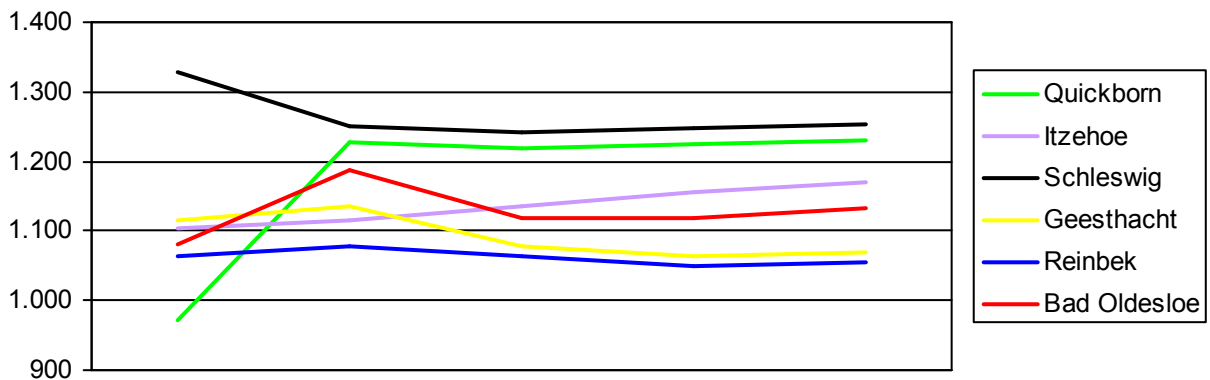
5. Entwicklung der bereinigten Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in T€

Kommune	2012	2013	2014	2015	2016
Quickborn	20.143	25.414	25.234	25.364	25.479
Itzehoe	35.846	36.205	36.867	37.560	37.964
Schleswig	32.015	30.179	29.954	30.098	30.245
Geesthacht	32.623	33.211	31.545	31.123	31.240
Reinbek	28.118	28.495	28.108	27.734	27.888
Bad Oldesloe	26.450	29.037	27.370	27.383	27.714

6. Entwicklung der bereinigten Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit je Einwohner

Kommune	2012	2013	2014	2015	2016
Quickborn	973	1.227	1.218	1.225	1.230
Itzehoe	1.104	1.115	1.136	1.157	1.170
Schleswig	1.327	1.251	1.242	1.248	1.254
Geesthacht	1.116	1.136	1.079	1.065	1.069
Reinbek	1.065	1.079	1.064	1.050	1.056
Bad Oldesloe	1.081	1.186	1.118	1.119	1.132

Grafische Darstellung der bereinigten Auszahlungen von 2012 bis 2016:

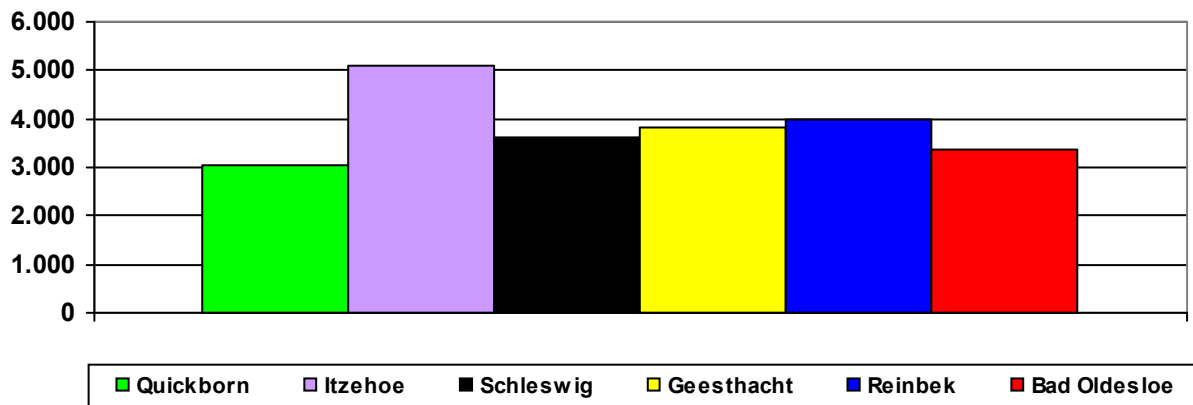


Die Grafik zeigt, dass Quickborn im Jahr 2012 die geringsten Verwaltungskosten je Einwohner hatte. Ab dem Jahr 2013 sind die Ansätze aus der Übernahme der Sparte Abwasser im Haushaltsplan veranschlagt (rd. 2,2 Mio. €) sowie die Aufwendungen aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft mit Bönningstedt und Hasloh (rd. 0,9 Mio. €); dies erhöht die Verwaltungskosten, allerdings stehen dem im gleichen Umfang Erträge gegenüber, die hier nicht dargestellt werden.

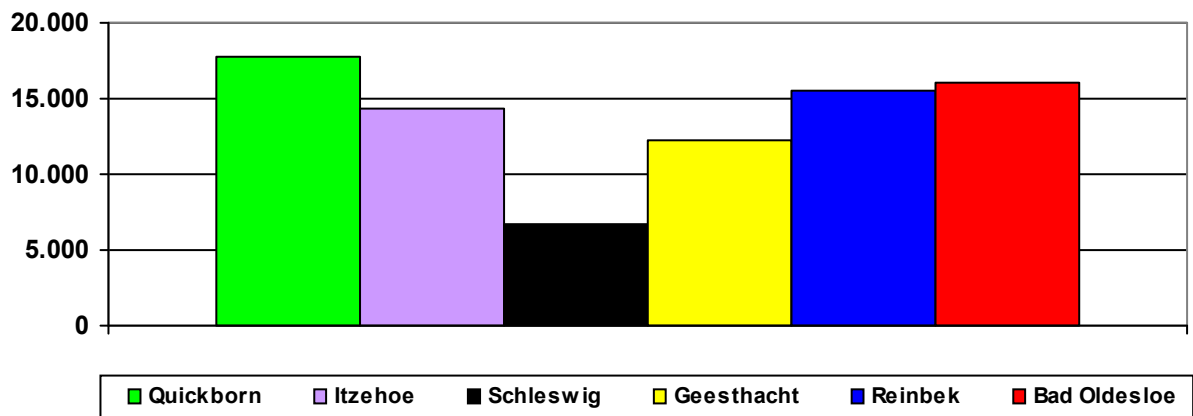
7. Übersicht über wichtige Steuererträge 2013 in T€

Kommune	Grundsteuer B	Hebesatz	Gewerbesteuer	Hebesatz	Einkommensteueranteil	allg. Schlüsselzuweisungen (+) / Finanzausgleichsumlage (-)
Quickborn	3.040	340	17.730	320	9.620	-1.199
Itzehoe	5.076	380	14.300	360	9.911	1.610
Schleswig	3.600	400	6.700	360	6.370	3.157
Geesthacht	3.804	360	12.200	375	10.401	2.559
Reinbek	3.990	370	15.500	370	13.369	-544
Bad Oldesloe	3.360	380	16.000	360	8.610	-915

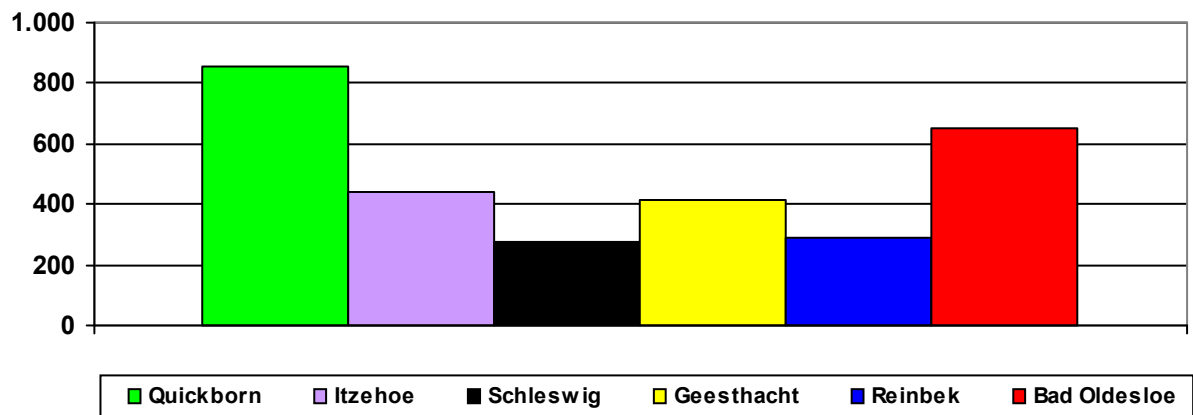
Grundsteuer B (in T€)



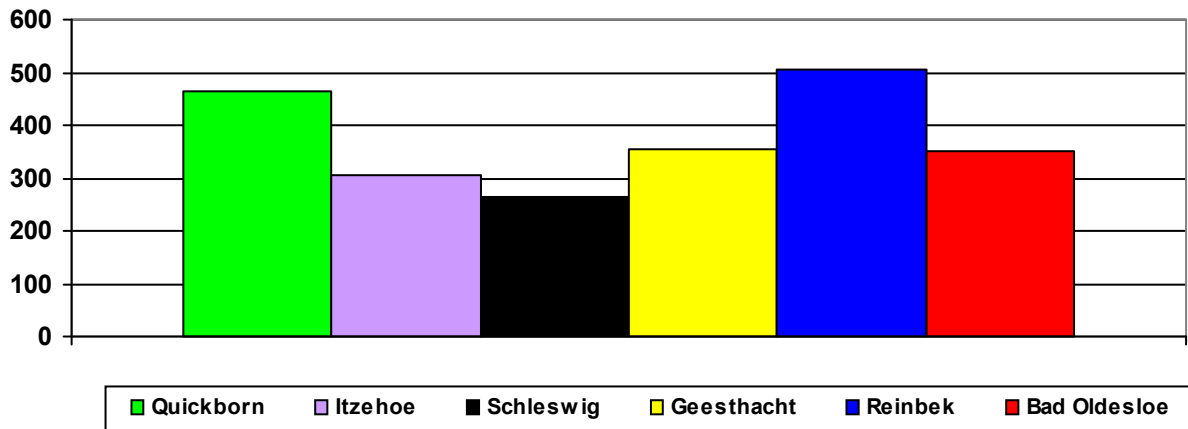
Gewerbesteuer (in T€)



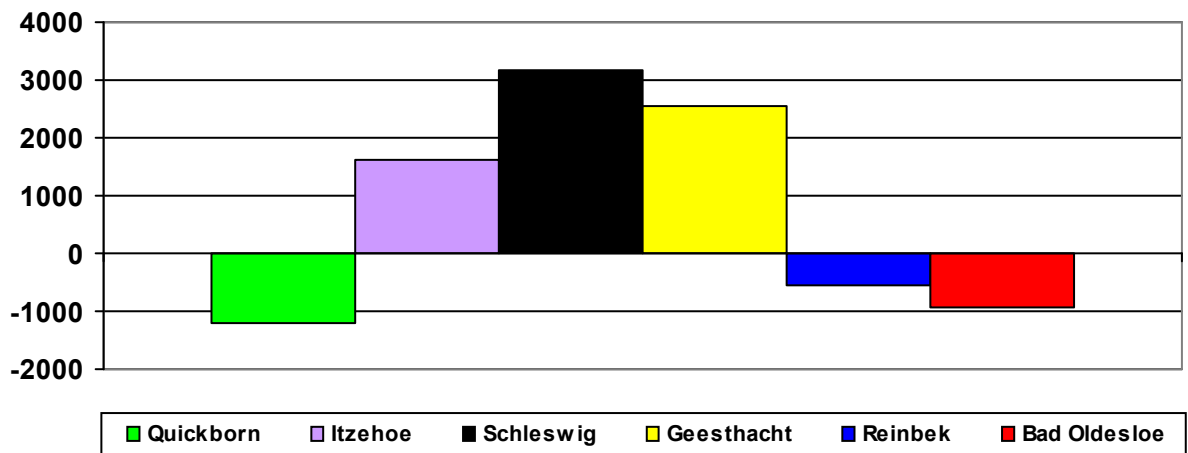
Gewerbesteuer je Einwohner



Einkommensteueranteil je Einwohner



Allg. Schlüsselzuweisungen (+) / Finanzausgleichszahlungen (-) in T€



Entwicklungsberichte

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

1. Entwicklung der Personalkosten

Personalkosten in € (ohne ARGE/Jobcenter)		
Jahr	Gesamtkosten*	Steigerung in %
2003	6.352.903	1,99
2004	6.772.896	6,61
2005	6.727.343	- 0,67
2006	6.582.608	- 2,15
2007	6.637.275	0,83
2008	6.937.648	4,53
2009	7.194.442	3,70
2010	7.339.082	2,01
2011	7.768.700	5,85
2012	8.259.472	6,32
2013	9.428.500	14,15

* Es sind die Rechnungsergebnisse angegeben. Für 2013 sind die zu erwarteten Personalkosten aufgeführt. Bei der auffälligen Steigerung ist der Wechsel der Kommunalbetriebe von den Stadtwerken zurück zur Stadtverwaltung zu beachten.
Die Verwaltungsgemeinschaft mit den Gemeinden Bönningstedt und Hasloh trägt sich allein.

Die Vorausberechnungen der Personalkosten für 2013 betragen rd. 9.085.900 ohne Jobcenter und dem zusätzlichen Personal für die Verwaltungsgemeinschaft. Die Steigerung beträgt damit 2,82 %.

Erläuterungen zu den Personalausgaben

Für das Jahr 2013 wurde insgesamt ein Budget für Personalausgaben in Höhe von 9.428.500 € (Deckungskreis 100) bewilligt.

Im zurückliegenden Jahr wurden für das das Jobcenter im Kreis Pinneberg erneut Beschäftigte eingestellt, die dem Jobcenter zugewiesen wurden. Die zusätzlichen Aufwendungen, die hierdurch entstehen, werden vom Bund in voller Höhe erstattet. Den höheren Personalaufwendungen stehen die Erträge aus der Erstattungsleistung des Bundes gegenüber.

Anzumerken ist, dass die Stadt für die Sprachfördermaßnahmen sowie für die Schulsozialarbeit Zuschüsse vom Kreis Pinneberg und vom Bund erhält. Die Stadt erhält Erstattungen für das Personal, das Kommunit und dem „Jobcenter“ zugewiesen ist.

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

Zur Überprüfung der Personalentwicklung nach der Verwaltungsstrukturreform und der Nachhaltigkeit der Maßnahmen dient folgende Tabelle:

Jahr	Rechnungsergebnis	zu erwartende Personalkosten	Aufgabenveränderung	lineare Tarifsteigerung	Differenz
2004	6.772.896 €	6.772.896 €	0	0,00%	0 €
2005	6.727.343 €	6.772.896 €	0	0,00%	45.553 €
2006	6.582.608 €	6.772.896 €	0	0,00%	190.288 €
2007	6.637.275 €	6.855.396 €	82.500	0,00%	218.121 €
2008	6.937.648 €	7.121.993 €	54.080	3,10%	184.345 €
2009	7.194.442 €	7.293.409 €	-28.000	2,80%	98.967 €
2010	7.339.082 €	7.387.820 €	6.890	1,20%	48.738 €
2011	7.768.700 €	7.653.386 €	184.300	1,10%	-115.314 €
2012	8.837.000 €	9.229.965 €	1.308.710	3,50%	392.965 €
2013	9.085.900 €	9.448.794 €	25.000	2,10%	362.894 €

Basisjahr sind die Kosten des Jahres 2004 (vor der Veränderung). Diese werden um die wesentlichen Aufgabenveränderungen und die Tarifsteigerungen angepasst. Einmalzahlungen, kleine Veränderungen und Steigerungen der Sozialversicherung etc. wurden nicht berücksichtigt. Ebenso sind keine Leistungssteigerungen ausgewiesen, die aus der Verwaltung heraus durch Arbeitsverdichtung möglich wurden.

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

Die politischen Gremien haben folgende Aufgabenveränderungen beschlossen:

Jahr	Aufgabenveränderungen	Stellenanteil	Jährliche Personalkosten
2002			
2003	Überwachungsperson ruhender Verkehr	0,50	22.500,00 €
	Einführung GeoInformation	1,00	45.000,00 €
			67.500,00 €
2004	Offene Ganztagschule bzw. Kindertagesstätte / Erzieher/in / Angestellte/r	0,20	9.432,60 €
2005			
2006			
2007	Stadtplanung Projektinnenentwicklung 1,5 VK	1,50	82.500,00 €
	Sozialsachbearbeitung Kostenerstattung durch Kreis Pinneberg	0,78	42.900,00 €
	Projekt Hochbaumaßnahmen	1,50	82.500,00 €
			207.900,00 €
2008	Einführung Schulsozialarbeit	1,04	54.080,00 €
2009	Abgabe EDV an KommuniT (Beamter nur abgeordnet)	-0,50	- 28.000,00 €
2010	Schulsekretärin DBG	0,40	21.200,00 €
	Schulsekretärin Förderzentrum	-0,27	- 14.310,00 €
			6.890,00 €
2011	VHS (kostendeckend)	0,38	22.800,00 €
	Schulküche / Mensenbetrieb	3,28	164.000,00 €
	Gebäudeleittechnik	1,00	60.000,00 €
	Stadtplanung Projektinnenentwicklung 1,5 VK	-1,50	- 90.000,00 €
	Verstärkung Hausmeisterdienst	0,50	27.500,00 €
			184.300,00 €
2012	Verstärkung VHS kostenneutral	0,17	9.350,00 €
	Schulsozialarbeit Finanzierung Kreis Pinneberg	1,92	111.360,00 €
	Sachbearbeiter/in Schulsozialarbeit	1,15	61.000,00 €
	0,5 VK Heilpädagogin/Heilpädagoge für Sprachförderung	0,50	27.000,00 €
	Übernahme Kommunalbetriebe	22,00	1.100.000,00 €
			1.308.710,00 €
2013	0,5 Stelle für die Freistellung des Personalrates	0,50	25.000,00 €
			25.000,00 €

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

Insgesamt konnte die Verwaltung bei deutlich gestiegenen Leistungen und Übernahme der Kommunalbetriebe rund 1.426.000 € für die Bürger Quickborns (Differenz Rechnungsergebnis zu erwartenden Personalkosten) einsparen.

2. Personalbestand/-planung

Personalbestand				
	Anzahl der Stellen			
Jahr	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Gesamt
2003	23,19	96,75	11,10	131,04
2004	21,69	97,99	11,31	130,99
2005	20,69	97,99	11,31	129,99
2006	20,69	97,99	11,31	129,99

Personalbestand und -planung nach Neustrukturierung der Verwaltung			
	Anzahl der Stellen		
Jahr	Beamte	Beschäftigte	Gesamt
2006	20,69	109,30	129,99
2007	21,42	105,84	127,26
2008	22,83	113,17	136,00*
2009	22,83	110,86	133,69*
2010	22,83	111,14	133,97*
2011	22,14	115,41	137,55
2012	23,14	116,34	139,48*
2013	24,64	177,44	177,08*

*(ohne das zusätzlich für die ARGE/Jobcenter zeitlich befristet eingestellte Personal = 20 Vollzeit-Stellen und ab 2013 = 25 Vollzeitstellen)

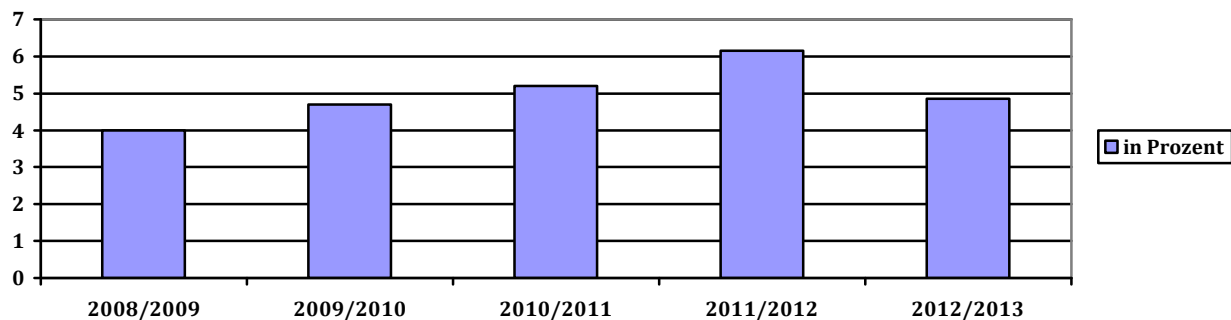
Für die Fachbereiche Ehrenamt, Kultur und Veranstaltungen (städt. Kindertagesstätte), Jugend sowie Einwohnerangelegenheiten war es erforderlich, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die krankheitsbedingt ausfielen, sich in Elternzeit oder Sonderurlaub befanden, befristet Aushilfen zu beschäftigen. Außerdem war für die gesetzlich vorgeschriebene Freistellung eines Personalratsmitgliedes zusätzlich eine Teilzeitkraft für den Bereich Wirtschaftsförderung zu beschäftigen. Für das Projekt Schulbausanierung wird weiterhin zeitlich befristet zusätzlich Personal beschäftigt.

Zurzeit sind innerhalb der Stadtverwaltung (103) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilzeitbeschäftigt (inkl. Einrichtungen). Eingerechnet sind hierbei auch die sog. „geringfügig Beschäftigten“.

Für das zurückliegende Jahr errechnet sich eine Ausfallquote von 4,85 %. Auf eine Darstellung wie in den vorherigen Berichten wird aufgrund der laufend neu hinzugekommenen Mitarbeiter/innen verzichtet.

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Entwicklung des Krankenstandes seit Juni 2008.



Der Krankenstand ist im zurückliegenden Jahr zurückgegangen und liegt nunmehr bei 4,85 %. Anzumerken ist, dass sechs Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter sehr lange erkrankt waren/sind (Dauerkranke = länger als 12 Wochen arbeitsunfähig).

Eine Umfrage des Deutschen Städtetages zum Krankenstand in den Mitgliedsstädten hat ergeben, dass sich der Krankenstand 2012 auf 6,12 % erhöht hat. Somit liegen die Fehltagel bei der Stadt Quickborn unter dem Bundesdurchschnitt (4,85 % Quickborn, Bund 5,9 %).

Während die Ausfallzeit bei Erkrankungen bis 6 Wochen zurückging, konzentriert sich das Ausfallgeschehen auf 6 Mitarbeiter/innen. Soweit es geboten ist, werden die Erkrankten eng durch die Betriebsärztin bzw. den Amtsarzt, den Personalrat und die Dienststelle begleitet. Wegen der geringen Fallzahl können aus Gründen des Datenschutzes keine weitergehenden Erläuterungen gegeben werden.

Der Krankenstand in anderen Kommunalverwaltungen in Schleswig-Holstein liegt laut Umfrage des Städteverbandes Schleswig-Holstein derzeit bei 5,9 %, also oberhalb des aktuellen Quickborner Wertes.

Die Erhebungen der Krankenkassen sind mit Arbeitgebererhebungen schwer zu vergleichen. Die Krankenkassen erheben nur gemeldete Arbeitsunfähigkeiten; Bescheinigungen werden oft nicht bei der Krankenkasse abgegeben bzw. sind erst ab dem 4. Krankheitstag vorgeschrieben. Die Krankenkassen rechnen kalendertäglich (365 Tage) ab, während Arbeitgeber arbeitstäglichen Ausfall berechnen (254 Arbeitstage). Dies hat insbesondere Auswirkungen bei den Erkrankungen bis 6 Wochen.

Unter Berücksichtigung der derzeitigen Erkenntnisse ist bei 2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einer bis mindestens zum Jahreswechsel (Hälfte der Berichtsperiode) fortdauernden schwerwiegenden Erkrankung zu rechnen, die alleine rund 240 Ausfalltage verursachen wird. Die Perspektive für den nächsten Bericht ist dennoch positiv und es wird im Hinblick auf die Langzeiterkrankten eine Entlastung erwartet.

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

3. Einstellungen, Versetzungen, Kündigungen, Ruhestand/Rente und sonst. Gründe für das Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis

	Beamtinnen/ Beamte		Beschäftigte	
	m	w	m	w
Einstellungen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis	1		3	9
Einstellungen in ein befristetes Arbeitsverhältnis			4	4
Übernahme vom Amt Pinnau	1		3	6
Versetzungen zu anderen Dienstherren auf eigenen Wunsch				
Kündigungen und Entlassungen aus dem Beamtenverhältnis auf eigenen Wunsch			3	7
Ruhestand/Rente	1		1	2
sonstige Gründe für das Ausscheiden aus einem Arbeitsverhältnis				3
Einstellung für das Jobcenter			9	14
Kündigungen/Ausscheiden Jobcenter			1	11

Die Einstellungen in unbefristete Arbeitsverhältnisse erfolgten aufgrund des erhöhten Personalbedarfs für die Verwaltungsgemeinschaft sowie aufgrund von Nachbesetzungen vakant gewordener Stellen.

Die Einstellungen in befristete Arbeitsverhältnisse erfolgten für die Schulküche, Wirtschaftsförderung (Freistellung für Personalratsarbeit), das Freibad und zur Vertretung aufgrund langfristiger Erkrankungen sowie für Sonderurlaub und Elternzeit.

4. Verhältnis Frauen/Männer

Besoldung Bes.-Gr.	Frauen	Männer	Beamte insgesamt
Laufbahngruppe 2			
A 15	0,00	1,00	1,00
A 14	0,00	0,00	0,00
A 13	1,00	3,00	4,00
A 12	1,00	3,00	4,00
A 11	1,00	1,00	2,00
A 10	1,75	3,50	5,25
A 9	1,00	0,00	1,00
Laufbahngruppe 1			
A 9 + Zulage			
A 9	3,00	0,00	3,00
A 8	0,00	1,00	1,00

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

Besoldung Bes.-Gr.	Frauen	Männer	Beamte insgesamt
Ausbildung	0,00	0,00	0,00
Summen	8,75	12,50	21,25

Entgeltgruppe	Frauen	Männer	Beschäftigte TVöD
14	1,00	0,00	1,00
13	1,00	1,00	2,00
12	1,00	2,00	3,00
11	3,77	3,00	6,77
10	1,00	4,00	5,00
9	10,94	8,45	19,39
8	16,11	3,00	19,11
7	0,00	1,00	1,00
6	11,89	9,00	20,89
5	11,37	16,76	28,13
4	0,00	7,21	7,21
3	1,30	5,00	6,30
2	3,71	0,00	3,71
1	2,46	0,00	2,46
Ausbildung	0,00	3,00	3,00
Summen	65,55	63,42	128,97

Entgeltgruppe S	Frauen	Männer	Beschäftigte insgesamt
S 16	1,00	0,00	1,00
S 15	1,00	0,00	1,00
S 12	1,00	0,00	1,00
S 11	1,28	0,00	1,28
S 8	1,75	0,00	1,75
S 6	13,39	2,77	16,16
S 4	1,24	0,36	1,60
Summen	20,66	3,13	23,79

Summe Beamte u. Beschäftigte insgesamt	94,96	79,05	174,01
---	--------------	--------------	---------------

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in Elternzeit, im Sonderurlaub oder während der Altersteilzeitarbeit in der Freistellungsphase befinden, wurden nicht aufgeführt.

5. Schulung / Weiterbildung

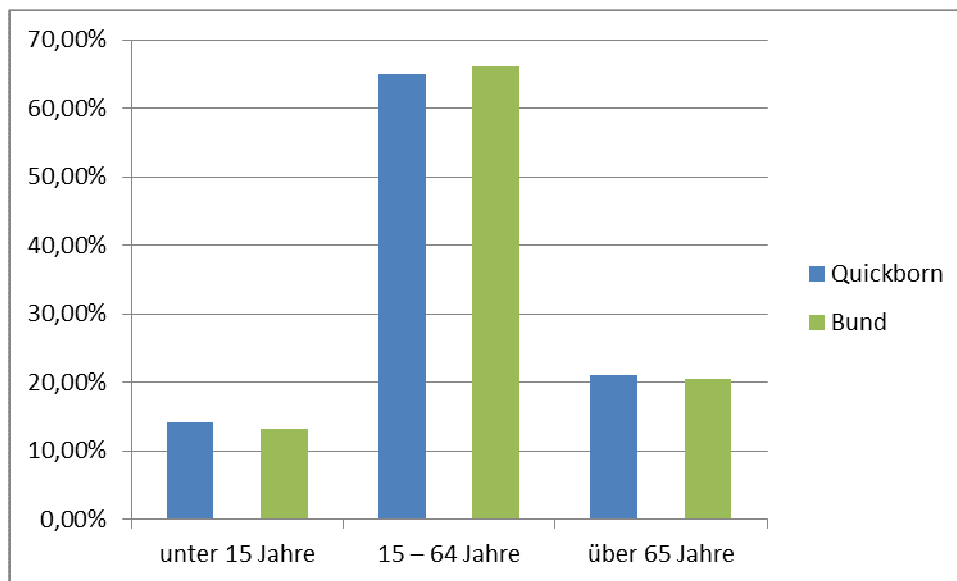
Es war erforderlich, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schulen, um sie auf die zukünftigen Anforderungen vorzubereiten und über die Auswirkungen der gesetzlichen und rechtlichen Veränderungen in der Praxis zu informieren.

Sozialdaten, Sozialleistungen

1. Einwohnerdaten

2012 [Vorjahr]

Ort	Gesamt	unter 15 Jahre		15 – 64 Jahre		über 65 Jahre	
Quickborn	20.600 [20.550]	2.823 [2.898]	13,7% [14,1%]	13.408 [13.337]	65% [64,9%]	4.382 [4.315]	21,3% [21%]
Bund	81,7 Mio [81,3 Mio]	10,7 Mio [10,8Mio]	13,1 [13,3%]	54 Mio [53,7 Mio]	66,1% [66,1%]	17 Mio [16,74 Mio]	20,8% [20,6]



Die Quickborner Zahlen entsprechen im Vergleich ungefähr den Zahlen des Bundes. Die Zahlen der Kinder (unter 15 Jahre) und der Senioren (über 65 Jahre) liegen etwas über dem Bundesdurchschnitt. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter liegt etwas darunter.

Bundesweit ist festzustellen, dass die Zahl der Kinder sinkt und die Zahl der über 65-Jährigen steigt.

2. SGB XII Sozialhilfe/Grundsicherung

Stand	31.12.2011	31.12.2012	30.06.2013
Gesamtzahlen (Pers.)	217	207	215
Davon Kinder	4	3	1
davon Grundsicherung (über 65 Jahre)	79	127	135

Sozialdaten, Sozialleistungen

Die Gesamtzahl bleibt konstant.

Grundsicherung: (über 65 – Jährigen)

→ Vergleich Bund: 450.000 = 2,6 % der Altersbevölkerung; [Vorjahr: 423.000 = 2,5%]
Quickborn: 135 = 3,1 %, [Vorjahr: 127 = 2,9 %]

Die Zahl der Grundsicherungsempfänger (über 65 –Jährigen)steigt sowohl in Quickborn als auch bundesweit an. Der prozentuale Anteil der Grundsicherungsempfänger an der Altersbevölkerung über 65-Jährigen liegt in Quickborn mit 3,1 % etwas über den Bundesdurchschnitt von 2,6 %.

3. SGB II (Arbeitslosengeld II)

[Vorjahr]

Stichtag 1.1.2012/Personen	Quickborn	Kreis	Quickborn/ Prozentualer Anteil
0 - 3	49 [57]	1.080 [1.110]	4,5 % [5,1 %]
0 – 15	216 [222]	5.000 [5.172]	4,3 % [4,3 %]
16 – 25	129 [124]	2.425 [2.488]	5,3 % [5,0 %]
25 – 50	326 [325]	7.225 [7.592]	4,5 % [4,3 %]
über 50	203 [193]	3.280 [3.356]	6,2 % [5,8 %]
Gesamt	874 [864]	17.930 [18.608]	4,9 % [4,64 %]
Einwohner	20.600 [20.550]	305.000 (2011)	6,7 % [6,7 %]

In der Stadt Quickborn leben im Vergleich zu den Zahlen für den gesamten Kreis Pinneberg in sämtlichen Altersstufen deutlich weniger Arbeitslosengeld-II-Empfänger.

Im Gegensatz zum Kreis Pinneberg –in dem die Zahl in allen Altersgruppen rückläufig ist-, ist 2012 in Quickborn lediglich bei der Zahl der Kinder (unter 15 Jahren) ein Rückgang festzustellen, so dass die Gesamtzahl der Leistungsberechtigten sich nicht reduziert hat.

Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung beträgt der Prozentsatz der Leistungsbezieher mit Arbeitslosengeld II bei

- Kindern unter 15 Jahren =7,6 % [Vorjahr: 7,7 %]
- 15 bis 64 Jahren =4,9 % [4,8 %]
- Gesamt (bis 64 Jahre)= 5,4 % [5,3 %] – Hinweis: Bundesdurchschnitt= 9,3 %

Sozialdaten, Sozialleistungen

4. Wohngeld

Wohngeld gibt es als „Mietzuschuss“ für den Mieter einer Wohnung oder eines Zimmers und als „Lastenzuschuss“ für den Eigentümer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung. Die Wohngeldberechnung erfolgt durch die Stadt Quickborn. Die Kosten werden jedoch vom Land Schleswig-Holstein getragen.

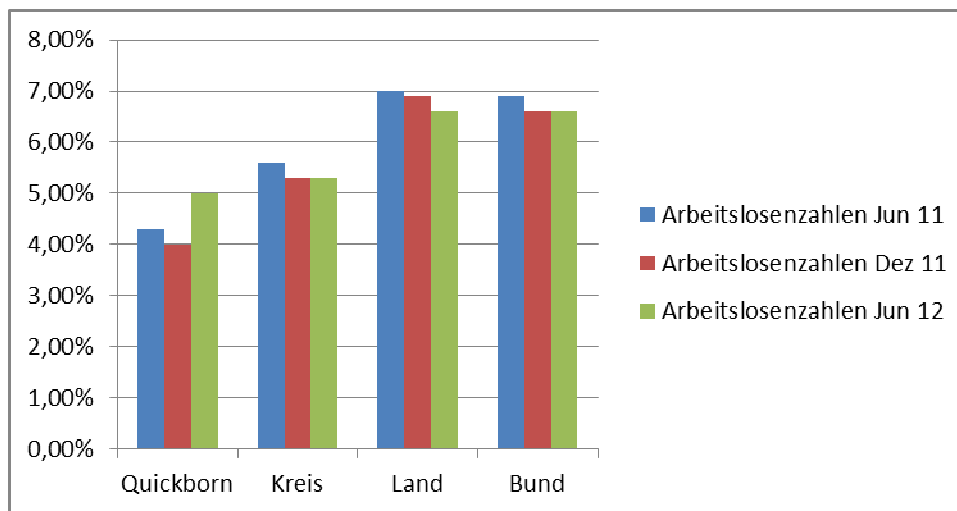
	1.1. – 31.12. 2011	1.1. – 31.12. 2012	bis 30.06.2013
Gesamt (Fallzahlen)	365	291	144
Kosten gesamt in €	427.333	343.667	143.743
Kosten je Haushalt in €	97,56	98,42	166,37

Die Zahl der Wohngeldfälle ist seit 2011 wieder rückläufig, da viele (ehemalige) Leistungsberechtigte nunmehr einen Anspruch im Rahmen des Arbeitslosengeldes II besitzen. Die Höhe des monatlichen Wohngeldes eines Haushaltes hat sich in 2013 von ca. 100 € auf 166 € erhöht.

5. Arbeitslosenzahlen

Arbeitslosenzahlen (Quote in %)	06/2011	12/2011	06/2012	12/2012	06/2013
Quickborn	367 (4,3)	340 (4,0)	428 (5,0)	407 (4,8)	418 (4,9)
Kreis	8.873 (5,6)	8.373 (5,3)	8.498 (5,3)	8.291 (5,1)	8.519 (5,3)
Land	99.739 (7,0)	98.715 (6,9)	96.563 (6,6)	97.634 (6,8)	96.817 (6,6)
Bund	2.893.341 (6,9)	2.780.206 (6,6)	2.809.105 (6,6)	2.864.663 (6,7)	2.848.948 (6,6)

Sozialdaten, Sozialleistungen



Die Quickborner Arbeitslosenquote fällt mit 4,9 % im Vergleich zum Landes- und Bundesdurchschnitt mit jeweils 6,6 % deutlich niedriger aus. Auch die Arbeitslosenquote im Kreis Pinneberg liegt mit durchschnittlich 5,2 % etwas höher.

6. Wohnungsangelegenheiten

6.1 Städtische Unterkünfte

Personen/Alter	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	30.06.2013
0 – 17 Jahre	5	6	14	11
18 – 30 Jahre	2	9	12	13
30 – 60 Jahre	10	16	15	23
Über 60 Jahre	7	8	10	8
Gesamt	24	39	51	55

Die positive Entwicklung der Wiedereingliederung von Wohnungslosen und Asylbewerbern in Mietwohnungen ist maßgeblich auf die gute Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen sowie der Beratungsstelle für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge und dem Jobcenter bzw. dem Sozialamt vor Ort zurückzuführen.

Aufgrund der anhaltend vermehrten Zuweisungen von Asylbewerbern ist die Zahl der unterzubringenden Personen auch in 2013 weiter angestiegen. Nach dem 30.06.2013 musste die Stadt Quickborn weitere 20 Asylbewerber unterbringen. Es ist zu erwarten, dass die Zahl der Zuweisungen von Asylbewerbern zukünftig weiter ansteigen wird.

Sozialdaten, Sozialleistungen

6.2 Neueinweisungen

Jahr	2011	2012	30.06.2013
Neueinweisungen	7	26	8
Abgänge	5	7	4

6.3 Räumungsklagen

Jahr	2011	2012	30.06.2013
Gesamt	16	2	5
Einweisungen	3	0	0

Die Stadt Quickborn hat aufgrund der guten Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Wohnungslose, dem Sozialamt und dem Jobcenter nur wenige Zwangsräumungen zu verzeichnen. Auch konnten in der Regel durch Übernahme von Mietschulden, Unterbringung in Einrichtungen mit notwendiger Betreuung oder durch die erfolgreiche Vermittlung von anderen Wohnungen eine Einweisung in die städtischen Obdachlosenunterkünfte verhindert werden.

6.4 Wohnungssuchende in der Stadt Quickborn – Wohnungssuchenden-Liste

Die Stadt Quickborn führt eine Liste, auf der sich Interessierte als „wohnungssuchend“ eintragen lassen können.

Haushalte	2011	2012	30.06.2013
Gesamt	103	114	109
Auswärtige Haushalte	19	20	21
1-Zi. bis 1 ½-Zi-Wohn.	30	37	43
2-Pers.-Haushalte	20	16	15
3-Pers.-Haushalte	18	23	10
4-Pers.-Haushalte	5	10	12
5-Pers.-Haushalte	7	4	4
6-Pers.-Haushalte	3	4	4
7-Pers.-Haushalte	1	0	0
8-Pers.-Haushalte	0	0	0

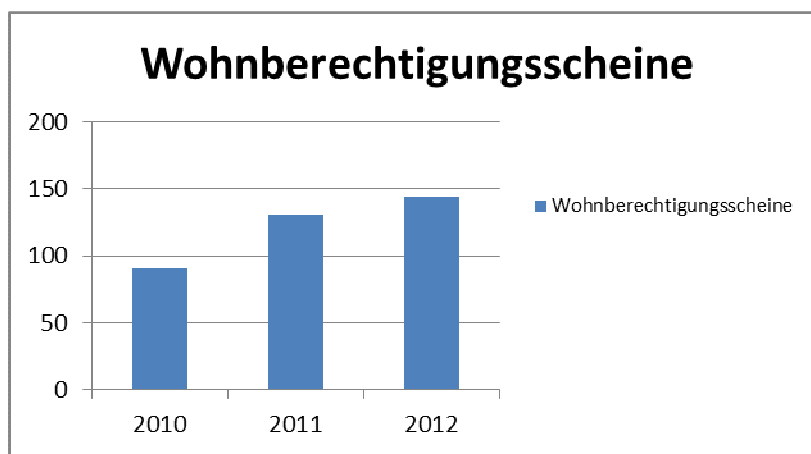
Sozialdaten, Sozialleistungen

Nur ein Teil der Quickborner Wohnungssuchenden tragen sich in unsere Liste ein. Die tatsächliche Nachfrage nach günstigen Wohnungen wird deutlich höher sein. Die Zahl pendelt sich seit Jahren bei ca. 100 Wohnungssuchenden ein.

6.5 Wohnberechtigungsscheine

2013 = Prognose 200 (Stand 30.06.2013 = 111)
2012= 124
2011= 131
2010= 91

Die gestiegene Nachfrage nach Wohnberechtigungsscheinen zeigt deutlich, dass in Quickborn auch die Nachfrage nach günstigen, sozial geförderten Wohnraum steigt.



6.6 Sozialer Wohnungsbau (mit kommunaler Förderung)

Stand	2010	2011	2012	2016
Anzahl Wohnungen	149	129	129	37

Bis 2016 wird sich die Zahl der sozial geförderten Wohnungen in Quickborn erheblich reduzieren. Die Stadt versucht, in Zukunft den Wegfall durch kleinere Vorhaben zu kompensieren.

7. Rentenberatung

Weiterhin werden Rentenangelegenheiten immer dienstags in der Zeit von 16 – 17.30 Uhr im Rathaus durch die Versichertenbeauftragte der Deutschen Rentenversicherung angeboten. Die Nachfrage ist stark.

Wirtschaftsdaten

Gewerbegebiete in Quickborn

Es hat im Berichtszeitraum keine Veränderung der Gesamtgewerbefläche in Bebauungsplänen gegeben.

Derzeit sind insgesamt 72,3 ha Gewerbeflächen in Bebauungsplänen ausgewiesen, wovon eine Fläche von 5,0 ha durch einen unwirksamen Bebauungsplan (Bebauungsplan 25 – östlich Bahn/nördlich Feldbehnstraße) nach § 34 BauGB (Art und Maß der baulichen Nutzung muss sich in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen) zu beurteilen ist (siehe hierzu in der nachfolgenden Übersicht die Bemerkung Nr. 2).

Weitere 11 ha sind im Flächennutzungsplan ausgewiesen und könnten bei Bedarf durch Bebauungspläne überplant werden.

Die nachstehende Übersicht erfasst die überplanten bzw. die nach dem F-Plan möglichen **Gewerbeflächen**

(Erläuterung: GE = Gewerbegebiet, SO = Sondergebiet, GI = Industriegebiet)

Belegenheit	GE ha	SO ha	GI ha	Bemerkungen
Bebauungspläne (B-Pläne):				
B-Plan 36 A Gewerbegebiet Nord Ernst-Abbe-Straße / Carl-Zeiss-Straße / Friedrich-List-Straße / tlw. Max-Weber-Straße / tlw. Robert-Bosch-Straße	12,0	–	9,5	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 36 B Gewerbegebiet Nord tlw. Robert-Bosch-Straße / tlw. Max-Weber-Straße / Borsigkehre	9,0	–	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 36 C Gewerbegebiet Nord Pascalkehre	2,5	2,9	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 36 D Gewerbegebiet Nord Pascalkehre / Schleswag-HeinGas-Platz	3,0	3,0	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 37.1 Gewerbegebiet Nord tlw. Pascalstraße / Auf dem Halenberg	4,5	4,5	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 37.2 Gewerbegebiet Nord tlw. Pascalstraße / Albert-Einstein-Ring	9,0 exkl. Über- pla- nung B-Plan 36 A	–	–	<ul style="list-style-type: none"> • Erschließung ist abgeschlossen, Flächen befinden sich in der Vermarktung • GE-Fläche tlw. noch zur freien Verfügung <p>siehe zusätzliche Bemerkung Nr. 1</p>

Wirtschaftsdaten

Belegenheit	GE ha	SO ha	GI ha	Bemerkungen
B-Plan 63, 1. Änderung und Ergänzung Südwestausgang Kieler Straße – Güttloh	2,7	–	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 24 Gewerbegebiet Ost Quickborn-Heide / Theodor-Storm-Straße	4,7	–	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz
Unwirksamer Bebauungsplan:				
B-Plan 25 Östlich Bahn / nördlich Feldbehnstraße	5,0	–	–	<ul style="list-style-type: none"> • bebaut • Immobilien im Privatbesitz • Beurteilung nach § 34 BauGB (s.o.) • Neuaufstellung eines B-Plan (97 Teil 1) vorgesehen <p>siehe zusätzliche Bemerkung Nr. 2</p>
Ausweisung im Flächennutzungsplan:				
Östlich Bahn / nördlich Justus-von-Liebig-Ring	3,0	1,0	–	<ul style="list-style-type: none"> • Grundstück in Privatbesitz • Aufstellung B-Plan (97 Teil 2) vorgesehen <p>siehe zusätzliche Bemerkung Nr. 2</p>
nördlich Friedrichsgaber Straße / Stadtgrenze Norderstedt	7,0	–	–	<ul style="list-style-type: none"> • Grundstück in Privatbesitz
Summe	62,4	11,4	9,5	

Die Stadt verfügt zurzeit über keine eigenen bebaubaren Gewerbeflächen. Diese befinden sich alle im Eigentum Dritter. Daher arbeitet die Stadt eng mit privaten Investoren zusammen.

Bemerkung Nr. 1 (B-Plan 37.2 / tlw. Pascalstraße / Albert-Einstein-Ring):

Die erschlossenen Flächen des o.g. Gewerbegebietes werden von der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft des Kreises Pinneberg mbH (WEP) zum Verkauf angeboten. Die Interessenten wenden sich direkt an die WEP oder die Anfragen werden über die Wirtschaftsförderung der Stadt Quickborn an die WEP weitergeleitet. Die Stadt ist hier eng eingebunden.

Es stehen in diesem B-Plangebiet noch 2 Flächen (1. Fläche: ca. 1.800 qm, 2. Fläche: ca. 9.022 qm) zur Verfügung.

Wirtschaftsdaten

Bemerkung Nr. 2 (Gewerbegebiet Quickborn-Mitte)

Zum Einstieg in die städtebauliche Planung wurde eine Entwicklungskonzeption erstellt, die als Grundlage für die Aufstellung von neuen Bebauungsplänen dient, ein fortschreibbares Planwerk mit verschiedenen Planungsbausteinen für eine maßnahmen- und stufenorientierte Umsetzung vor Ort.

Die Entwicklungskonzeption wurde von einem Planungsbüro im Fachbereich Stadtentwicklung mit der Wirtschaftsförderung und unter Beteiligung der verschiedenen betroffenen Akteure erarbeitet.

Am 13. Juli 2009 wurde das Entwicklungskonzept von der Ratsversammlung beschlossen und gilt damit als Grundlage für die weitere Planung.

Zur weiteren Planung ist vorgesehen, zunächst für zwei Teilgebiete (des früheren Plangebietes B-Plan 25, der wegen formaler Fehler i.R. einer VG-Entscheidung nicht mehr angewandt wird), neue B-Pläne aufzustellen. Für den Bereich innerhalb des Justus-von-Liebig-Ringes / nördlich Feldbehnstraße (B-Plan 97 Teil 1) und für den Bereich nördlich der Malchower Brücke, zwischen AKN und Wohnbebauung nördlich der Max-Planck-Straße, sowie südlich der Malchower Brücke bis Otto-Hahn-Straße, zwischen AKN und Justus-von-Liebig-Ring (B-Plan 97 Teil 2) hat die Ratsversammlung am 14.12.2009 die Aufstellungsbeschlüsse gefasst.

Damit können sowohl vorhandene Gewerbestandorte weiterentwickelt, als auch neue Flächenpotentiale für überwiegend gewerbliche Nutzungen generiert werden. Die beiden Plangebiete haben eine Größe von ca. 14,1 ha.

Aufgrund 2010 aufgegriffener Entwicklungen war dann für eine 3 ha. große Teilfläche im Gebiet des B-Planes 97, Teil 1 (Grundstück der aufgegebenen Schokoladenfabrik) eine andere Nutzung in die Diskussion gekommen. Ein Projektentwickler möchte auf einer Teilfläche dieses Grundstückes eine Anlage für Service-Wohnen realisieren und die Johanniter-Unfallhilfe eine Privatschule der Montessori-Pädagogik (die Johanniter betreiben in Quickborn bereits 2 Kindertagesstätten). Allerdings zeichneten sich ab Mitte 2011 Probleme für das Privatschulprojekt ab, so dass die Planung seither „auf Eis liegt“.

Ein weiteres Ergebnis der Entwicklungskonzeption ist der Erhalt des Standortes des Familien-Marktes an der Feldbehnstraße, dessen Eigentümer eine Sanierung / Neugestaltung der Anlage anstrebt. Für dieses Areal werden, ebenso wie für die südlich angrenzenden Grundstücke zwischen AKN und Querstraße, die B-Pläne 78 Teil 1 und 2 aufgestellt (Aufstellungsbeschluss ist 2003 erfolgt).

Mischgebiete (Gewerbe und Wohnungsbau)

Folgende Mischgebiete können noch entwickelt werden:

Nach Maßgabe des Flächennutzungsplanes sind Mischgebiete am nördlichen Ortsausgang Kieler Straße / westlich und östlich B 4 und nördlich Friedrichsgaber Straße vorgesehen. Eine Quantifizierung hinsichtlich einer gewerblichen Nutzung ist zurzeit nicht möglich, da noch unklar ist, wann mit einer Überplanung begonnen werden kann.

Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarktdaten

Die nachstehenden Zahlen und Auswertungen basieren auf statistischen Erhebungen der Bundesagentur für Arbeit / Statistik-Service Nordost.

Arbeitsplätze in Quickborn / Pendlerstatistik

(Diese Statistik basiert auf allen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen)

	Juni 2007	Juni 2008	Juni 2009	Juni 2010	Juni 2011	Juni 2012
In Quickborn wohnende Beschäftigte	6.617	6.836	6.886	6.935	7.144	7.312
Darunter Auspendler	5.509 (83,3%)	5.670 (82,9%)	5.723 (83,1%)	5.720 (82,5%)	5.910 (82,7%)	6.038 (82,6%)
Arbeitsplätze in Quickborn	5.563 (+2,5%)	5.937 (+6,7%)	6.405 (+7,9%)	6.644 (+3,7%)	6.862 (+3,3%)	7.069 (+3,0%)
Darunter Einpendler	4.455 (80,1%)	4.771 (80,4%)	5.242 (81,8%)	5.431 (81,7%)	5.628 (82,0%)	5.795 (82,0%)
Beschäftigte, die in Quickborn wohnen und arbeiten (%-Anteil der in Quickborn zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze)	1.108 (19,9%)	1.166 (19,6%)	1.163 (18,2%)	1.215 (18,3%)	1.234 (18,0%)	1.274 (18,0%)

Eine aktuelle statistische Zahl für Juni 2013 liegt leider – wie immer zu diesem Berichtszeitpunkt - noch nicht vor.

Im Darstellungszeitraum (2007 bis 2012) stieg die Zahl der Personen, die in Quickborn wohnen und eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben, um über 10% an (2007: 6.617, 2012: 7.312).

Erfreulicherweise haben sich auch bedingt durch Neuansiedlungen die Arbeitsplätze in Quickborn von Jahr auf Jahr erhöht. Konnten in Quickborn im Jahr 2007 5.563 Arbeitsplätze verzeichnete werden, ermittelte die Bundesagentur für Arbeit im Juni 2012 eine Anzahl von 7.069 Arbeitsplätzen in Quickborn. Dieses ist in den letzten 6 Jahren ein Anstieg von über 20 %.

Die Zahl der Einpendler, Auspendler sowie der Beschäftigten, die in Quickborn wohnen und arbeiten, ist prozentual gesehen im Erhebungszeitraum ungefähr gleichgeblieben.

Wirtschaftsdaten

Die **Einpender** kommen zum Arbeitsort Quickborn in erster Linie aus den folgenden Orten. Zum Vergleich wurden auch die Vorjahreszahlen aufgelistet.

Einpender aus den Wohnorten	Juni 2010		Juni 2011		Juni 2012	
	Personen	in %	Personen	in %	Personen	in %
Hamburg	1.213	25,4 %	1.323	27,7 %	1.413	29,6 %
Norderstedt	416	8,7 %	411	8,6 %	416	8,7 %
Henstedt-Ulzburg	282	5,9 %	292	6,1 %	286	6,0 %
Kaltenkirchen	166	3,5 %	166	3,5 %	177	3,7 %
Ellerau	169	3,5 %	175	3,7 %	176	3,7 %
Pinneberg	180	3,8 %	176	3,7 %	174	3,6 %
Elmshorn	135	2,8 %	129	2,7 %	157	3,3 %
Harburg	95	2,0 %	107	2,2 %	114	2,4 %
Barmstedt	106	2,2 %	102	2,1 %	96	2,0 %
Kiel	80	1,7 %	87	1,8 %	93	1,9 %
Bad Bramstedt	75	1,6 %	74	1,6 %	91	1,9 %
Neumünster	62	1,0 %	58	1,2 %	62	1,3 %

Die **Auspendler** fahren in erster Linie zum Arbeiten in die folgenden Orte:

Auspendler zu den Arbeitsorten	Juni 2010		Juni 2011		Juni 2009	
	Personen	in %	Personen	in %	Personen	in %
Hamburg	3.053	56,6 %	3.139	58,2 %	3.174	58,9 %
Norderstedt	787	14,6 %	835	15,5 %	848	15,7 %
Pinneberg	157	2,9 %	163	3,0 %	154	2,9 %
Henstedt-Ulzburg	139	2,6 %	147	2,7 %	154	2,9 %
Kaltenkirchen	131	2,4 %	134	2,5 %	130	2,4 %
Ellerau	100	1,9 %	124	2,3 %	123	2,3 %
Rellingen	103	1,9 %	99	1,8 %	116	2,2 %
Bönningstedt	86	1,6 %	98	1,8 %	107	2,0 %
Elmshorn	81	1,5 %	74	1,4 %	82	1,5 %
Wedel	37	0,7 %	43	0,8 %	47	0,9 %
Uetersen	41	0,8 %	41	0,8 %	39	0,7 %
Neumünster	36	0,7 %	41	0,8 %	39	0,7 %

Wirtschaftsdaten

Arbeitslose:

Im Juni 2011 waren in Quickborn 367 Personen arbeitslos.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Arbeitslosen insgesamt stark gesunken, wobei ein Anstieg der Langzeitarbeitslosen auf geringem Niveau zu verzeichnen ist. Außerdem ist die Zahl der Arbeitslosen, die schwerbehindert sind, kontinuierlich auf den gleichen Stand geblieben.

Arbeitslose	Juni 2009	Juni 2010	Juni 2011	Juni 2012	Juni 2013
Insgesamt	431	451	367	428	418
Männer	235	240	197	231	217
Frauen	196	211	170	197	201
Deutsche	382	397	309	381	362
Ausländer	49	54	58	46	56
Vollzeit	320	354	266	312	322
Teilzeit	81	97	79	78	83
Jüngere unter 25 Jahren	38	53	30	40	41
55 Jahre und älter	73	94	88	90	80
Langzeitarbeitslose (>1Jahr)	85	50	60	71	96
Schwerbehinderte	21	20	21	24	21

Seit dem Jahr 2008 wird die Arbeitslosenquote auf Gemeindeebene seitens der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr zur Verfügung gestellt, da sich laut Aussage der Bundesagentur für die Gemeindestrukturen keine verlässlichen Bezugsgrößen bestimmen lassen. Vergleicht man allerdings die in Quickborn wohnenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigte (s. vorherige Seite) mit den Arbeitslosenzahlen erhält man folgende Quoten:

Jahr 2008 - 6,2 %,

Jahr 2009 - 5,8 %

Jahr 2010 - 6,1 %.

Jahr 2011 - 5,0 % (Bezug: Anzahl der Beschäftigten 2010)

Jahr 2012 – 5,9 % (Bezug: Anzahl der Beschäftigten 2011)

Jahr 2013 – 5,7 % (Bezug: Anzahl der Beschäftigten 2012)

Bei diesem Vergleich sind die Anzahl der Selbstständigen nicht berücksichtigt.

Steuerentwicklung

Stand am 01.08.2013	Haushalts- ansatz (HHA)	Anordnungssoll (AOS)	Ist	Differenz zw. HHA und AOS
Grundsteuer A	46.000,00	46.962,12	27.397,98	962,12
Grundsteuer B	3.040.000,00	3.113.591,15	1.755.616,12	73.591,15
Gewerbesteuer	17.730.000,00	22.064.913,96	14.084.530,24	4.334.913,96
Sonst. Vergnü- gungssteuer	142.200,00	122.854,94	114.257,09	-19.345,06
Hundesteuer	99.900,00	96.353,66	85.634,95	-3.546,34
Einkommensteuer- anteil	9.620.300,00	4.893.094,00	4.893.094,00	-4.727.206,00
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	756.900,00	353.848,00	353.848,00	-403.052,00
Sonderausgleich	952.500,00	527.443,00	527.443,00	-425.057,00
Verzinsung von Steuernachforder.	200.000,00	64.680,80	42.951,80	-135.319,20
Summe	32.587.800,00	31.283.741,63	21.884.773,18	-1.304.058,37
nachrichtlich: Gewerbesteuerum- lage	3.815.900,00	3.069.710,00	3.069.710,00	-746.190,00

Grundsteuer B

Bei der Grundsteuer B liegt das Anordnungssoll um rd. 70 T€ über dem Ansatz von 3.040.000 €, da auch in diesem Jahr wieder diverse bebaute Grundstücke vom Finanzamt erstmals oder neu bewertet worden sind. Im letzten Jahr lag das Rechnungsergebnis bereits bei 3.084.001,35 €. Für die Jahre ab 2014 kann der Ansatz in der Haushaltsplanung von 3.040.000 € auf 3.100.000 € erhöht werden; zur Aufstellung der mittel- und langfristigen Finanzplanung 2013 – 2022 wurde die Erhöhung bereits berücksichtigt.

Gewerbesteuer

Der Ansatz der Gewerbesteuer beträgt zum Haushalt 2013 17,7 Mio. €.

Zum 01.08.2013 beläuft sich das Anordnungssoll auf 22 Mio. €. In dem Anordnungssoll enthalten sind zahlreiche angepasste Vorauszahlungen für die Jahre 2012 und 2013 sowie Abrechnungen der Jahre bis 2011.

Der erhebliche Mehrertrag von rd. 4,3 Mio. € ist im ersten Halbjahr 2013 eingegangen. Dies wirkt sich auf die Zahlung der Gewerbesteuerumlage aus (s. nächster Absatz) und auf die Zahlungen zum Finanzausgleich 2014. Nach derzeitigem Stand muss für die Deckung der zusätzlichen Gewerbesteuerumlagenzahlung mit einem Betrag von 0,9 Mio. € gerechnet werden und mit der Bildung einer Finanzausgleichsrückstellung für das Jahr 2014 von rd. 2,5 Mio. €.

Sollte es im zweiten Halbjahr zu einer Gewerbesteuerrückzahlung kommen, wirkt sich diese erst auf die Finanzausgleichsumlagen des Jahres 2015 aus.

Steuerentwicklung

Gewerbesteuerumlage

Die Zahlung der Gewerbesteuerumlage erfolgt vierteljährlich nachträglich anhand der Istzahlungen der Gewerbesteuer. Die Umlage für das 4. Quartal 2012 wurde im Februar 2013 abgerechnet und ergab eine Nachzahlung an das Land von 73.710 €. Der Umlagebetrag wurde als Haushaltsrest zulasten des Haushaltsjahres 2012 in das Jahr 2013 übertragen, um das Haushaltsjahr 2013 nicht zu belasten.

Sofern es bei den Gewerbesteuermehrerträgen von rd. 4,3 Mio. € bleibt, muss im Jahr 2013 eine zusätzliche Gewerbesteuerumlage von rd. 0,9 Mio. € gezahlt werden. Die Deckung erfolgt dann aus den Mehrerträgen.

Vergnügungssteuer

Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Ansatz erreicht oder sogar überschritten wird. Das Rechnungsergebnis 2012 lag bei 144.988,29 €.

Hundesteuer

Die Erträge aus der Hundesteuer sind in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Die Erträge für 2013 werden voraussichtlich 96.300 € (Vorjahr: 94.109,64 €) betragen und damit etwas unter dem Haushaltsansatz von 99.900 € liegen.

Ende 2013 ist auch die Vergabe an einen Dritten zur Überprüfung der Hundehalter geplant, so dass einerseits die veranschlagten Kosten von 12.800 € Euro (Produktkonto: 61100-543100) fällig werden und andererseits aber auch in 2014 mit zusätzlichen Erträgen mindestens in dieser Höhe zu rechnen ist.

Anteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer, Sonderausgleich

Da für diesen Bericht der Stichtag 01.08.2013 gewählt worden ist, sind bereits die ersten beiden Quartalszahlungen 2013 eingegangen. Die Stadt Quickborn hat jeweils einen Anteil von rd. 2,4 Mio. € erhalten. Aus der Abrechnung des Jahres 2012 kommt eine Nachzahlung von 141.756 € hinzu.

Sofern die nächsten beiden Quartalszahlungen ebenfalls bei rd. 2,4 Mio. € liegen, wird der Ansatz erreicht.

Beim Umsatzsteueranteil betrug die Zahlung für das 1. Quartal 2013 178.782 € und für das 2. Quartal 2013 175.066 €, insgesamt 353.848 €. Davon ausgehend, dass die nächsten 2 Quartalszahlungen in ihrer Höhe den ersten Zahlungen entsprechen, wird der geplante Ansatz von 756.900 € zum Jahresende um rd. 50.000 € unterschritten.

Der Ansatz „Sonderausgleich“ wurde zur Aufstellung des Haushaltes 2013 den Empfehlungen des Haushaltserlasses 2013 angepasst. Nach dem Finanzausgleichserlass 2013, der im Januar 2013 eingegangen ist, wird es zu Mindererträgen von rd. 50.000 € kommen.

Steuerentwicklung

Verzinsung von Steuernachforderungen

Liegt die Gewerbesteuervorauszahlung einer Firma unter dem Abrechnungsergebnis, muss für den übersteigenden Betrag eine Verzinsung von 0,5 % je vollen Monat geleistet werden. Im ersten Halbjahr 2013 konnten dadurch rd. 65 T€ Zinsen eingenommen werden. Umgekehrt muss die Stadt auch Zinsen für Abrechnungen zahlen, die unter der Vorauszahlung liegen. Hierfür sind 20 T€ geplant; der Ansatz wurde bislang um 60 T€ überschritten.

Insgesamt besteht zur Zeit noch eine „Lücke“ von rd. 200 T€, die sich allerdings zum Jahresende noch verringern kann.

Zusammenfassung

Nach heutigem Stand werden die Steueransätze größtenteils erreicht oder überschritten. Die Defizite bei dem Umsatzsteueranteil, dem Sonderausgleich und den Steuernachforderungen / -erstattungen von zusammen rd. 300 T€ können durch die Mehrerträge bei der Gewerbesteuer aufgefangen werden.

Zur ergänzenden Information wird nachstehend aufgeführt:

Aufgliederung des Gewerbesteueraufkommens

Von den 1.992 Betrieben zahlten 2011

1.486	Betriebe	74,60	%	keine Gewerbesteuer
137	Betriebe	6,88	%	bis 1.000 €
292	Betriebe	14,66	%	von 1.001 € bis 10.000 €
69	Betriebe	3,46	%	von 10.001 € bis 100.000 €
8	Betriebe	0,40	%	über 100.000 € Gewerbesteuer jährlich

Die Angaben beziehen sich auf das Jahresergebnis 2011.

74,60 % der Betriebe unterliegen nicht der Gewerbesteuerpflicht

21,54 % der Betriebe zahlen eine Steuer, die den Betrag von 10.000 € im Einzelfall nicht überschreitet

3,86 % der Betriebe zahlen im Einzelfall mehr als 10.000 €

Steuerentwicklung

Realsteuerhebesätze 2012 der Mitgliedskörperschaften des Städteverbandes Schleswig-Holstein (Stand: 2.7.2012):

Stadt/Gemeinde	Grundsteuer A (v. H.)	Grundsteuer B (v. H.)	Gewerbesteuer (v. H.)
Ahrensburg	300	300	350
Arnis	350	370	350
Bad Bramstedt	360	380	380
Bad Oldesloe	350	370	350
Bad Schwartau	310	310	330
Bad Segeberg	350	370	350
Bargteheide	340	340	350
Barmstedt	350	350	360
Bredstedt	350	370	350
Brunsbüttel	370	370	360
Büdelsdorf	320	370	330
Eckernförde	320	320	340
Elmshorn	350	370	380
Eutin	350	370	350
Fehmarn	350	350	360
Friedrichstadt	350	380	350
Garding	350	370	350
Geesthacht	360	360	375
Glinde	380	380	380
Glücksburg/O.	360	380	380
Glückstadt/E.	350	370	350
Halstenbek	300	300	380
Heide	360	380	360
Heiligenhafen	350	350	350
Husum	350	370	350
Itzehoe	350	370	350
Kaltenkirchen	280	280	310
Kappeln	350	370	350
Kellinghusen	350	370	350
Krempe	350	370	350
Lauenburg/Elbe	370	370	370
Lütjenburg	250	270	300
Marne	350	370	350
Meldorf	350	370	350
Mölln	350	340	350
Neustadt i. H.	330	350	350
Niebüll	320	320	360
Norderstedt	300	410	420
Nortorf	350	330	350
Oldenburg i. H.	330	350	350
Pinneberg	350	370	350

Steuerentwicklung

Stadt/Gemeinde	Grundsteuer A (v. H.)	Grundsteuer B (v. H.)	Gewerbesteuer (v. H.)
Plön	350	370	350
Preetz	350	370	350
Quickborn	340	340	290
Ratzeburg	350	370	350
Reinbek	370	370	370
Reinfeld	350	370	350
Rellingen	200	220	300
Rendsburg	350	380	360
Schenefeld	260	260	310
Schleswig	350	370	350
Schwarzenbek	350	370	380
Schwentinental	270	280	320
Sylt	330	330	350
Tornesch	290	290	350
Tönning	350	370	350
Uetersen	330	350	350
Wahlstedt	360	380	360
Wedel	350	350	360
Wesselburen	350	370	350
Wilster	350	370	350
Wyk auf Föhr	340	340	360
KIEL	400	500	430
FLENSBURG	390	480	405
LÜBECK	400	500	430
NEUMÜNSTER	375	450	390

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 78	Ostseite AKN Nördlich und südlich der Feldbehnstraße	Aufstellungsbeschluss vom 17.07.2000 Die städtebauliche Konzeption wurde erarbeitet. Das Verfahren ruht seither, weil zunächst die Entwicklung auf der Westseite der AKN abgewartet werden musste.	Nach Abschluss des Rahmenkonzeptes östliche Innenstadt ist zu klären, ob und inwieweit für die beiden Teilgebiete Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden.	Für die Fläche südlich der Feldbehnstraße besteht noch kein Handlungsbedarf (Entscheidungsnotwendigkeit der Grundeigentümer). Bearbeitung des Teilgebietes I (Nord) wird voraussichtlich nicht mehr nötig, da der vorhandene Familia-Markt im Rahmen des Bestandschutzes einen Umbau plant und daher kein Planungserfordernis besteht.
Neufassung des Bebauungsplanes 25	Gewerbegebiet Justus-von-Liebig-Ring und Wohngebiet Max-Planck-Straße	Der Bebauungsplan 25 wurde vom Verwaltungsgericht Schleswig für nichtig erklärt und ist durch Beschluss der RV vom 16.06.1997 nicht mehr anzuwenden.	Die Inhalte und Ziele des städtebaulichen Konzeptes (Entwicklungskonzeption östliche Innenstadt) zur Vorbereitung neuer Bebauungspläne wurden von der Ratsversammlung im Juli 2009 beschlossen	Teilflächen des Bebauungsplanes 25 werden nunmehr im Rahmen der Aufstellungsverfahren für die <u>B-Pläne 97 Teil 1 und 97 Teil 2 neu</u> überplant. (Weitere Ausführungen unter B.-Pläne 97 1 und 2)
Troglösung Harksheider Weg (Bestandteil einer innerstädtischen Verkehrslösung im Zusammenhang mit der erfolgten Umgestaltung der Innenstadt)	Quickborn-Ort	Wiederaufnahme des Verfahrens mit Vorstellung der Vorzugsvariante durch das beauftragte Büro am 09.05.2006 im Ausschuss für Planung und Bau. Konkretisierung der Planung, Bodenerkundung durch Bohrungen (Baugrunduntersuchung), sowie eine Verkehrszählung sind erfolgt	Eine Abstimmung der Stadt und der AKN mit dem Land Sch.-H. über die Finanzierung führte zu einem negativen Ergebnis im Hinblick auf Priorität in der Dringlichkeit der Maßnahme. Der Antrag wurde daraufhin zurückgestellt und soll im Zusammenhang mit der Schließung weiterer Bahnübergänge untersucht werden.	Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens wird zu gegebener Zeit vorbereitet (noch nicht terminiert), ebenso der Entwurf einer Eisenbahnkreuzungsvereinbarung. Das Projekt ruht aufgrund des Beschlusses des ASU vom 03.12.2008 bis auf weiteres bzw. <i>bis neue Erkenntnisse die Wiederaufnahme der Planung nahelegen</i> .

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 45 sowie parallele Änderung des Flächennutzungsplanes (bislang sogenannte „weiße Fläche“ – mit Klärungsbedarf), Anpassung des Landschaftsplanes	„Schwarzbaugelände“ Harksheider Weg / Hasloher Weg / Kurzer Weg	Gutachtens eines Beraterbüros über die weitere Vorgehensweise wurde im Okt 2004 vorgelegt und mit dem Innenministerium und dem Kreis Pinneberg diskutiert. Ferner wurde am 17.05.05 ein Lärmgutachten vorgelegt.	Der Klärungsprozess mit dem IM über die Lärmproblematik hält weiter an. Weitere schriftliche und mündliche Kontakte sind notwendig, konnten jedoch noch nicht erfolgen. Wiederaufnahme des Verfahrens ist möglich, wenn Planungssicherheit über Lärmschutzmaßnahmen besteht.	Die Planung wird voraussichtlich ab Mitte 2014 weiter bearbeitet. Eine wesentliche Voraussetzung ist die Realisierung von Schallschutzmaßnahmen, die im Zusammenhang mit dem 6-spurigen Ausbau der BAB A 7 geplant sind. Mit der Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses für den sechs-spurigen Ausbau der BAB A7) für den 6. Abschnitt wird im 4. Quartal 2013 gerechnet.
Bebauungsplan 56	Fabrikgelände Theodor-Storm-Straße	Ein Satzungsbeschluss wurde bereits vor vielen Jahren vorbereitet. Verfahren ruht, weil der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages zwischen der Stadt und dem Eigentümer der Planfläche nicht zustande gekommen ist. Bauaufsichtliche Anordnung des Kreises Pinneberg zum Abriss der Gebäude auf dem Grundstück erging 2010 an den Eigentümer. Die Gebäude wurden im Januar 2011 abgerissen.	Aufgrund eines Beschlusses des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Februar 2011) soll die Verwaltung mit dem Eigentümer des Grundstückes Kontakt aufnehmen und die künftige Nutzung klären. U.U. Aufstellungsbeschluss für einen neuen Bebauungsplan.	Eine erneute Überplanung hat für die Stadt z.Z. keine Priorität. Aufgrund neuer Gesetzeslage (BauGB 2006) wäre ein völlig neues Aufstellungsverfahren erforderlich. Aufgrund eines zwischenzeitlich erfolgten Eigentümerwechsels und einem entsprechend gestellten Antrag auf Überplanung hat der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt im Rahmen der jährlichen Prioritätenfestlegung darüber beraten. Am 31.01.2013 wurde dort beschlossen, mit einer Neuüberplanung nicht vor 2016 zu beginnen (Planungspriorität 2).

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 102 (Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB)	Stadteigene Fläche / ehemaliger Standort Mobilheime.	Die Ratsversammlung hat am 01.03.2010 den Aufstellungsbeschluss gefasst, mit einem Prüfauftrag an die Verwaltung, ob ergänzend zu einer Einfamilienhaus-Bebauung in Teilbereichen die Realisierung von Mehrfamilienhäusern möglich und sinnvoll ist. Die Gremien haben im Herbst 2011 beschlossen zu prüfen, ob die Stadt eine Genossenschaft zum Zwecke der Bebauung ihres Grundstückes mit gefördertem Wohnungsbau möglich wäre.	Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung für ein Planungskonzept mit zwei Reihenhauszeilen erfolgte durch schriftliche Mitteilung am 23.05.2012 mit Rückäußerungsfrist bis 15.06.2012. Es gab keinerlei Rückäußerungen. Der nächste Verfahrensschritt ist der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss, der im 3. Quartal 2013 gefasst werden könnte. .	Die Prüfung der Frage zur Gründung einer Eigengenossenschaft wurde 2013 mit negativem Ergebnis abgeschlossen. Beabsichtigt ist eine Veräußerung des Grundstückes an eine/n Bauträger / Genossenschaft zwecks Errichtung bezahlbaren Wohnraumes. Eine Mischung aus freiem und gefördertem Wohnungsbau wird angestrebt. Dazu ist ein Ausschreibungs- / Vergabeverfahren durchzuführen, das jedoch nur möglich ist, wenn mit dem B.-Plan 102 Baurecht geschaffen wurde.
Bebauungsplan 100 (Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB)	Waldsiedlung Kiefernhein	Zur Steuerung der Innenentwicklung (Erhalt des Waldsiedlungscharakters) wurde am 28.06.2010 der Aufstellungsbeschluss gefasst. Zuvor hat am 19.05.2010 eine frühzeitige Betroffenenbeteiligung stattgefunden.	Entwurfsbearbeitung unter Einbeziehung der betroffenen Grundstückseigentümer.	Bei der Entwurfsbearbeitung hat die Verwaltung erhebliche planungsrechtliche Probleme festgestellt, die eine Fortsetzung des Verfahrens erschweren und in Frage stellen. Darüber wird in der 2. Jahreshälfte 2013 beraten.
Bebauungsplan 101 (Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB)	Waldsiedlung Quickborn-Heide-Nord	Zur Steuerung der Innenentwicklung (Erhalt des Waldsiedlungscharakters) wurde am 28.06.2010 der Aufstellungsbeschluss gefasst. Zuvor hat am 19.05.2010 eine frühzeitige Betroffenenbeteiligung stattgefunden. Im November 2010 wurde eine Veränderungssperre erlassen, die im November 2012 um ein Jahr verlängert wurde.	Entwurfsbearbeitung unter Einbeziehung der betroffenen Grundstückseigentümer.	Bei der Entwurfsbearbeitung hat die Verwaltung erhebliche planungsrechtliche Probleme festgestellt, die eine Fortsetzung des Verfahrens erschweren und in Frage stellen. Darüber wird in der 2. Jahreshälfte 2013 beraten. .

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
B-Plan N.N.	östlich Klingenberg/ westlich Kieler Straße	frühzeitige Bürgerbeteiligung vom 08.12.2003 Das Planverfahren wurde formell aber nicht eröffnet, weil der Grundstückseigentümer, der dort bereits eine Pflegeeinrichtung betreibt, sein Projekt „Betreutes Wohnen“ nicht weiter verfolgt hatte.	Im Berichtszeitraum erfolgte nun eine neue Anfrage zur Realisierung eines Gebäudes für „Betreutes Wohnen“. Der Klärungsprozess über die bau- und planungsrechtliche Zulässigkeit ist noch nicht abgeschlossen. Daher konnte auch noch nicht darüber entschieden werden, ob ein Bauleitplanverfahren eingeleitet wird.	
	•			
Bebauungsplan 39 1. Änderung (vereinfachtes Verfahren gem. § 13)	Grundstück Marktstraße 7	Am 01.11.2010 wurde der Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung gefasst, mit dem Ziel „Anpassung der Erschließung/Ausweisung von Stellplatzflächen im Rahmen der Erweiterung der Feuerwache“.	Entwurfs- und Auslegungsbeschluss sind erst nach Erarbeitung einer inhaltlichen Konzeption möglich.	Die Baugenehmigung für die neue Stellplatzanlage der Feuerwehr ist zeitlich befristet, daher ist ein Planänderungsverfahren nötig. Inhaltliche und konzeptionelle Aspekte sind zu klären.
Überplanung der nach § 34 BauGB bebauten Flächen im gesamten Ortsteil Quickborn-Heide	Ortsteil Quickborn Heide	Die Grundlagenarbeit für eine „Innenentwicklung“ in Quickborn-Heide wurde Mitte 2010 abgeschlossen und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beraten. Die Ratsversammlung hat Beschlüsse zur Aufstellung von 4 Bebauungsplänen gefasst.(B 100, B 101, B 102, B 104)	Die Verfahrensabläufe der genannten 4 Bebauungspläne in Quickborn-Heide sind in den jeweiligen Einzelabschnitten dargestellt.	Im Zuge der Prioritätenberatung des ASU am 30.06.2009 wurden die verwaltungsseitig vorgelegten Handlungsvorschläge zur Grundlage der weiteren Bearbeitung bestimmt. .

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 97 Teil 1	Gewerbegebiet Mitte (südl. Bereich u.a. das Gelände der früheren Schokoladenfabrik)	<p>Der Aufstellungsbeschluss wurde im Oktober 2009 gefasst und 2010 die frühzeitige TÖB-Beteiligung durchgeführt.</p> <p>Zur notwendigen Prüfung eines Erdfallrisikos (unterirdischer Salzstock) wurden geologische Untersuchungen durchgeführt. Die bisherigen Ergebnisse waren unbedenklich, es sind noch 2 weitere Tiefenbohrungen abzuwarten.</p> <p>Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde am 26.06.2012 durchgeführt.</p>	<p>Entwurfsbearbeitung und Abstimmung des Entwurfs im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt erfolgte im Herbst 2012.</p> <p>Aufgrund der aktuellen Entwicklung im Jahr 2013 ist eine weitere Bearbeitung nicht möglich.</p>	<p>Klärung der Frage, ob am südl. Rand des Plangebietes (entlang der Feldbahnstraße) anstelle der vorgesehenen Gewerbegebietsausweisung auch eine Mischgebietsausweisung sinnvoll wäre.</p> <p>Für einen Projektentwickler sollte dort eine Anlage für „Service-Wohnen“ sowie für die Johanniter eine Privatschule geplant werden. Da sich das Schulprojekt jedoch 2013 endgültig zerschlagen hat, ist die weitere Entwicklung dieses Teilgebietes unklar.</p> <p>Das übrige Plangebiet soll überwiegend als Gewerbegebiet für die Erweiterung vorhandener Betriebe ausgewiesen werden, sowie teilweise auch für Dienstleistungsnutzungen und „Nichtzentrenrelevanten Einzelhandel“..</p>
Bebauungsplan Nr. 97 Teil 2	Gewerbegebiet Mitte (nördlich der Malchower Brücke)	<p>Der Aufstellungsbeschluss wurde im Oktober 2009 gefasst und 2010 die frühzeitige TÖB-Beteiligung durchgeführt, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Juni 2012.</p> <p>Zur notwendigen Prüfung eines Erdfallrisikos (unterirdischer Salzstock) wurden geologische Untersuchungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind unbedenklich..</p>	<p>Mit der Entwurfsbearbeitung wurde im 2. Halbjahr 2012 begonnen.</p> <p>Die weitere inhaltliche Ausgestaltung des Plangebietes und der Verfahrensfortgang sind wesentlich bestimmt durch das zu prüfende Planungsprojekt „Ortsteilverbindungsstraße“, die im Zusammenhang mit der Erschließung des Gebietes zu betrachten wäre.</p>	<p>Die Verwaltung erhielt nach dem Abschluss einer Verkehrsuntersuchung Anfang 2013 den Auftrag ein Diskussionspapier für ein Planungsprojekt „Ortsteilverbindungsstraße“ zu erarbeiten. Dieses hat Auswirkungen auf die planerische Entwicklung des Gewerbegebietes nördlich des Justus-von-Liebig-Ringes.</p>

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan Nr. 54	Ziegenweg / südöstlich Am Mühlenberg (Gelände des Schulzentrums, Ärztezentrum, Haus der Jugend, Haus FBQ)	Die Ratsversammlung hat am 28.06.2010 den Aufstellungsbeschluss gefasst.	Die Klärung von Rahmenbedingungen und Grundlagenermittlungen sowie die Entwurfsbearbeitung konnten wegen erschwerter Bedingungen der Planungsaufgabe im Bestandsgebiet noch nicht abgeschlossen werden. Sie sind bis Mitte des Jahres 2013 aber erheblich vorangekommen, so dass u.U. im 4. Quartal eine nächste Beratung stattfinden kann.	
Überplanung einzelner nach § 34 BauGB bebauten Flächen im zentralen Ortsteil	Quickborn-Ort	Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung wurden bis Jahresmitte 2011 abgeschlossen und am 30.06.2011 dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vorgestellt. Im Anschluss wird zu klären sein, an welcher Stelle bzw. für welches Gebiet planerischer Handlungsbedarf besteht.	Nach dem Klärungsprozess kann es zur Aufstellung von Bebauungsplänen kommen, wenn dies zur Steuerung der Innenentwicklung erforderlich wäre. (Am 05.09.2011 wurde bereits ein Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 105 für ein Gebiet im Drosselweg gefasst. Aktuell zeichnet sich 2013 ab, dass möglicherweise das Bebauungsplanverfahren nicht weitergeführt werden müsste.).	Die Erledigung der Aufgabe ist besonders aus strategischen Gründen für die Stadtplanung erforderlich. In dem zuletzt Mitte 2013 novellierten Baugesetzbuch ist ein Vorrang der Innenentwicklung eingeräumt. Künftig werden bei der Planung von Baugebieten nachvollziehbare Kriterien dazu in der Abwägung vorausgesetzt. Daher wird die Fertigstellung der begonnenen Arbeit aus Sicht der Planung unerlässlich sein. Dies war aus Mangel an Personalkapazitäten noch nicht möglich.

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan N.N. (gemeinsames Gewerbegebiet Quickborn / Norderstedt)	Zwischen Feldweg und Kampmoorweg / K 113	Es gibt einen Prüfauftrag an die Verwaltung, aber keinen Aufstellungsbeschluss.		Über das Pangebiet verlaufen diverse Hochspannungsleitungen. Für den Umbau einer 220-KV-Leitung in eine 380-KV-Leitung (von Hamburg/Dollern bis Umspannwerk Norderstedt) wird seit 2009 ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt. Mit dem Beginn der Planauslegung im Planfeststellungsverfahren ist eine Veränderungssperre nach § 44 a Abs. 1 des Energiewirtschaftsgesetzes in Kraft getreten. Es konnte u.a. daher nicht an dem Thema weitergearbeitet werden. Gegen den Planfeststellungsbeschluss hat die Stadt Quickborn im 2. Quartal 2013 Klage erhoben.
Bebauungsplan 37 Teil 1, 3. Änderung (Vorhaben- und Erschließungsplan gem. § 12 BauGB)	Hotel Quickborn, Auf dem Halenberg (Hotelerweiterung)	Der Aufstellungsbeschluss wurde am 28.06.2010 gefasst, die TÖB-Beteiligung war im 3. Quartal 2010 und die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im September 2010	Die Antragsteller haben Anfang 2012 davon Abstand genommen in dem geplanten Hotelerweiterungsbau ein Spielcasino zu installieren. Die Hotelerweiterung kann aber ohne Änderung des Bebauungsplanes realisiert werden. Daher wurde das Planänderungsverfahren mit dem der Satzungsbeschluss der Ratsversammlung am 31.01. 2012 abgeschlossen. Die Bebauungsplanänderung ist seit 21.08.2013 rechtskräftig.	Der Zeitpunkt eines Baubeginns wurde noch nicht bekanntgegeben.

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 99	Teilgebiet des B-Planes Nr. 26: Grundstückstiefe westlich entlang der Ulzburger Landstraße / nördlich und südlich der Ginstertwiete	Noch keine Bearbeitung erfolgt. Die Planung hat keine Priorität.		
Bebauungspläne 104 A und 104 B	Zwischen Friedrichsgaberstraße / Bahnstraße / Lerchenweg in Quickborn-Heide	<p>Erste Konzeptvorstellungen für ein neues Wohngebiet wurden im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt im 3. Quartal 2010 vorgestellt. Am 09.05.2011 hat die Ratsversammlung das Gestaltungskonzept 08/2010 für das gesamte Gebiet beschlossen. Ebenfalls wurde der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 104 Teil A-1 und A-2 gefasst. Für eine verbleibende Teilfläche kann erst später ein Bebauungsplan (B 104 B) begonnen werden.</p> <p>Das Bauleitplanverfahren für den ersten Teil des Gebietes, den Teil 104 A (für 3 Bauabschnitte) wurde Anfang 2013 abgeschlossen. Im Sommer 2013 hat die LEG-GmbH als Vertragspartner der Stadt (Städtebaulicher Vertrag § 11 BauGB) mit den Erschließungsarbeiten begonnen.</p>	Aufstellungsbeschluss für den B.-Plan 104 B, sowie frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung.	Aufgrund der anhaltend starken Nachfrage nach Baugrundstücken und dem zügigen Baufortschritt im Plangebiet 104 A, soll mit dem Aufstellungsverfahren des 104 B möglichst noch im 3. Quartal 2013 begonnen werden.

Wichtige Angelegenheiten

Wichtige Angelegenheiten

Schulbaumaßnahmen

a) Comenius Schule Quickborn

Die Sanierung des Aula-Gebäudes (Haus 1) konnte soweit vorangebracht werden, dass die ersten zwei Fachräume für Musik und Kunst sowie vier Klassenräume der Comenius-Schule mit Schulbeginn übergeben werden konnten.

Die übrigen Fach- und Klassenräume im Obergeschoss folgen in den nächsten Wochen. Eine frühere Fertigstellung wurde durch die hohe Feuchtigkeit im Estrich verhindert.

Die Fertigstellung der Aula mit dem neuen Namen Artur-Grenz-Saal mit rd. 330 m² Fläche erfolgt im Oktober.

Im Rahmen der Sanierungsmaßnahme wurde das Foyer einschließlich des ehemaligen Lichthofes neu konzipiert. Es wurde nunmehr im Erdgeschoss eine durchgehende Fläche von ca. 260 m² geschaffen, die als Pausenhalle und für Veranstaltungen zur Verfügung steht.

Nach Fertigstellung werden sich in dem Gebäude alle sieben Klassenräume sowie die Fachräume für Biologie, Chemie, Musik, Kunst, technisches Werken und Textillehre sowie der EDV-Raum auf einem aktuellen Stand befinden.

Für den Hochbau und die technische Gebäudeausrüstung sind Kosten von zusammen rd. 6 Millionen € geplant. Die Einrichtung der Fachräume für Chemie, technisches Werken, Textillehre und tlw. Musik wird neu beschafft werden. Hierfür sind insgesamt rd. 130.000 € eingeplant.

In diesem Zusammenhang werden auch die Außenanlagen rund um das Aula-Gebäude sowie die Grundleitungen für zusammen rd. 750.000 € erneuert. Mit den letzten Arbeiten im Bereich des Hofes D und den Flächen vor dem Aula-Gebäude wurde im Oktober begonnen.

b) Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium

Im Bereich des Dietrich-Bonhoeffer Gymnasiums wurden im Laufe des Sommers die Flächen im Bereich des Einganges abschließend fertiggestellt. Die letzten Anpflanzungen folgen im Oktober.

Die Fertigstellung der Außenanlagen im Bereich des Nordhofes erfolgt in zwei Bauabschnitten. Der 1. Bauabschnitt (West – Fußabdruck Oberstufenturm) wurde im Sommer hergestellt. Zwischenzeitlich wurde auch mit dem 2. Bauabschnitt begonnen. Wenn die Witterungsverhältnisse es zulassen können die Arbeiten zum Jahreswechsel beendet werden.

Im Bereich des Hochbaus und der technischen Gebäudeausrüstung konnten die Mängelbeseitigungen bislang nicht abgeschlossen werden. Mit den Fachbüros wurden im Oktober diesbezüglich Terminpläne abgestimmt, damit die Baumaßnahme baldmöglichst abgeschlossen werden kann.

Wichtige Angelegenheiten

c) Sporthallen

Es ist zu einer überplanmäßigen Ausgabe bei den Sporthallen (Lilli-Henoch-Halle, Sporthalle Zentrum Neubau) in Höhe von rund 82.000 € gekommen. Bei der Endabrechnung gab es erhebliche Differenzen zwischen den Forderungen des Generalunternehmens und den Vorstellungen der Stadt Quickborn. Nach mehreren Einigungsgesprächen konnte man sich einigen. Damit sind die beiden Sporthallen abgerechnet. Die Fehlerbeseitigung dauert noch an, z.B. beim Dach der Lilli-Henoch-Halle.

d) Schulzentrum Süd

Anlässlich der Gespräche mit dem Elsensee-Gymnasium über das Raumprogramm hatte die Fachschaft Sport ihre Vorstellungen zur Sanierung der Sporthalle definiert. Der Vorschlag einer Tribüne über den Geräte- bzw. Umkleideräumen wurde im August im zuständigen Fachausschuss beraten. Dem Vorschlag wurde nicht zugestimmt. Die Grundlagenermittlungen für den Bereich der Sporthalle verzögern sich, sodass ein Maßnahmenbeginn sich auf das 2. Halbjahr 2014 verschieben wird.

In jeweils fünf Gesprächsrunden mit Vertretern der Grundschule Goethe-Schule und dem Elsensee-Gymnasium wurden unter Berücksichtigung der Raumprogrammrichtwerte und unter Berücksichtigung der örtlichen Begebenheiten Raumkonzepte erarbeitet. In einem gemeinsamen Gespräch mit beiden Schulen wurden die Vorstellungen im Hinblick auf die Nutzung des ehemaligen RSH-Gebäudes auf einander abgestimmt. Ein mögliches Raumkonzept wurde dem Fachausschuss im August d.J. vorgestellt.

Im Oktober hat sich der Fachausschuss mit konkreten Raumkonzepten für die Grundschule Goethe-Schule und für das Elsensee-Gymnasium befasst. Im Einzelnen wird auf die Vorlagen Nr. X/024-1 und Nr. X/024-2 verwiesen. Der Fachausschuss hat sich im Rahmen seiner Beratungen für einen EDV-Raum für die Grundschule ausgesprochen. Die Überlegungen hinsichtlich der Gestaltung der Eingangsbereiche für beide Schulen einschließlich der Errichtung eines Multifunktionsgebäudes (Zwischenbau RSH-/ESG-Gebäude) wurden positiv aufgenommen. Der Fachausschuss wird Ende November seine Beratungen fortsetzen.

Verwaltungsgemeinschaft mit den Gemeinden Hasloh und Bönningstedt

Nach einem $\frac{3}{4}$ Jahr Verwaltungsgemeinschaft konnten nunmehr weitestgehend alle Aufgaben erfasst werden. Es ist jedoch weiterhin davon auszugehen, dass einzelne Tätigkeiten neu hinzukommen. Da die Einarbeitung nach wie vor nicht vollständig abgeschlossen ist, wäre eine umfassende Betrachtung verfrüht. Im Rahmen eines gesonderten Berichtes soll Anfang 2014 ein erstes Resümee vorgelegt werden.

(Nachfolgend wird in den Sachstandsberichten der einzelnen Fachbereiche der Verwaltung auf Teilaspekte der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft eingegangen. Ergänzend wird auf die Ausführungen hierzu im Rahmen der Berichte zum Jahresende 2012 verwiesen.)

Wichtige Angelegenheiten

Energiebericht für das Verbrauchsjahr 2011

Für das Verbrauchsjahr 2011 wurde der erste Energiebericht für die Stadt Quickborn erstellt. In diesem Bericht wurden die Verbrauchsdaten der letzten 3 Jahre (2009 bis 2011) dargestellt. Dies betrifft die Verbräuche der Heizung (wie Erdgas oder Fernwärme), des Stromes und des Wassers. Zudem wurden die verschiedenen Verbräuche in Torten- und Balkendiagrammen für die einzelnen Liegenschaften abgebildet. Am Ende des Berichtes wurden die zukünftigen Maßnahmen aufgelistet. Der erste Energiebericht soll allen Beteiligten einen ersten Überblick von den Verbräuchen und Kosten über die Liegenschaften geben.

Trinkwasserbeprobungen in den Schulen und Einrichtungen

Um den Untersuchungspflichten nach der Trinkwasserverordnung nachzukommen, wurden im Haushalt Mittel in Höhe von insgesamt 10.000 € bereitgestellt. Diesen Untersuchungspflichten ist jedes Jahr nachzukommen. Die Berichtspflicht gemäß der Trinkwasserverordnung erfolgt durch Aushänge und Informationen an die entsprechenden Nutzer.

Elsensee-Gymnasium - Überhitzung Serverraum

Im letzten Jahr kam es zu einer Überhitzung im Serverraum des Elsensee-Gymnasiums. Um weitere Vorfälle zu vermeiden, wurde dieses Jahr ein Klimasplittgerät im Serverraum von den Mitarbeitern der Stadt installiert. Die Kosten beliefen sich somit nur auf die Anschaffungskosten des Gerätes in Höhe von 1.479,00 €.

Kindertagesstätte „Zauberbaum“ - Baumaßnahmen

Der Verbindungsgang zwischen dem Alt- und Neubau im Dach wurde neu abgedichtet. Die erforderlichen Vorarbeiten für den Einbau einer neuen Nottreppe sind erfolgt. Die Ausführung findet in den Betriebsferien der Kita statt. Die ehemalige Dachterrasse wird im zweiten Halbjahr aus sicherheitsrelevanten Gründen durch eine reine Dachfläche ersetzt.

Holsten-Stadion - Heizung

Im Holsten-Stadion wurde ein neues Gas-Brennwertgerät für die Heizung installiert. Zudem wurden ein neues Abgassystem sowie 25 neue Thermostatventile angebracht.

Freibad

Im Jahr 2013 wurde das Freibad wieder an die Stadt zurückgeführt. Vor Inbetriebnahme wurden die Trinkwasserinstallationen neu verlegt. Es wurden 12 neue Duschpanels, 1 Funktionscontroller für das Wassermanagement (zur Desinfektionssteuerung incl. Software), 3 Temperaturfühler und 150 m Systemkabel verlegt. Weiterhin wurden Probenentnahmehähne an Kalt- und Warmwasserleitungen installiert.

Wichtige Angelegenheiten

Um die technischen Anlagen des Freibades überwachen, beeinflussen und dokumentieren zu können, wurde ein Glasfaserkabel vom Freibad zum Rathaus verlegt. Derzeit wird an der Aufschaltung des Freibades auf die zentrale Gebäudeleittechnik gearbeitet.

Der Arbeitsplatz der Schwimmbadmeisterin wurde im IT-Netzwerk von Kommunit angeschlossen.

Aufgrund eines Kostenvergleichs wurde entschieden, die Reinigung im Freibad mit eigenem Personal durchzuführen.

Sport- und Begegnungsstätte Quickborn

In der Herren-Umkleidekabine wurden die Brandschutzklappen erneuert. Die Planung und technische Klärung für die Instandsetzung des Fassadensockels ist abgeschlossen. Die Ausführung erfolgt in der zweiten Jahreshälfte.

Bauhof

An der großen Halle wurde das Dach abgedichtet. Die Holzkonstruktion und die Elektroinstallation wurden saniert.

Grundstücksangelegenheiten

Im ersten Halbjahr fanden zeitaufwendige Gespräche in Sachen Grundstücksverkäufen, Erschließungsangelegenheiten, Erweiterung des Gewerbegebietes Hohenbecksmoor sowie die Teilnahme am Zwangsversteigerungstermin für das Grundstück Torfstraße 20 (Ruine) statt. Je ein Grundstück an der Kieler Straße und der Jahnstraße wurden verkauft.

Der Erbfall vom vergangenen Jahr wurde abgewickelt. Die Wohnimmobilie sowie der gesamte Nachlass konnten veräußert werden.

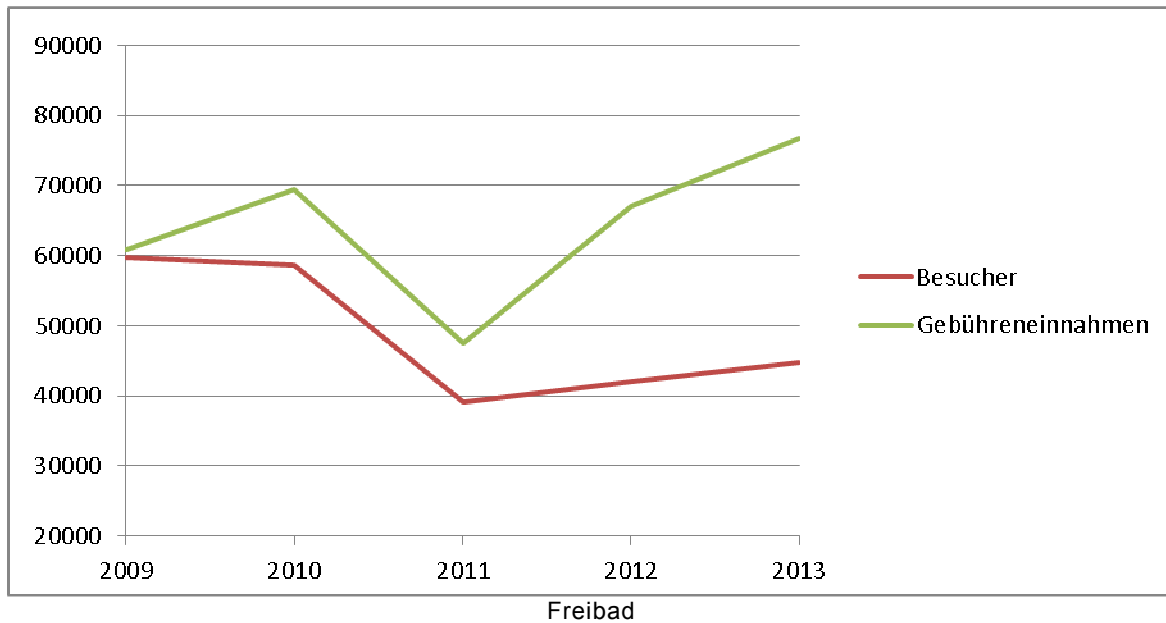
Gebührenkalkulation für die Schmutzwasserentsorgung

Im Jahr 2013 sind die drei vorangegangenen Jahre nachzukalkulieren und die Jahre 2014 bis 2016 vorzukalkulieren. Die für die Kalkulationen relevante Höhe der Vermögenswerte wird von Gutachtern geprüft, um darauf basierend die Abschreibungsform von Anschaffungs- und Herstellkosten auf Wiederbeschaffungskosten umzustellen. Diese Umstellung soll langfristig dazu beitragen, den Gebührensatz stabil zu halten.

Freibadsaison 2013

Die Besucherzahlen waren mit 44.816 leicht höher als in den Vorjahren - entsprechend auch die Einnahmen. Hier ist ein doppelter Effekt aus größeren Besucherzahlen und höheren Eintrittsgebühren seit dem Beginn der Saison 2013 ursächlich.

Wichtige Angelegenheiten



Marienhöhe

Am 16. August wurde die Verkehrsfreigabe für das seit etwa zwei Jahren gesperrte Teilstück der Marienhöhe erteilt.

Die noch nicht neu asphaltierte Stichstraße kann nach Abschluss der Arbeiten der Kommunalbetriebe der Stadt Quickborn (tel.quick), der Stadtwerke und des Fachbereichs Tiefbauten und Kommunalbetriebe ebenfalls in diesem Jahr fertig gestellt werden. Dazu soll nach Einbau einer sogenannten Wurzelbrücke eine Asphaltverschleißschicht aufgetragen werden.

Für eine denkmalpflegerische Voruntersuchung im Rahmen von Baumaßnahmen der Gartenanlage Neutrasiedlung Marienhöhe erhält die Stadtverwaltung zweckgebunden für das Hinzuziehen eines Landschaftsarchitekten Fördermittel durch das Landesamt für Denkmalpflege SH. Der Bescheid erging im August 2013.

Wichtige Angelegenheiten

Verschuldungssituation der Stadt Quickborn und Zinsentwicklung

Der Schuldenstand der Stadt Quickborn (ohne Bauhof, Freibad, Abwasser) beträgt unter Berücksichtigung der Tilgungsleistungen zur Jahresmitte rd. 39,4 Mio. €. Investitionskredite mussten bislang noch nicht aufgenommen werden; Kassenkredite in Höhe von rd. 1 Mio. €. Die einzelnen Investitionskredite bestehen derzeit mit einer mittel- und langfristigen Laufzeit und sind in der folgenden Übersicht aufgeführt:

Betrag in €	Laufzeit	Zinssatz in %	Laufzeitende
<u>kurzfristige Laufzeit</u>			
keine			
<u>mittelfristige Laufzeit</u>			
5,8 Mio.	2 Jahre	1,509	30.09.2013
8,9 Mio.	2 Jahre	1,515	30.12.2013
4,8 Mio.	5 Jahre	3,040	30.03.2014
4,8 Mio.	5 Jahre	3,110	31.08.2014
3,9 Mio.	5 Jahre	2,145	30.12.2016
28,2 Mio.		2,264	
<u>langfristige Laufzeit</u>			
1,3 Mio.	15 Jahre	4,420	22.04.2014
5,5 Mio.	20 Jahre	3,670	30.06.2031
4,4 Mio.	17 Jahre	3,400	30.06.2028
11,2 Mio.		3,540	

Für die Sparten Bauhof, Freibad und Abwasser bestehen Kredite in Höhe von insgesamt 1.770.071,62 € zum Stand 30.06.2013.

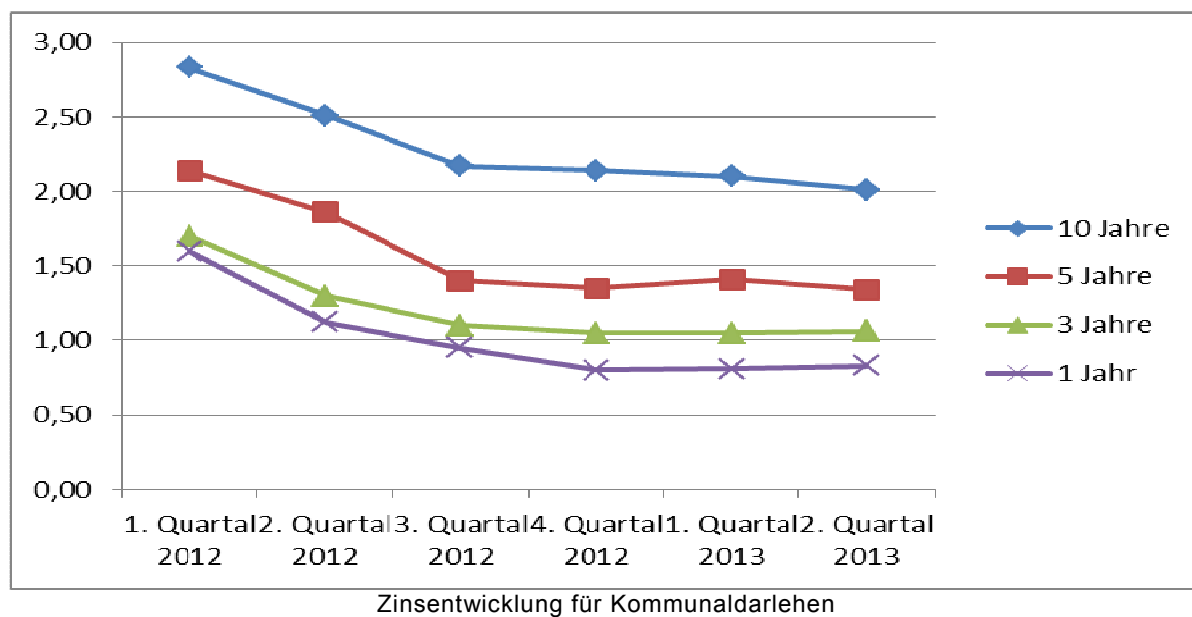
Das Zinsniveau liegt im August 2013 bei

0,13 %	für 1 Monat
0,341 %	für 6 Monate
1,11 %	für 1 Jahr
1,42 %	für 3 Jahre
2,56 %	für 10 Jahre

Die Aufwendungen für Zinsen aus aufgenommenen und geplanten Investitionskrediten steigen aufgrund der großen Investitionen der Stadt Quickborn kontinuierlich an. Eine genaue Beobachtung des Marktes und die Entscheidung, kurz-, mittel- oder langfristig zu finanzieren, ist daher fortwährend geboten, um die Zinslast möglichst niedrig zu halten.

Die Zinsentwicklung für Kommunaldarlehen in 2012 und 2013 für 1, 3, 5 und 10 Jahreskredite sieht wie folgt aus:

Wichtige Angelegenheiten



Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft mit Bönningstedt und Hasloh im Fachbereich Finanzen

Kämmerei:

Inzwischen liegen von der Kommunalaufsicht genehmigte Haushaltsatzungen 2013 für die beiden Gemeinden vor. Die Erstellung und Beratung der Haushaltspläne 2013 erforderte das gesamte erste Halbjahr 2013. Parallel wurde im Juni 2013 mit der Aufstellung der Haushaltspläne 2014 begonnen. Ziel ist es, wie in Quickborn, der Kommunalaufsicht im Dezember beschlossene Haushalte vorzulegen.

Weiterhin müssen die Eröffnungsbilanzen für Bönningstedt und Hasloh zum 01.01.2009 von der Stadt Quickborn erstellt werden. Hierfür wurde ein externes Beratungsunternehmen beauftragt, dessen Kosten die beiden Gemeinden tragen. Nichts desto trotz ist eine Begleitung durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Kämmerei, der Anlagen- und Geschäftsbuchhaltung und der Finanzbuchhaltung erforderlich. Da ein Großteil der Akten inzwischen vom Amt Pinnau an die Stadt gegeben worden sind, sind auch die anderen Fachbereiche (insbesondere der Hoch- und Tiefbau) von den Erfassungs- und Bewertungsarbeiten betroffen und werden unterstützen müssen.

Die Eingabe der Daten in die EDV muss über die Finanzsoftware des Amtes Pinnau in Rellingen erfolgen. Hier wird ein Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt. Wer diese Arbeiten macht und im Anschluss daran die Jahresabschlüsse 2009 bis 2012 erstellt, steht noch nicht fest. In jedem Fall ist auch bei dieser Aufgabe eine Begleitung durch die Kämmerei und die Buchhaltung erforderlich. Die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2012 müssen in die Finanzsoftware H&H der Stadt überführt und mit den ab dem 01.01.2013 gebuchten Daten zusammengebracht werden. Dies wird insbesondere bei dem Anlagevermögen, den Forderungen und den Verbindlichkeiten schwierig und zeitaufwendig sein.

Wichtige Angelegenheiten

Steuern:

Wie bereits im Berichtswesen zum Jahresende 2012 erklärt, hatte die Übernahme der Steuerangelegenheiten einen Umfang, der vorher so nicht absehbar war und der auf der Personalstelle keine Kapazitäten für die Aufstellung der Haushalte 2013 für die beiden Gemeinden übrig gelassen hat. Ende Mai 2013 ist die Aktenlage so, dass mit den Arbeiten zu den Haushaltsplänen 2014 begonnen werden konnte.

Finanzbuchhaltung:

Das Buchungsgeschäft erfolgt in geordneter Form. Die Umstellung auf SEPA (s. gesonderten Bericht) wird in der zweiten Jahreshälfte erhebliche Zeitkapazitäten binden.

Geschäfts- und Anlagenbuchhaltung:

Die Aufstellung der Eröffnungsbilanzen für Bönningstedt und Hasloh erfolgt zwar durch eine Firma, allerdings werden die Kolleginnen der Geschäfts- und Anlagenbuchhaltung begleitend tätig werden müssen, um die geordnete Übergabe der Finanzdaten aus der Software des Amtes Pinnau in die Software der Stadt Quickborn sicher zu stellen. Nachdem die Haushalte der beiden Gemeinden im April und Juli genehmigt worden sind, besteht eine weitere Aufgabe darin, erfolgte Ansatzüberschreitungen unter Mitwirkung der Fachbereiche und der Kämmerei auszugleichen und Fehlbuchungen zu korrigieren.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich der Arbeitsumfang zwar ab Mai entspannt hat, allerdings nach wie vor die zusätzlichen Arbeiten für die Eröffnungsbilanzen und die Jahresabschlüsse zu bewältigen sind, so dass noch nicht von einem Normalbetrieb gesprochen werden kann.

Umstellung auf SEPA (Single Euro Payments Area)

Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat haben im Jahr 2012 beschlossen, einen einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraum zu schaffen. Das Projekt wird unter dem Namen SEPA geführt (**S**ingle **E**uro **P**ayments **A**rea). Hauptbestandteil des Projektes ist der Wechsel vom nationalen Überweisungs- und Lastschriftverfahren in ein europäisches Verfahren. Dabei werden die bisherigen Kontonummern und Bankleitzahlen von der IBAN (International Bank Account Number) und BIC (Business Identifier Code) abgelöst.

Die bisherige Lastschriftermächtigung wird durch ein sog. SEPA-Mandat ersetzt, das nicht mehr telefonisch aufgenommen werden darf, sondern schriftlich und vom Zahlungspflichtigen unterschrieben vorliegen muss. Die Mandate müssen sorgsam verwaltet werden, da zum einen eine Widerrufsmöglichkeit der Zahlung bis zu 18 Monate besteht, wenn das Mandat nicht gültig oder nicht vorhanden ist und zum anderen ein Mandat nach 36 Monaten ohne Nutzung gelöscht werden muss.

Der Kontoinhaber muss künftig mindestens 14 Tage vorher über die jeweilige Abbuchung von seinem Konto informiert werden. Der Bank müssen die Abbuchungen in der Regel 5 Tage vorher bekannt gegeben werden.

Um die Informationspflichten, Fristen und die ordnungsgemäße Verwaltung und Verwahrung der SEPA-Mandate zu gewährleisten, müssen die internen Verfahrensabläufe überprüft und ggf. neu festgelegt werden.

Wichtige Angelegenheiten

Die Stadt Quickborn verwaltet derzeit rd. 25.000 Lastschriftermächtigungen. Allein die Informationspflicht vor den Abbuchungsterminen kann daher zu einem erheblichen Anstieg der Portokosten führen.

Die Umstellung muss bis zum 1. Februar 2014 abgeschlossen sein, da dann das nationale Überweisungs- und Lastschriftverfahren endet. Aufgrund von anderen dringenderen Aufgaben kann erst jetzt mit dem Projekt begonnen werden. Hauptbetroffen sind die Finanzbuchhaltung (Stadtkasse) und die Kolleginnen und Kollegen der Veranlagung (Steuern, Kindertagesstättengebühren, Schülerbeförderung). Bedauerlicherweise kommt zusätzlich zu der neuen Aufgabe ein unerwartet langer Personalausfall im Bereich der Finanzverwaltung dazu, der aufgefangen werden muss.

Regionales Entwicklungskonzept REK A / 7 Süd

Alle Kommunen im Achsenraum der Landesentwicklungsachse A / 7 Süd, von Landesgrenze Hamburg bis Neumünster, die zum Teil bereits vorher schon in einer übergemeindlichen Verkehrsplanung zusammengearbeitet hatten, haben im 2. Halbjahr 2010 vereinbart, unter Regie des Kreises Segeberg als Projektträger ein REK zu erarbeiten.

Neben der Landesplanung und Vertretern des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Schleswig-Holstein, den Landräten der Kreise Pinneberg und Segeberg haben an der notwendigen Vorarbeit u.a. auch Vertreter der Industrie und Handelskammern, der Projektgesellschaft Norderelbe mbH, sowie der Vereinigung Nordgate mitgewirkt.

Nachdem Einvernehmen erzielt war, das Projekt extern bearbeiten zu lassen, wurde gemeinsam im Frühjahr 2011 eine Auftragsvergabe im Auswahlverfahren vorbereitet (4 Arbeitsgemeinschaften wurden zur Abgabe von Angeboten aufgefordert). Im Mai erhielt die AG Georg & Ottenströer und Büro Ramböll den Auftrag innerhalb von max. zwei Jahren das REK zu erstellen.

Die Finanzierung des Auftrages (100 Tsd. € Brutto) erfolgt zum größten Teil durch Fördermittel des Landes (Zukunftsprogramm Wirtschaft Sch.-H.) und aus dem Förderfond Nord der Metropolregion Hamburg, sowie anteilig von den größeren mitwirkenden Kommunen.

Das REK soll in einem möglichst umfassenden gesellschaftlichen Dialog erstellt werden. Kommunale, regionale und überregionale Akteure sowie Vertreter/innen der Wirtschafts- und Sozialpartner und der Umweltverbände sollen in den Prozess eingebunden werden.*

Strategisches Ziel des REK ist es, die Entwicklungsperspektiven der Region zu stärken und – soweit aus dem Prozess ableitbar - eine überregionale Positionierung als Wirtschafts- und Lebensraum entlang der Entwicklungsachse A7 / A 20 zu ermöglichen. Dabei müssen insbesondere die zukünftigen verkehrlichen Veränderungen, die heterogenen Wirtschafts- und Organisationsstrukturen und die unterschiedlichen raumstrukturellen Gegebenheiten berücksichtigt werden.*

Das REK soll vor allem einen Beitrag dazu leisten, Chancen für die weitere wirtschaftliche und sonstige Entwicklung in der Region sowie für Beschäftigung zu erkennen und zu nutzen, die sich insbesondere aus dem geplanten Verkehrsinfrastrukturausbau ergeben (A 7, A 20).*

Eine wirtschaftliche Stärkung der Region u.a. durch strategische Partnerschaften und Kooperationen zu anderen Regionen und Wirtschaftsstandorten, und die Lösung von Verkehrsproblemen sind beabsichtigt, aber dieses REK soll auch im Rahmen der Landesent-

Wichtige Angelegenheiten

wicklungsplanung und der Regionalplanung verwendet werden. Vertreter der Landesplanung Schleswig-Holstein und Hamburg haben den REK-Prozess begleitet.

Auf der Arbeitsebene hat man sich mit den Ergebnissen anderer REK' s, z.B. für das REK A /1, für das REK A 23 / B 5 auseinandergesetzt, und die Entwicklungsachse der A 20 mitbetrachtet. Insbesondere ist die Interessenslage in der Metropolregion abzustimmen.

Das REK besteht aus den 3 folgenden Leistungsbausteinen :

1. Bestandsaufnahme unter Einbeziehung aller relevanten Planungen, Konzepte und Studien. Stärken-Schwächen-Risiko Analyse (SWOT).
2. Entwicklung eines Leitbildes. Ableitung / Abstimmung regionaler Entwicklungsziele.
3. Ableitung konkreter Maßnahmen- und Projektvorschläge / Handlungsanweisungen, Benennung von Verantwortlichen. Erstellung eines Maßnahmenkataloges mit Prioritäten, Kostenschätzungen und Finanzierungsoptionen. Entwicklung eines Monitoring- und Evaluierungssystems.

Zur Arbeitsorganisation wurde vereinbart, dass es außer dem Lenkungsausschuss und der Projektarbeitsgruppe auch 3 Facharbeitsgruppen gibt.

Mitglieder des Lenkungsausschusses sind die Bürgermeister aller unmittelbar beteiligten Kommunen (Projektpartner), und auf der Arbeitsebene wurde eine Projektgruppe gebildet, die überwiegend aus Planern und Wirtschaftsförderern (Mitglieder bzw. Vertreter in der Vereinigung Nordgate) dieser Kommunen besteht. Weitere Mitglieder sind die IHK's Kiel und Lübeck, die WEP (Wirtschaftsgesellschaft des Kreises Pinneberg), die EGNO (Entwicklungsgesellschaft Norderstedt), die Wirtschaftsagentur Neumünster, die Landesplanung Sch.-H., ein Vertreter der Behörde für Stadtentwicklung (BSU) Hamburg, ein Vertreter des Amtes Kaltenkirchen Land und die Projektgesellschaft Norderelbe.

Die 3 Facharbeitsgruppen zur Mitwirkung an der Bearbeitung der Handlungsfelder „Verkehrliche Entwicklung“, „Wirtschaftliche Entwicklung“ und „Regionale Kooperationen“ haben je nach Bedarf den gesamten Prozess begleitet oder wurden punktuell beteiligt.

Da nicht alle Kommunen als Projektpartner in der Projektgruppe unmittelbar mitwirken, wurde vereinbart, dass z.B. Quickborn die Interessen der Nahbereichsgemeinden Hasloh, Bönningstedt und Bilsen vertreten kann und diese sich selbst in Facharbeitsgruppen beteiligen sowie an den Regionalkonferenzen teilnehmen.

Es ist sinnvoll und wichtig, die 2005 gemeinsam begonnene Arbeit der Kommunen Kaltenkirchen, Henstedt-Ulzburg, Alveslohe, Bilsen, Ellerau, Quickborn, Norderstedt, Hasloh und Bönningstedt zum Thema weiterer Anschlussstellen der A 7 auf diese Weise fortzusetzen. Für die Stadt Quickborn wird wegen ihrer Randlage im Kreis Pinneberg eine große Chance bezüglich regionaler Verflechtungen darin liegen, dass Kreisgrenzen bei dieser Art Planung ohne Beachtung sein werden.

Zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der politischen Gremien wurde vereinbart, nach Abschluss jeder der insgesamt 3 Leistungsphasen jeweils eine Regionalkonferenz durchzuführen. Für die Kommunikation mit den Projektpartnern und der Öffentlichkeit wird im Internet auf der dafür eingerichteten Homepage über den aktuellen Projektverlauf mit den jeweils erreichten Zwischenzielen u.a. in Newslettern berichtet. (www.rek-a7-sued.de)

Wichtige Angelegenheiten

Nachdem Anfang 2013 die 3. Leistungsphase „Leitbildphase und Erarbeitung von Leitprojekten“ weitgehend abgeschlossen werden konnte, zogen sich die Diskussionen in der Projektgruppe und der Lenkungsgruppe bis Mitte des Jahres hin, so dass ein Projektabschluss erst im 4. Quartal 2013 möglich sein wird (vorgesehen war Mitte 2013).

Im Zeitraum der Bearbeitung wurden 3 Regionalkonferenzen durchgeführt, die letzte im Mai 2013 in Neumünster. Die Abschlussveranstaltung mit der Präsentation des Ergebnisses soll Ende Oktober 2013 in Bad Segeberg sein. Im November soll in den jeweils örtlich zuständigen Gremien eine abschließende Beratung stattfinden.

(die markierten * Textpassagen sind Zitate aus der Leistungsbeschreibung zur Ausschreibung)

Planfeststellungsverfahren der Tennet zum sog. Ersatzneubau einer 380 KV-Leitung

Die Fa. Tennet plant seit 2009 im Rahmen des Netzausbaues, der für die Stromverteilung durch die Erzeugung von Windenergie in Schleswig-Holstein benötigt wird, die Ertüchtigung einer vorhandenen 220 KV-Leitung in eine 380 KV-Leitung im Abschnitt Dollern bis Hamburg-Nord / Norderstedt, und zwar auf der Bestandstrasse. Das dafür notwendige Planfeststellungsverfahren wurde mit dem Planfeststellungsbeschluss des Energiewendeministeriums (MELUR) im April 2013 abgeschlossen.

Eine Fortsetzung dieser Leitung nach Norden bis nach Schacht-Audorf, die ebenfalls Quickborner Gebiet überspannt, ist bereits in Planung, der Verlauf der Leitung wurde Ende 2011 bekannt gegeben und diskutiert. Das Planfeststellungsverfahren dazu wurde 2013 begonnen.

Im Gegensatz zum ersten Abschnitt hat der Vorhabenträger Tennet für den zweiten Abschnitt einen Trassenverlauf gewählt, der in Teilen abweichend von der Bestandstrasse liegt, um zu vermeiden, dass die Freileitung auch künftig über besiedeltem Gebiet in Henstedt-Ulzburg und Kaltenkirchen verläuft.

Aufgrund der 2011 vom Bund beschlossenen Energiewende, die u.a. zu einer früheren Stilllegung von Atomkraftwerken führt, wird das Thema Netzausbau beschleunigt. Dieses ist aber höchst umstritten, es sind negative Auswirkungen in leitungsnahe Siedlungsgebieten zu befürchten, weil eine ausreichende Gesundheitsvorsorge z.B. bei der Planung des 1. Leitungsabschnittes bisher nicht berücksichtigt wurde.

Die Stadt und sehr viele betroffene Einwohner haben im Planfeststellungsverfahren 2010 negative Stellungnahmen abgegeben, und in den darauffolgenden Erörterungsterminen über Trassenverswenkungen und Teilstrecken-Erdverkabelung diskutiert. Als sich herausstellte, dass der Vorhabenträger ohne weiteres auf der Bestandstrasse bleiben darf, weil er die in Deutschland festgelegten Strahlungsgrenzwerte von 100 µ-Tesla (26. Bundesimmissionsschutz VO) deutlich unterschreitet, formierte sich nicht nur in Quickborn deutlicher Protest, denn unter gesundheitlichem Vorsorgeaspekt erscheint dieser Grenzwert viel zu hoch. In Quickborn haben sich 2 Bürgerinitiativen gebildet.

In der Folgezeit wurde nichts unversucht gelassen, um vor dem Abschluss des Verfahrens eine erträgliche Lösung zu finden. Unter Einbindung von Bundes- und Landtagsabgeordneten wurde u.a. die Verwendung von strahlungsärmeren Masten und Leitungen (Wintrack-System, das bisher nur in den Niederlanden getestet wurde) 2011 mit der Landesregierung

Wichtige Angelegenheiten

S.-H. diskutiert, die Akzeptanz durch von diversen möglichen Trassenverschnenkungen Neubetroffenen erfragt, und für Gespräche auf Vorschlag der Initiativen ein „Runder Tisch“ gebildet. Unter Regie des Landtagsabgeordneten Lehnert (CDU) hat der RT bis in das 1.Quartal 2013 insgesamt 7 mal getagt. An einem dieser Termine hat der von der Stadt Quickborn beauftragte Gutachter Dr. Jarras das Machbarkeitsgutachten zur Erdkabel-Lösung von Dr. Brackelmann und Dr. Jarras vorgestellt und belegt, dass eine Teilstrecken-Erdkabel-Lösung sowohl technisch machbar, als auch wirtschaftlich vertretbar ist. Dieses Gutachten wurde erstellt, um in einem Rechtsstreitverfahren belegen zu können, dass eine Erdkabel-Lösung auf ca. 1,8 km entlang des südlichen Ortsrandes als realistische Möglichkeit bei der gesetzlich vorgeschriebenen Alternativenprüfung im Planfeststellungsverfahren zu berücksichtigen wäre. Ein von der Stadt ebenfalls beauftragter Rechtsanwalt, der die Verwaltung bisher im Verfahren begleitet, hat im Auftrag der Stadt 2012 eine Klageschrift vorbereitet, die gegen den Planfeststellungsbeschluss verwendet würde, wenn bis zum Erlass dieses Beschlusses keine akzeptable Lösung vorliegt.

Die Reaktionen der alten und der neuen Landesregierung waren nicht zielführend, auch ein Schreiben an die Bundeskanzlerin blieb unbeantwortet, so dass der gemeinsame Kampf Vorort weitergeführt werden musste.

Folgerichtig haben die Stadt Quickborn, sowie 2 Hauptbetroffene im Mai 2013 Klage beim Bundesverwaltungsgericht gegen den Planfeststellungsbeschluss erhoben und ein Eilantrag gem. § 80 Abs. 5 VwGO zum einstweiligen Rechtsschutz gestellt um den Sofortvollzug auszusetzen. Fa. Tennet hat zwischenzeitlich verbindlich erklärt, den Baubeginn nicht im Bereich Quickborn zu starten, sondern im Westen, im Elb- und Marschland.

Zwischenzeitlich steht fest, dass ein einstweiliger Rechtsschutz - also aufschiebende Wirkung - nicht gewährt wird.

Planfeststellungsverfahren der DEGES zum 6-spurigen Ausbau der A / 7

Nach der erfolgten öffentlichen Auslegung der Planungsunterlagen für die Abschnitte 5 (von Kaltenkirchen bis nördlich der Anschlussstelle Quickborn) und 6 (von nördlich der Anschlussstelle Quickborn bis zur Landesgrenze Hamburg), sowie der Abgabe der beiden Stellungnahmen der Stadt Quickborn hat im Mai 2011 der erste Erörterungstermin (für Abschnitt 6) stattgefunden. Die Erörterung für den 5. Abschnitt wurde im Herbst 2011 durchgeführt.

Die Erörterungstermine wurden von seiten der Stadt, sowie von den betroffenen Einwohnern, die ihrerseits Einwendungen im Verfahren erhoben haben, intensiv genutzt um die bereits schriftlich eingeforderten zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen durchzusetzen. Unter Androhung von Rechtsstreitverfahren, die den Ausbau der BAB verzögern würden, wurde zudem auf Fehler im Verfahren hingewiesen.

Unter Hinzuziehung eines Anwaltes und eines auf Lärmfragen spezialisierten Physikers hat die Verwaltung erreichen können, dass die Forderungen fast ausschließlich erfüllt, und darüber hinaus gute Kompromisse erreicht worden sind.

In den anschließenden sogenannten Deckblatt-Änderungsverfahren im 2. und 3. Quartal 2012 waren die entsprechend überarbeiteten Pläne letztmalig in einer öffentlichen Auslegung und wurden nach erfolgter Prüfung durch die Verwaltung dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vorgestellt.

Wichtige Angelegenheiten

Erwähnenswert ist, weil das im Planfeststellungsverfahren bislang unklar bzw. strittig war, dass die Lärmaktionsplanung der Stadt Quickborn (LAP 1. Stufe 2010 für die Lärmquelle BAB - A 7) in den Abwägungsprozess eingeflossen ist, und damit auch zu dem guten Ergebnis geführt hat.

Über die in den ersten Planunterlagen enthaltenen Lärmschutzmaßnahmen, wie die Verwendung von offenporigem Asphalt in einem Teilabschnitt nördlich und südlich der Autobahnanschlussstelle AS 21, der Bau einer Lärmschutzwand auf einem vorhandenen Wall auf der Ostseite der BAB in Quickborn-Heide, sowie einer Wand-Verlängerung nach Norden bis zur BAB-Brücke Bahnstraße / Kiefernweg am Fahrbahnrand der BAB, Lärmschutzwände im Bereich der Anschlussstelle AS 21, sowie im Bereich Harksheider Weg / Dreibeekenmoorweg und nach Süden im Bereich Hasloher Weg ein Lärmschutzwand, sowie Maßnahmen des passiven Schallschutzes hinausgehend, sind folgende Maßnahmen zusätzlich aufgenommen worden :

- Erhöhung der Lärmschutzwand auf Höhe der Schwartmoorsiedlung um 4 m. in ca. 100 m Länge Richtung Norden von der Anschlussstelle AS 21 ausgehend.
- Erhöhung der Lärmschutzwand entlang der Friedrichsgaberstraße im Bereich Schwartmoorsiedlung auf 6 m Höhe in einer Länge von ca. 170 m. Mit den beiden Maßnahmen soll der an der Anschlussstelle zunehmende Lärm gedämmt werden.
- Bau eines Lärmschutzwalles bzw. aus Platzgründen einer Wand im Bereich südlich der BAB-Brücke Ulzburger Landstraße bis zur Gronaubrücke (Westseite der BAB)
- Bau eines Lärmschutzwalles (4 m Höhe) in Verlängerung der vorgenannten Maßnahme bis zur Autobahnraststätte Holmoor. Damit sollen auch die Areale der Sport- und Freizeiteinrichtungen am Harksheider Weg besser geschützt werden.

Die beschriebenen Lärmschutzmaßnahmen werden Bestandteil der Gesamtbaumaßnahme „6-spuriger Ausbau der A 7“ und vom Vorhabenträger finanziert. Auch werden die vorhandenen Anlagen in Quickborn-Heide (Westseite), die Ende der 90-er Jahre unter finanzieller Beteiligung durch Bund und Land von der Stadt Quickborn errichtet wurden und von ihr unterhalten werden, endgültig in das Eigentum des Bundes mit der dauerhaften Erhaltungspflicht gegeben.

Insgesamt gesehen können somit sämtliche Schutzansprüche, die erstmalig durch den kommenden Planfeststellungsbeschluss anzuerkennen sind, durch aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen erfüllt werden. In der ersten Jahreshälfte 2013 erfolgten die Planfeststellungsbeschlüsse für den 5. und 6. Abschnitt (von Kaltenkirchen bis zur Landesgrenze).

Eine abschnittsweise Realisierung der Baumaßnahmen im Umfeld von Quickborn ist ab 2014 vorgesehen. Ein besonderer Aufwand besteht jetzt darin, dass in einem Baustellen- bzw. Baustellenfolgemanagement ein möglichst reibungsloser Ablauf an den Baustellen selbst zu organisieren ist und die Folgen im Verkehrsverhalten bedacht werden, wie z. B. das Ausweichen von Staus auf die vorhandenen Umleitungsstrecken (z.B. B 4 und L / 76) und „Schleichverkehre“ vermieden werden. Die betroffenen Kommunen und Landkreise sind hierzu aktiv geworden. Sie haben zusätzlich auch eingefordert, den ÖPNV während der gesamten Bauzeit, die voraussichtlich den Raum S.-H. Südwest und Hamburg bis 2020 belasten wird, erheblich zu verbessern um beispielsweise den Pendlern ein Angebot zu geben, damit sie die Autobahn nicht benutzen müssen.

Wichtige Angelegenheiten

Kindertagesstättenbedarf in Quickborn

1. Rechtsgrundlagen

SGB Teil VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz - KJHG)
Tagesausbaubetreuungsgesetz (TAG)
Kinderförderungsgesetz (KiFöG)
Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen (Kindertagesstättengesetz – KiTaG)
Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO)

2. Einführung

Lange Zeit war Kindertagesbetreuung in Quickborn auf Kinder zwischen 3 und 6 Jahren bzw. bis zum Schuleintritt beschränkt (Rechtsanspruch auf einen Elementarplatz). Zumeist fand diese Betreuung nur vormittags statt. Sowohl in der Altersstruktur der Kinder, die neben der Erziehung und Betreuung durch die eigenen Eltern ein Angebot der Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen, als auch in den täglichen Betreuungszeiten hat es in den letzten 15 Jahren in Quickborn aber deutliche Veränderungen gegeben. Nach Einführung des Rechtsanspruches auf Tagesbetreuung für Kinder ab dem vollendeten 3. Lebensjahr seit dem 01.01.1996 rückte mit dem Gesetz zum bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (TAG) im Jahre 2004 auch die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren in den Fokus der Kita-Bedarfsplanung in Quickborn.

Neben anderen familienpolitischen Leistungen (u.a. Elterngeld, Kindergeld) gilt der Ausbau der Infrastruktur in der Kindertagesbetreuung als eine wichtige Voraussetzung, um Paare bei der Realisierung bestehender Kinderwünsche zu unterstützen.

Zusätzlich zu den damit verbundenen Zielen, die Geburtenrate wieder zu erhöhen, können wichtige arbeitsmarktpolitische Anforderungen erreicht werden. Es gilt, gut ausgebildeten und qualifizierten Müttern und Vätern bessere Chancen als bislang auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Grundlegende Elemente einer qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung sind auch die Aspekte Erziehung und Bildung, durch deren Einbeziehung der umfassende, ganzheitliche pädagogische Auftrag der Arbeit in Kindertageseinrichtungen deutlich wird. Außerdem vermittelt die Kindertagesbetreuung Kindern, die heute häufig ohne oder nur mit einem Geschwisterteil aufwachsen, wichtige Sozialisationserfahrungen.

Auf dem Krippengipfel von Bund, Länder und Kommunen im Jahre 2007 wurde vereinbart, bis zum Jahre 2013 bundesweit für 35 % der Kinder unter 3 Jahren ein Angebot zur Kindertagesbetreuung in einer Kindertageseinrichtung oder im Rahmen der Tagespflege zu schaffen.

Da Eltern aufgrund ihrer unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse eine größere Vielfalt bei den Betreuungsangeboten benötigen, sieht das zum 01.01.2009 in Kraft getretene Kinderförderungsgesetz den Ausbau der Kindertagespflege vor. Neben dem Ziel, bis zum Jahre 2013 bundesweit für 35 % der Kinder unter 3 Jahren ein Betreuungsangebot zu schaffen, sieht das Gesetz seit dem 1.08. 2013 zudem einen Rechtsanspruch an Betreuungsplatz ab Vollendung des 1. Lebensjahres vor.

Wichtige Angelegenheiten

3. Aktuelle Kitaplatz-Situation in Quickborn (Stand: 01.08.2013)

a) Kita-Platz-Situation in Quickborn- Ort

Kita	Krippenbereich	Elementarbereich	Hortplätze	Plätze insgesamt
Städt. Kita Kampstraße 8 Gruppen	10 Plätze	91 Plätze	47 Plätze	148 Plätze
DRK – Kita Talstraße 8 Gruppen	20 Plätze	100 Plätze	18 Plätze	138 Plätze
Ev.- Kita Harksh. Weg 7 Gruppen	10 Plätze	75 Plätze	36 Plätze	121 Plätze
Kath. Kita Kurzer Kamp 2 Gruppen	10 Plätze	20 Plätze	0 Plätze	30 Plätze
JUH Kinderhaus Hans-Heyden- Str. 8 Gruppen	15 Plätze	75 Plätze	43 Plätze	133 Plätze
31 Gruppen	65 Plätze	361 Plätze	144 Plätze	570 Plätze

b) Kita-Platz-Situation in Quickborn-Heide

Kita	Krippenbereich	Elementarbereich	Hortplätze	Plätze insgesamt
AWO-Kita Th.-Storm-Str. 6 Gruppen	10 Plätze	80 Plätze	21 Plätze	111 Plätze
JUH-Kita Ric.-Huch-Str. 13 9 Gruppen	10 Plätze	112 Plätze	45 Plätze	167 Plätze
15 Gruppen	20 Plätze	192 Plätze	66 Plätze	278 Plätze

c) Summe der Kita-Plätze in Quickborn

Krippenbereich	Elementarbereich	Hortbereich	Insgesamt
85 Plätze	553 Plätze	210 Plätze	848 Plätze

d) Tagespflege

Im Rahmen der Tagespflege stehen in Quickborn weitere 60 Plätze für Krippenkinder zur Verfügung, so dass sich für diesen Betreuungsbereich insgesamt 145 Plätze ergeben.

Wichtige Angelegenheiten

4. Geburtenentwicklung in Quickborn

Stichtag	Geburtsdatum	Quickborn-Ort	Quickborn-Heide	insgesamt
01.08.2010	01.08.2004 – 31.07.2007	369	190	559
01.08.2011	01.08.2005 – 31.07.2008	346	186	532
01.08.2012	01.08.2006 – 31.07.2009	312	181	493
01.08.2013	01.08.2007 – 31.07.2010	306	179	485
01.08.2014	01.08.2008 – 31.07.2011	303	170	473
01.08.2015	01.08.2009 – 31.07.2012	310	155	465

Wichtige Angelegenheiten

5. Analyse der Bedarfssituation

Krippenplatzbereich

In dem Zeitraum vom 01.08.2010 bis 31.07.2013 gibt es 465 Kinder unter 3 Jahren. Einem Anteil von 35 % entspricht 163 Plätze. Dies bedeutet, dass bis zum Jahre 2013 mindestens 163 Plätze für unter 3-jährige in Quickborn in Kindertageseinrichtungen oder im Rahmen der Tagespflege bereitgestellt werden müssen. Aktuell gibt es insgesamt in Quickborn 145 Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren (siehe auch Ziffer 3 d). Dies ergibt eine aktuelle Betreuungsquote von 31,2 %.

Durch die neuen Baugebiete (B-Pläne 94 und 104) erhöht sich der Bedarf zur Schaffung weiterer Krippenplätze. Der AKJS hat daher am 08.11.2011 beschlossen, auf dem Grundstück der Johanniter-Kindertagesstätte Wilde 13 in der Ricarda-Huch-Straße 25 Krippenplätze (und 30 Elementarplätze) durch einen (neuen) Solitärbau zu schaffen. Die neue Kita wird „Kleine Wilde“ heißen und die Fertigstellung ist für Sommer 2014 vorgesehen. Dann stünden in Quickborn 170 Krippenplätze zur Verfügung und es ergebe sich eine Betreuungsquote von rd. 36,6 % (ausgehend von 465 Kindern unter drei Jahren).

Übersicht bzw. Entwicklung der Krippenplätze in Quickborn von 2006 bis 2013

Einrichtung	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
AWO-Kita	5	5	10	10	10	10	10	10	10
DRK-Kita	0	0	0	20	20	20	20	20	20
Ev. Kita	0	0	0	10	10	10	10	10	10
Kath. Kiga	0	0	0	0	0	0	10	10	10
JUH Quickelbü	5	10	10	15	15	15	15	15	15
JUH Wilde 13	5	5	5	10	10	10	10	10	10
Kita „Zauberbaum“	5	10	10	10	10	10	10	10	10
JUH „Kleine Wilde“	0	0	0	0	0	0	0	0	25
Zwischensumme	20	30	35	75	75	75	85	85	110
Tagespflegeplätze	30	28	38	36	36	51	60	60	60
Gesamtzahl	55	58	73	111	111	121	145	145	170

Elementarbereich

Für den Elementarbereich ist auszuführen, dass bei der Berechnung der Betreuungsquote von 3,5 Jahren (Stichtag 01.08.2012 somit 575 Kinder) auszugehen ist, da nicht alle Kinder mit Vollendung des 6. Lebensjahres die Kitas verlassen, um in die Schule zu gehen.

Die aktuelle Gesamtzahl der Elementarplätze in den Kitas reicht aus (Bedarfsabdeckung von 96 %). Der derzeitige Versorgungsgrad ist ausreichend.

Durch die neuen Baugebiete (B-Pläne 94 und 104) wird sich der Bedarf zur Schaffung weiterer Elementarplätze erhöhen. Daher sind in der JUH-Kita „Kleine Wilde“ auch 30 Elementarplätze vorgesehen, um den Bedarf speziell in Quickborn-Heide nach Möglichkeit decken zu können.

Wichtige Angelegenheiten

Rückblick auf die bisherigen wichtigsten Veranstaltungen in 2013

Bürgerwochen vom 13. bis 28. April 2013

An den insgesamt 21 Veranstaltungen haben über 1.500 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen.

Besonderer Dank gilt allen Vereinen, Verbänden und Institutionen, die sich an der Durchführung der Bürgerwochen beteiligt und damit auch zum Erfolg dieser Veranstaltung beigetragen haben.

Familihtag am 09. Juni 2013

Auch der Familietag, der bereits zum 13. Mal durchgeführt wurde, war wieder ein voller Erfolg (ca. 2.700 Besucher). Auf dem Rathausplatz gab es wieder ein vielfältiges Programm für kleine und große Besucher. Das beliebte Bobby-Car-Rennen sowie Informations- / Verzehrstände und zahlreiche Aktivitäten für Kinder luden zum Verweilen ein.

Verwaltungsgemeinschaft mit den Gemeinden Hasloh und Bönningstedt

Der Fachbereich 3 war in nachfolgenden Themenbereichen für die Gemeinden Hasloh und Bönningstedt tätig:

- Allgemeine Fragen im Zusammenhang mit den Kitas in Hasloh und Bönningstedt (insbesondere Zuschussgewährung und Kostenausgleichsangelegenheiten für auswärtige Kita-Betreuung sowie Sozialstaffel-Berechnungen)
- Bau der neuen Kita „Neue Mitte“ in Hasloh
- Gewährung von Zuschüssen an Vereinen und Verbänden (Hasloh und Bönningstedt)
- Gewährung von Zuschüssen für die Tagesmutter-Betreuung (Hasloh und Bönningstedt)
- Abrechnung von Veranstaltungen in Hasloh und Bönningstedt

Versicherungen

Zu Beginn des Jahres 2013 wurden die städtischen Gebäude mit der Ostdeutschen Kommunalversicherung (OKV) begutachtet. Das Ergebnis der Gebäudebewertung wird Ende 2013 erwartet.

Schadenfälle

Im März 2013 kam es innerhalb kürzester Zeit zu starken Beschädigungen am Elsensee Gymnasium.

Am 01.03.2013 wurden Kratzer (Scratching) an ca. 30 Fensterscheiben und Türen festgestellt. Es wurden Kratzschutzfolien aufgebracht. Die Kosten betragen 6.700 €.

Nach dem Berichtszeitraum wurde das Verfahren von der Staatsanwaltschaft Itzehoe eingestellt, da kein Täter ermittelt werden konnte.

Der zuständige Hausmeister stellte am 03.03.2013 fest, dass in das Gebäude des Elsensee Gymnasiums eingebrochen wurde. Es wurden keine Gegenstände entwendet, jedoch 3 Fensterscheiben, 2 Fernseher und div. Innentüren beschädigt. Da die Innentüren in ihrer

Wichtige Angelegenheiten

Funktion nicht eingeschränkt sind, wurde von einem Austausch abgesehen. Die Schadenhöhe beträgt ca. 1.625,00 €. Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Ebenfalls im März 2013 haben unbekannte Täter diverse Fensterscheiben und die Fassade des Elsensee Gymnasiums mit Graffiti besprüht. Dieser Schaden beträgt rund 1.350,00 €. Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Neben der Stellung von Strafanträgen wurde in allen Fällen über die örtliche Presse die Bevölkerung um Mithilfe gebeten und eine Belohnung von jeweils 2.000 € für sachdienliche Hinweise ausgesetzt, die zur Ergreifung der Täter führen.

Es war auffällig, dass im März 2013 auch andere Gebäude von derartigen Beschädigungen betroffen waren. Auch an der ehemaligen Realschule Heidkamp, an der Sporthalle des Schulzentrums Süd und der Grundschule Goetheschule wurde am 01.03.2013 Scratching festgestellt. Das Rathaus der Stadt Quickborn war am 15.03.2013 vom Scratching betroffen.

Die ehemalige Realschule Heidkamp und die Comenius Schule wurden zeitgleich mit dem Elsensee Gymnasium mit Graffiti besprüht.

Eine Gesamtübersicht über die eingetretenen Schadenfälle erfolgt wie bereits in den Vorjahren zum Jahresende 2013.

Vergabeverfahren

Die bereits im Jahre 2012 angelaufenen und im Jahr 2013 neu begonnenen Vergabeverfahren zu den Projekten Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium (DBG) und Comenius Schule (CSQ) wurden fortgesetzt.

Gewerke:

DBG - Nordhof

CSQ - Betonwerksteinarbeiten, Elektroarbeiten, Schlosserarbeiten, Fliesenarbeiten, Tischlerarbeiten, Bodenbeschichtung, Wandschutz, Baureinigung.

Für die Sanierung des Schulzentrums Süd wurden 3 VOF (Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen)-Verfahren zur Vergabe von Architekturleistungen, für die Technische Gebäudeausrüstung (TGA) und die Tragwerksplanung durchgeführt.

Im Rahmen des Erschließungsvertrages zum B-Plan 104A (LEG) wurden die Vergabeverfahren Tief- und Straßenbau begleitet.

Beitragsangelegenheiten

Beitragsmaßnahme Bahnhofstraße:

Die umfangreiche Endabrechnung wird derzeit vorgenommen. Ziel ist es, die Veranlagung im 1. Quartal 2014 abzuschließen.

Das Gleiche gilt für die Straßenausbaumaßnahmen „Theodor-Körner-Straße“ und „Hebbelstraße“.

Wichtige Angelegenheiten

Verwaltungsrechtssachen

In folgenden Rechtsgebieten waren vom Fachbereich Recht Widersprüche/Klagen zu bearbeiten:

- Grundsteuerveranlagungen
- Gewerbesteueranmeldungen
- Baugenehmigungsverfahren
- Gebührenbescheide
- Beitragsangelegenheiten zu den Veranlagungen Justus-von-Liebig-Ring, Schillerstraße und Dorotheenstraße. Sämtliche Widerspruchs- und Klageverfahren in Beitragsangelegenheiten sind zwischenzeitlich abgeschlossen. Die zu den einzelnen Veranlagungen ergangenen Beitragsbescheide sind bestandskräftig.

Gegen die mit Bescheid vom 10.6.2013 vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein festgestellte Einwohnerzahl Quickborns (Zensus 2011) wurde am 03.07.2013 Widerspruch eingelegt. Eine Begründung wird derzeit erarbeitet.

NORDGATE

Die Zusammenarbeit der Kooperation NORDGATE – Das Tor zur Metropolregion Hamburg war auch im Jahr 2013 sehr erfolgreich.

Das NORDGATE hat sowohl an Messen teilgenommen sowie zu eigenen Veranstaltungen eingeladen.

Im Februar 2013 haben die Wirtschaftsförderer des **NORDGATE** zum **6. Fachforum** mit dem Thema „Anbau, Neubau oder Umzug“ eingeladen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das wachsende Unternehmen. Die Referenten betrachteten das Thema aus dem Blickwinkel des Bauträgers, Finanzdienstleisters und Unternehmers. So wurde den Gästen anschaulich dargestellt, dass z.B. bereits bei der Planung eines Um- und Neubaus an eine Nachnutzung gedacht werden sollte, damit die Immobilien später besser zu vermarkten ist und wie wichtig es ist, die Mitarbeiter einzubeziehen, da sie die Betriebsabläufe am besten kennen. Unter dem Motto „Investitionen müssen sich lohnen“ gingen die Referenten auf den Einsatz moderner Energietechniken und der Energieeffizienz ein.

Die Gäste nutzten die Diskussionsrunde und das anschließende Come together, für intensive und individuelle Gespräche mit den Referenten und untereinander.

Am 13. und 14. März 2013 fand in den Holstenhallen in Neumünster die 2. „**wirtschaft-NORDGATE**“ statt.

Die branchenübergreifende Messe unter dem Motto „Dialog-Business-Kontakte“ richtete sich vorrangig an kleine und mittelständische Unternehmen und soll persönliche Kontakte zwischen Kunden, Lieferanten und Dienstleistern aus der Region fördern.

Die Messe wurde vom Schirmherr Wirtschaftsminister Reinhard Meyer und den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern des NORDGATE eröffnet. Wirtschaftsminister Meyer nannte die Kooperation NORDGATE einen „hochattraktiven Standort in Schleswig-Holstein“. Mit der Kooperation NORDGATE könne Schleswig-Holstein auf Augenhöhe mit Hamburg agieren.

Wichtige Angelegenheiten

Durch das NORDGATE wurde in den letzten zwei Jahren eine Kooperation der Volkshochschulen der NORDGATE-Region angeregt. Die Premiere auf der Messe hatte das gemeinsame Programm der sechs Volkshochschulen. Gebündelt präsentierten diese ihr Angebot für Unternehmen in der Broschüre „Mehr Wissen ist mehr wert“. An den beiden Messetagen stellten die Dozentinnen und Dozenten in 30-Minuten-Vorträgen auf dem NORDGATE-Messestand einige Auszüge aus ihrem Fort- und Weiterbildungsangebot vor.

Fester Bestandteil der Messe waren - wie auch im Vorjahr - das umfangreiche Vortragsprogramm (u.a. zu den Themen: Energieeffizienz, Social Media, SEPA – Zukunft Zahlungsverkehr) sowie das Business-Speed-Dating. Beim Business-Speed-Dating hatten die Unternehmer 4 Minuten Zeit, sich einem anderen Unternehmer vorzustellen, anschließend wurde gewechselt. Eine Speed-Dating-Gruppe bestand aus 24 Teilnehmern. So hatten die Unternehmer innerhalb von kürzester Zeit die Möglichkeit, sich 23 anderen Teilnehmern zu präsentieren und sehr viele Businesskontakte zu knüpfen.



Am 25. April 2013 fand in den Räumlichkeiten der Messe Hamburg Schnelsen die **Messe B2B Nord** statt. Die Messe ist ebenso wie die „wirtschaftNORDGATE“ eine Dialogmesse. Das NORDGATE hat hier als Aussteller teilgenommen.

Seit einigen Jahren besteht der Arbeitskreis der Wirtschaftsförderer des Kreises Pinneberg. Der Arbeitskreis hat sich darauf verständigt, die Zusammenarbeit im Kreis Pinneberg zu verstärken und sich auch auf gemeinsamen Veranstaltungen zu präsentieren. Zusammen mit der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft des Kreises Pinneberg mbH (WEP) wurde die Darstellung entwickelt und die Wirtschaftsförderer des Kreises Pinneberg haben gemeinsam auf der B2B Nord ihre Standorte angeboten. Die Wirtschaftsförderin der Stadt Quickborn hat sowohl am NORDGATE-Stand als auch am Stand des Kreises Pinneberg ihre Aufgaben wahrgenommen und die Standorte präsentiert.

Der Messeveranstalter beabsichtigt, die Messe zweimal im Jahr stattfinden zu lassen. Beim nächsten Termin am 28. November 2013 werden beide Stände (NORDGATE und Wirtschaftsförderer des Kreises Pinneberg) wieder vertreten sein.

Im Oktober 2013 nahmen die Vertreter des NORDGATE wieder an der Expo Real teil.

Die **Expo Real ist die größte internationale Fachmesse für Immobilien und Investitionen** in Europa und findet jedes Jahr im Oktober in München statt.

Die Expo Real ist eine wertvolle Plattform, um für die Standorte im NORDGATE zu werben und steht für Networking, Marktorientierung und gute Businesskontakte.

Von den diesjährigen 36.000 Teilnehmern fielen 18.600 auf Fachbesucher und 17.400 auf die Repräsentanten der ausstellenden Unternehmen. Die Teilnehmer der EXPO REAL bildeten das gesamte Spektrum der Immobilienwirtschaft ab: Projektentwickler,



Wichtige Angelegenheiten

Projektmanager, Investoren, Berater, Vermittler, Architekten, Planer, Immobilienmakler, Expansionsleiter sowie Wirtschaftsregionen und Städte.

Das NORDGATE zieht eine positive Bilanz. An den drei Messtagen konnte das Netzwerk weiter ausgebaut werden. Außerdem erfolgte mit bereits bekannten Projektentwicklern und Planern direkt auf der Messe auf kurzem Wege ein Austausch über bestehende Projekte.

Im NORDGATE sind seit der Gründung im Jahr 2008 (bis zum 31.07.2013) über 1.300 Anfragen eingegangen.

In diesem Zeitraum konnten 240 Firmen an den 13 NORDGATE-Gewerbstandorten angesiedelt werden oder im NORDGATE gehalten werden. In Quickborn waren es 18 Firmen, die sich angesiedelt haben oder gehalten werden konnten.

Von der Vielzahl der Anfragen konnten nicht alle Interessenten bedient werden. Viele Anfragen bezogen sich auf den Kauf oder die Anmietung von Bestandsimmobilien. Über Bestandsimmobilien hat die Wirtschaftsförderung keine umfassenden Informationen. Dieses setzt voraus, dass mit Zeitaufwand regelmäßig Informationen abgefragt werden und der Markt sehr genau beobachtet wird. Dies war bisher nicht möglich.

Des Weiteren konnten Anfragen nicht bedient werden, da es sich um Anfragen für größere Logistikflächen (über 3 ha), um größere Einzelhandelsflächen oder Industrieflächen handelte. Entsprechende Flächen kann Quickborn nicht anbieten. Insgesamt muss festgestellt werden, dass nur noch sehr wenige baureife Grundstücke in Quickborn vorhanden sind und daher viele Anfragen abgewiesen werden mussten.

Weitere Aktivitäten der Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung arbeitet aktiv bei der Erarbeitung der **Regionales Entwicklungskonzept für die Landesentwicklungssachse A 7-Süd (REK A7 Süd)** mit.

Nach einer Projektzeit von zwei Jahren werden Ende Oktober die Ergebnisse präsentiert. Zum REK A7 Süd wird noch einmal gesondert in diesem Bericht eingegangen.

Zum dritten Mal wurde im Jahr 2013 in Quickborn das **Praxiscamp für Existenzgründerinnen und Existenzgründer** erfolgreich durchgeführt.

Während des zwölf-tägigen Praxiscamps werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Fachleuten alle wichtigen Themen für eine eventuelle Existenzgründung vermittelt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schreiben ihren eigenen Businessplan und entwickeln maßgeschneidert alle wichtigen Gründungsthemen wie z.B. Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten, Recht und Steuern, Buchführung, Preiskalkulation und Umsatz, Markterkundung und Kundenakquise und Werbung und Vertriebsstrategien. Ziel des Praxiscamps ist die Erstellung des individuellen Geschäftskonzeptes.

Das Praxiscamp soll den Grundstein für den Beginn einer nachhaltigen Existenzgründung legen.

Die Stadt Quickborn konnte das Projekt neben der Bereitstellung der Räumlichkeiten insbesondere mit der guten Pressearbeit unterstützen. Die Projektleitung hat wiederholt mitgeteilt, dass viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer erst durch die Presseartikel in den örtlichen Printmedien auf das Angebot aufmerksam geworden sind und aufgrund des großen Interesses sogar eine Warteliste für Quickborn angelegt werden musste.

Das Praxiscamp wird auch in anderen Städten des Kreises Pinneberg und des Kreises Segeberg angeboten, allerdings erfolgt in diesen Städten die Pressearbeit durch die Bundesagentur für Arbeit und diese Mitteilungen werden nur selten in der Presse aufgenommen.

Man hat sich bereits darauf verständigt, dass das Praxiscamp auch im Jahr 2014 wieder in Quickborn stattfinden wird.

Wichtige Angelegenheiten

Zu den regelmäßigen Aufgaben der Wirtschaftsförderung gehört es auch, bei den vielseitigen Anliegen der bereits ansässigen Gewerbetreibenden Hilfestellung zu geben und die Lotsenfunktion innerhalb der Verwaltung wahrzunehmen.

Spielräume

Abweichend von der Spielflächenbedarfsplanung gab es nach der DEKRA Untersuchung einen höheren Bedarf, um Schäden usw. zu beheben. Die Neuanschaffung eines Turms an der Rutsche in der Ricarda-Huch-Str. wurde notwendig, weil der alte abgebaut werden muss (Pilzbefall) – die höheren Kosten werden aber ausgeglichen durch ein Weniger in der Umsetzung des Konzeptes „Spielende Stadt“.

Für die Gestaltung der Marienhöhe fand eine Beteiligungsaktion statt, Angebote wurden eingeholt und der Auftrag ist vergeben.

Mit der Umsetzung wird Mitte Oktober 2013 gerechnet. Wegen des langen Winters sind die Auftragsbücher der Firmen noch voll und alle Umsetzungen verzögern sich.

Für die nächste Spielplatz-Rundfahrt mit dem AKJS wurde der 12.09.2013, 18.00 Uhr, Abfahrt am Rathaus verabredet.

Geplant ist der Besuch der Spielflächen An der Retloh, Max-Planck-Str., Zeppelin- und Adlerstraße sowie Ricarda-Huch-Str.

Personalangelegenheiten Fachbereich Jugend

Die Vollzeitkollegin in der Administration inkl. Spielflächen, die seit Februar wegen Krankheit ausgefallen ist, wird im September wieder in Vollzeit zurück sein.

Der Vollzeitkollege in der pädagogischen Arbeit ist mehrere Monate ausgefallen, so dass mit allen verbleibenden Kräften die gesamte Planung, alle Projekte und die Öffnungszeiten umzusetzen waren.

Für extra Veranstaltungen und Aktionen sowie neue Projekte waren keine Kapazitäten mehr vorhanden. Hier erfolgen Verschiebungen auf 2014.

Die beiden FSJ-Stellen im FB Jugend (FSJ Soziales und FSJ Kultur) konnten für das kommende Jahr wiederbesetzt werden.

Aufgaben des Fachbereiches Öffentliche Sicherheit

Gefahrenabwehr

Auf der Grundlage des Gefahrhundegesetzes wurden im 1. Halbjahr 5 Hunde zu gefährlichen Hunden aufgrund von Beißvorfällen erklärt.

Gewerbeangelegenheiten:

Für 3 Gaststätten erhielten neue Betreiber eine Erlaubnis.

Wichtige Angelegenheiten

26 Gestattungen nach dem Gaststättengesetz wurden ausgestellt. 2 Reisegewerbekarten wurden ausgehändigt, 4 Flohmärkte und 4 Lotterien wurden genehmigt. Einem Gewerbetreibenden wurde die Ausübung seines Gewerbes wegen Unzuverlässigkeit untersagt.

Straßenverkehrsbehörde:

Auch im Frühjahr und Sommer dieses Jahres hatte die Straßenverkehrsbehörde aufgrund der Aufträge, die die Stadtwerke für die Erneuerung von Versorgungsleitungen und Herstellung von Lichtwellenleitungen (LWL) vergab, eine große Anzahl von Baustellenanordnungen abzuarbeiten.

Ordnungsangelegenheiten:

Es wurden im 1. Halbjahr 56 kostenpflichtige Verwarnungen und Bußgelder wegen Verstoßes gegen das Personalausweisgesetz, Gefahrhundegesetz, Abfallrecht und aufgrund von Lärmverstößen verhängt. 770 Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr wurden kostenpflichtig geahndet.

Für 3 verstorbene Personen wurden die Bestattungen veranlasst und die Kosten zum Teil im Vorwege für die gesetzlich Verpflichteten verauslagt.

Soziale Angelegenheiten:

Asylbewerberunterbringung / städt. Unterkünfte:

Seit Ende 2012 steigt die Zahl der zugewiesenen Asylbewerber kontinuierlich an. Z. Zt. hat die Stadt Quickborn eine Quote von 70 aufzunehmenden Personen. Neben den städtischen Unterkünften in der Bahnstraße, Feldbehnstr. und dem Feldweg konnte die ehemalige Hausmeisterwohnung in der Goetheschule für die Unterbringung genutzt werden. Zum Herbst 2013 wird zusätzlich ein von der Stadt erworbenes Haus in der Marktstr. zur Verfügung stehen. Damit wäre es (vorerst) der Stadt Quickborn gelungen, die angespannte Situation zu entschärfen.

Beratungsstellen für Wohnungsangelegenheiten und Migration ...

wurden unter einer Trägerschaft (des Diakonischen Werkes Hamburg-West/Südholstein) weitergeführt. Frau Holst hat die Nachfolge von Herrn Meier, Frau Fergin die Nachfolge von Frau Flohr angetreten, und Herr Rohde hat auch die Leitung dieser beiden Beratungsstellen übernommen. Ergänzt wird die Beratung um Frau Jenssen, die erfolgreich bei der Wohnungssuche unterstützt.

Weitere Details sind im Sozialbericht zur Jahresmitte aufgeführt.

Wichtige Angelegenheiten

Kommunalwahl

Die gesetzliche Zahl von 27 Mitgliedern in der Ratsversammlung blieb bestehen; allerdings wurde die Anzahl der direkt gewählten Vertreter von 15 auf 14 und damit auch die Wahlkreisinteilung reduziert sowie gleichzeitig die Zahl der Listenbewerber von 12 auf 13 Personen erhöht. Am 26.05.2013 wurde die Kommunalwahl durchgeführt. Es wurden durch Mehr- bzw. Ausgleichssitze 2 weitere Sitze und somit insgesamt 29 Ratsmitglieder in die neue Ratsversammlung gewählt.

Aufgaben des Fachbereiches 6 für die Verwaltungsgemeinschaft

Zum 01.01.2013 wurde bedingt durch die Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Stadt Quickborn und den Gemeinden Hasloh und Bönningstedt

- Im Bereich Wohngeld die Gesamtaufgabe dem Bürgermeister der Stadt Quickborn übertragen
- Im Bereich Standesamt der Standesamtsbezirk Quickborn um das Gemeindegebiet Hasloh und Bönningstedt erweitert.
- Im Bereich des Einwohnerservice obliegen die Aufgaben weiterhin den jeweiligen Bürgermeistern. In Bönningstedt und Hasloh wurde zum 01.01.2013 je ein neues Bürgerbüro mit verlässlichen Öffnungszeiten etabliert. Dem Bönningstedter und Hasloher Bürger stehen aber auch die erweiterten Öffnungszeiten des Einwohnerservices der Stadt Quickborn zur Verfügung.
- Im Bereich Wahlen wurde bei der Kommunalwahl die Aufgaben des Gemeindevahlleiters und des Gemeindevahlausschusses der Stadt Quickborn übertragen. Erstmals wurden die Kommunalwahlen für die Gemeinden Hasloh und Bönningstedt auch von der Stadt Quickborn organisiert und erfolgreich durchgeführt.
- Die Aufgabenübertragung (Fusion im Bereich Wohngeld, SGB XII und Asyl war bereits zusammengefasst; Standesamt, Gemeindevahlleiter) haben sich als äußerst sinnvoll herausgestellt, da der zusätzliche Verwaltungsaufwand reduziert und die Effektivität in diesen Bereichen erhöht werden konnte.

Statusbericht Photovoltaikanlage Lilli-Henoch-Halle

Nachdem die Photovoltaikanlage auf der Lilli-Henoch-Halle am 21.06.2010 durch die Stadtwerke Quickborn GmbH als Eigentümer in Betrieb genommen wurde, sind die unten aufgeführten Solar-Erträge generiert worden.

Im Jahresvergleich 01.07.2010 bis 30.06.2011 wurden die Planziele mit ca. 2.100 kWh leicht überschritten. Da Einspeisevergütung und Kosten als Fixum angesehen werden können, ist die geplante Rentabilität der Anlage als gegeben anzusehen.

Im Zeitraum 01.07.2011 bis 30.06.2012 wurden die Planziele mit ca. 1.700 kWh leicht unterschritten. Das geplante Ergebnis wurde dadurch ebenfalls leicht unterschritten.

Im Zeitraum 01.07.2012 bis 30.06.2013 wurden die Planziele mit ca. 3.000 kWh leicht unterschritten. Das geplante Ergebnis wurde dadurch ebenfalls leicht unterschritten.

Über den Gesamtzeitraum seit der Inbetriebnahme liegt die Anlage somit leicht unter Plan.

Wichtige Angelegenheiten

Monat / Jahr	Soll-Einspeisung	Ist-Einspeisung	Abweichung
Juli 2010	6.500 kWh	7.971 kWh	1.471 kWh
August 2010	6.000 kWh	5.231 kWh	-769 kWh
September 2010	4.342 kWh	4.073 kWh	-269 kWh
Oktober 2010	3.010 kWh	3.314 kWh	304 kWh
November 2010	1.610 kWh	831 kWh	-779 kWh
Dezember 2010	860 kWh	125 kWh	-735 kWh
Januar 2011	1.300 kWh	833 kWh	-467 kWh
Februar 2011	1.960 kWh	1.906 kWh	-54 kWh
März 2011	3.540 kWh	4.465 kWh	925 kWh
April 2011	5.460 kWh	6.803 kWh	1.343 kWh
Mai 2011	6.620 kWh	6.990 kWh	370 kWh
Juni 2011	6.210 kWh	6.986 kWh	776 kWh
	47.412 kWh	49.529 kWh	2.117 kWh

Monat / Jahr	Soll-Einspeisung	Ist-Einspeisung	Abweichung
Juli 2011	6.500 kWh	5.586 kWh	-914 kWh
August 2011	6.000 kWh	5.151 kWh	-849 kWh
September 2011	4.342 kWh	4.622 kWh	280 kWh
Oktober 2011	3.010 kWh	3.433 kWh	423 kWh
November 2011	1.610 kWh	1.130 kWh	-480 kWh
Dezember 2011	860 kWh	466 kWh	-394 kWh
Januar 2012	1.300 kWh	1.045 kWh	-255 kWh
Februar 2012	1.960 kWh	2.067 kWh	107 kWh
März 2012	3.540 kWh	4.066 kWh	526 kWh
April 2012	5.460 kWh	5.073 kWh	-387 kWh
Mai 2012	6.620 kWh	7.202 kWh	582 kWh
Juni 2012	6.210 kWh	5.905 kWh	-305 kWh
	47.412 kWh	45.746 kWh	-1.666 kWh

Wichtige Angelegenheiten

Monat / Jahr	Soll-Einspeisung	Ist-Einspeisung	Abweichung
Juli 2012	6.500 kWh	6.482 kWh	-18 kWh
August 2012	6.000 kWh	6.387 kWh	387 kWh
September 2012	4.342 kWh	4.190 kWh	-152 kWh
Oktober 2012	3.010 kWh	2.839 kWh	-171 kWh
November 2012	1.610 kWh	1.141 kWh	-469 kWh
Dezember 2012	860 kWh	278 kWh	-582 kWh
Januar 2013	1.300 kWh	523 kWh	-777 kWh
Februar 2013	1.960 kWh	1.314 kWh	-646 kWh
März 2013	3.540 kWh	3.743 kWh	203 kWh
April 2013	5.460 kWh	5.693 kWh	233 kWh
Mai 2013	6.620 kWh	5.735 kWh	-885 kWh
Juni 2013	6.210 kWh	6.084 kWh	-126 kWh
	47.412 kWh	44.409 kWh	-3.003 kWh

Gesellschaftervertrag der Stadtwerke Quickborn GmbH

Die Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein hat zur Folge, dass der Gesellschaftervertrag der Stadtwerke Quickborn GmbH bis spätestens 21.03.2017 angepasst werden muss. (Siehe hierzu auch Berichte zur Jahresmitte 2012, wichtige Angelegenheit *Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein.*)

EDV-Zweckverband Kommunit

Aufgrund von baulichen Mängeln und der anschließenden Kündigung ist der IT-Zweckverband im Mai 2013 innerhalb Elmshorns in die Friedensallee 2 umgezogen.

Am 28.07.2013 beging Kommunit sein 5-jähriges Bestehen.

Zum 01.01.2014 tritt die Gemeinde Kronshagen dem Zweckverband bei und ist neben dem Kreis Pinneberg, der Stadt Quickborn und dem Amt Rantzaupark vierter kommunaler Kunde von Kommunit.

In 2014 ist u.a. die Anbindung der Schulsekretariate und SchulsozialarbeiterInnen geplant.

Gleichstellungsbeauftragte

Seit Mai 2013 ist die neue Gleichstellungsbeauftragte im Amt.

Während der Einarbeitungszeit fanden zahlreiche Gespräche mit bestehenden und neuen **Netzwerkpartner_innen** statt. So z.B. mit der VHS Quickborn, dem Wendepunkt e.V. und dem Hamburger Verein Intersexuelle Menschen e.V. Außerdem hat die Gleichstellungsbe-

Wichtige Angelegenheiten

auftragte Kontakt zu den Fraktionen in Quickborn aufgenommen und konnte sich und ihre Arbeit in diesem Rahmen vorstellen.

Die bereits bestehenden Angebote wurden erfolgreich weitergeführt. Beispielsweise war die **Frauengeschichtswerkstatt** sowohl beim Familientag, als auch beim Eulenfest mit einem Informationsstand vertreten und hat die Broschüre „Ohne Frauen ist keine Stadt zu machen“ zum Verkauf angeboten. Am 09. November hat die **FGW** Quickborn an der ersten Fachtagung der Frauengeschichtswerkstätten in Schleswig-Holstein teilgenommen und ihre Arbeit mit einem Vortrag und einer Broschüre vorgestellt.

In Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten von Kaltenkirchen wurde der **„Kommunalpolitische Frauenstammtisch“** ins Leben gerufen. Hier treffen sich vierteljährlich ehemalige Teilnehmerinnen der Seminarreihe „Frauen mischen sich ein – Kommunalpolitik für Frauen“, um sich über ihre kommunalpolitische Arbeit auszutauschen und Fachvorträge zu Schwerpunktthemen zu halten.

Für Mitarbeiterinnen der Verwaltung wurde die Fortsetzung des Seminars **„Schweigen ist Silber, Reden ist Gold – Rhetorik für Frauen“** in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten von Wedel initiiert. Diese wird im Januar 2014 stattfinden.

Das Thema Gewalt gegen Frauen (und Kinder) wurde im November gemeinsam mit dem Wendepunkt e.V. durch die jährliche Brötchentütenaktion in die Öffentlichkeit gebracht. Außerdem gab es im Beluga Kino Quickborn die Vorstellung **„Shortcut to justice“**, einem Dokumentarfilm über die „Frauen der Gerechtigkeit“ in Indien.

Gemeinsam mit der Stadtjugendpflege Quickborn fand eine Neuauflage der **Gruppe für Trennungskinder** statt, die durch Flyer und Plakate im Raum Quickborn und darüber hinaus beworben wurde.

Wichtige Angelegenheiten

Ausführung von Beschlüssen

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
1.	ABKF	09.06.2011 10.05.2012	<p>Beschluss: Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Freizeit bittet die Verwaltung, die Realisierung einer Sportfläche, ähnlich der Ausstattung des 1. Bauabschnittes der Außen-sportanlage Heidkamp, auf dem erweiterten Gelände um den Mühlenberg zu prüfen. In die Ideenfindung sollen neben den Fraktionen die Stadtjugendpflege, Vereine und Schulen einbezogen werden. Die Ergebnisse sollen innerhalb eines Jahres im Ausschuss beraten werden. Ggf. ist ein Zwischenbericht im 1. Quartal 2012 im Ausschuss vorzulegen.</p>	<p>(Mitte 2012) Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Freizeit hat am 10.05.2012 wie folgt beschlossen: Im Rahmen der Vorbereitungen zur Beratung des B-Plans 54 soll zum gegebenen Zeitpunkt eine Ermittlung der Höhe der Planungskosten im B-Planverfahren und der Kosten für das erforderliche Lärmschutzgutachten, die für die Berücksichtigung einer Sport- und Freizeiteinrichtung gem. DS-Nr. IX/421 sowie der „Umwidmung“ der Sport- und Begegnungsstätte für eine private oder gewerbliche Nutzung entstehen würden, erfolgen. Die ermittelten Kosten sollen dann dem Ausschuss zur Entscheidung über das weitere Vorgehen vorgelegt werden.</p> <p>(Mitte 2013) Kein neuer Stand.</p>
2.	AKD	14.02.2012	<p>Beschluss: Die bei den Kommunalbetrieben verbleibende Sparte Telekommunikation ist nach Abschluss der wesentlichen Investitionstätigkeiten in den Haushalt der Stadt zu übernehmen, dann soll der Eigenbetrieb aufgelöst werden. Die Verwaltung wird gebeten, zu gegebener Zeit darüber eine erneute Beschlussfassung herbeizuführen.</p>	<p>(Mitte 2012) Zum jetzigen Zeitpunkt sollen die Erschließungen im Jahr 2015 abgeschlossen werden. Eine erneute Beschlussfassung über die Zukunft der Sparte Telekommunikation und der verbundenen Auflösung des Eigenbetriebes wird voraussichtlich in 2015 erfolgen.</p> <p>(Mitte 2013) Zum jetzigen Zeitpunkt werden Investitionsmaßnahmen im Rahmen weiterer Erschließungen über das Jahr 2016 hinaus nicht erwartet. Der Ausschuss für Kommunale Dienstleistungen wird im Rahmen der Beratung über den Wirtschaftsplan 2014 über den aktuellen Stand der Investitionstätigkeiten informiert.</p>
3.	AKD	01.11.2012	<p>Beschluss: Der Ausschuss für Kommunale Dienstleistungen beschließt für das Jahr 2013 eine Investition von 29.000 € für den Ersatz des Entstörungsfahrzeugs im Produktkonto 53801-783100 bereitzustellen.</p> <p>Der Ausschuss für Kommunale Dienstleistungen beschließt, das zu ersetzende Fahrzeug PI-SW 499 zum 01.01.2013 mit seinem Restbuchwert von 1 € auf das Produktkonto 57304-070000 umzubuchen.</p>	<p>(Mitte 2013) Die Investition wird im zweiten Halbjahr 2013 vollzogen.</p> <p>Die Umbuchung ist durchgeführt worden.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
4.	AKD	12.02.2013	<p>Beschluss: Der Ausschuss für Kommunale Dienstleistungen empfiehlt, die Öffnungszeiten des Freibades von 2011 für 2013 zu übernehmen und zur Reinigung der Sanitäreinrichtungen und Umkleieräume 2 Saisonkräfte in Teilzeit einzustellen. Saisonkarten sollen weiterhin zur Nutzung ohne Zuzahlung berechtigen. Ermäßigungen für Rentner entfallen, dafür erhalten Bürger mit Anspruch auf Grundsicherung Ermäßigung. Für eine Nutzerstatistik sollen genaue Besucherzahlen nach Uhrzeiten und Witterungsverhältnissen unter Berücksichtigung von Ferienzeiten erhoben werden.</p>	<p>(Mitte 2013) Die Öffnungszeiten des Freibades wurden in der Saison 2013 beibehalten (06:30 Uhr bis 20:30 Uhr). Zwei Saisonkräfte wurden für die Reinigungsarbeiten eingestellt. Die Beauftragung einer Reinigungsfirma konnte hierdurch wie geplant entfallen. Eine neue Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme des Freibades der Stadt Quickborn mit den beschlossenen Anpassungen zu den Ermäßigungen hat die Ratsversammlung zwischenzeitlich beschlossen. Seit dem 21.03.2013 ist die Satzung wirksam. In der Saison 2013 werden Zählungen der Besucherströme unter Berücksichtigung der Randbedingungen wie Wochentag, Ferienzeit, Witterung und konkurrierende Freizeitveranstaltungen durchgeführt.</p>
5.	AKD	14.05.2013	<p>Beschluss: Der Ausschuss für Kommunale Dienstleistungen beschließt das Bauprogramm für die Baumaßnahmen in der Hölderlinstraße, Liliencronstraße und Lenaustraße und die Ausschreibung der Maßnahme in Bauabschnitten.</p>	<p>(Mitte 2013) Die Ausschreibung der Maßnahme erfolgt bauabschnittsweise im Herbst 2013. Mit dem Baubeginn kann dann im Frühjahr 2014, sobald die Witterung es zulässt, begonnen werden. Die Fertigstellung wird im Jahr 2014 erfolgen.</p>
6.	AKD+ FA	13.11.2012	<p>Beschluss: Der Ausschuss für Kommunale Dienstleistungen empfiehlt im Haushalt 2013 für Investition des Bauhofs eine Summe von 123.000 € bereitzustellen.</p>	<p>(Mitte 2013) Die in der Vorlage genannten Investitionen für Hochbau sowie für Inventar, Geräte und Maschinen sind durchgeführt bzw. in Planung.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
7.	AKJS	07.06.2011	<p>Anfrage: Herr Kruse bittet um Prüfung, ob in der Stadtbücherei ein W-LAN-Zugang installiert werden könnte.</p>	<p>(Ende 2011) Mit dem Zweckverband „Kommunit“, der die Stadtbücherei betreut und auf dessen Servern der Zugang installiert werden muss, wird gemeinsam derzeit ein „Pflichten- und Lastenheft“ erstellt. Dabei muss auch die Sicherheit des Internetzuganges in Bezug auf Kinder und Jugendliche bedacht werden. Mit einem Ergebnis in absehbarer Zeit ist jedoch zu rechnen.</p> <p>(Mitte 2012) Während ein leitungsgebundener Internetzugang mit Jugendfilter zwischenzeitlich eingerichtet wurde, konnte Kommunit aus Kapazitätsgründen die W-LAN-Verbindung noch nicht abschließend herstellen.</p> <p>(Ende 2012) Eine W-LAN-Verbindung wurde noch nicht eingerichtet, da die rechtlichen Konsequenzen (Verantwortung des Betreibers Stadt Quickborn für das was die Nutzer über diese Verbindung ins Internet stellen bzw. herunterladen) noch nicht abschließend geklärt sind.</p> <p>(Mitte 2013) Der Aufbau einer W-LAN-Verbindung wird derzeit von Kommunit vorbereitet und soll Anfang 2014 abgeschlossen werden.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
8.	AKJS	06.03.2012	<p><u>Beschluss:</u> Die Verwaltung wird gebeten, nochmals zu prüfen, ob es in dem Gebiet Grandweg / Adlerstraße / Lerchenweg / Fasanenenweg eine Möglichkeit zur Ausweisung für eine nicht asphaltierte Freifläche gibt.</p>	<p>(Mitte 2012) Der Ausschuss wurde zwischenzeitlich unterrichtet, dass Flächen geprüft wurden, aber keine eigenen Grundstücke verfügbar sind, die dafür in Frage kommen. Möglicherweise können Verhandlungen mit Privatpersonen aufgenommen werden. Die Stadtjugendpflege wird sich nach den Sommerferien erneut um einen Kontakt bemühen.</p> <p>(Ende 2012) Die Stadtjugendpflege Quickborn hat inzwischen Informationen über 1 Eigentümer einer in Frage kommenden Wiese. Weitere Möglichkeiten sind in Arbeit. Danach (bis zum Sommer 2013) wird die Stadtjugendpflegerin Kontakt aufnehmen.</p> <p>(Mitte 2013) Der Kontakt ist aufgenommen, zu einem persönlichen Gespräch ist es aber leider noch nicht gekommen. Nach Alternativen wird weiter gesucht. Die Stadtjugendpflegerin verfolgt weiter den Plan, eine Fläche zu finden, um eine Spielfläche umzusetzen. Die Stadtjugendpflege wird kontinuierlich im AKJS unterrichten.</p>
9.	AKJS	04.09.2012 07.05.2013	<p><u>Beschluss zum Sozialen Wohnungsbau:</u> Der AKJS hat empfohlen, auf der Grundlage eines „Grundstücksangebotes“ ab Haushalt 2013 für die Dauer von max. 30 Jahren einen Betrag von jährlich 20.500 Euro für die Gewährung eines zinsverbilligten Darlehens beim Produkt 52200-532700 bereitzustellen. (vergl. AKJS 05a/2012-IX vom 04.09.2012 – TOP10 sowie 06/2012-IX vom 25.09.2012-TOP5)</p>	<p>(Mitte 2013) Eine konkrete (möglicherweise EU-weite) Ausschreibung/ Vergabe kann erst erfolgen, sobald die Bauplanung verbindlich ist (vergl. AKJS-Protokoll Nr.04/2013-IX-TOP 6.1). Die Bauplanung wird voraussichtlich Ende 2013 verbindlich, so dass dann das Vergabeverfahren durchgeführt werden kann.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
10.	ASU	20.05.2010	<p>Anregung: Im Rahmen der Beschlussfassung zum Wohnungsmarktkonzept: Die Initiierung und Einrichtung einer umfassenden Anlaufstelle für alle Aspekte der Wohnberatung soll weiter verfolgt und konkretisiert werden.</p>	<p>(Ende 2010): Da vorrangig das Integrierte Stadtentwicklungskonzept und andere Planungen zu bearbeiten waren, konnte dieses Thema bislang nicht aufgegriffen werden. Die Verwaltung wird weitere Überlegungen zur sinnvollen Organisation einer Wohnberatung anstellen und sie dem ASU sodann vorstellen.</p> <p>(Mitte 2011) Die Angelegenheit ist weiterhin nicht beratungsreif, wird jedoch auch im Zusammenhang mit dem nunmehr bearbeiteten Thema „soziale Wohnraumförderung“ (Bebauungsplan Nr. 102) betrachtet.</p> <p>(Mitte 2012) Die Entwicklung einer Konzeption für eine Anlaufstelle konnte wegen vordringlich zu bearbeitender Angelegenheiten noch nicht begonnen werden. Im Hinblick auf die Haushaltssituation ist im Übrigen zu überdenken, die Angelegenheit vorerst nicht weiter zu verfolgen.</p> <p>(Ende 2012) Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat am 31.01.2013 beschlossen, die Ausführung der Handlungsempfehlungen aus dem Wohnungsmarktkonzept nicht in die fortgeschriebene Prioritätenliste zu übernehmen, da vorrangig drängendere städtebauliche Problemlagen Lösungen zuzuführen sind.</p> <p>(Mitte 2013) Aufgrund der oben aufgezeigten Beschlusslage finden diesbezüglich vorerst keine Aktivitäten statt.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
13.	FA	22.08.06	<p>Anregung: Wenn die Übernahme der „Unteren Bauaufsicht“ von Seiten des Landes abschließend geklärt ist, ist die Angelegenheit noch einmal im Hauptausschuss zu beraten.</p>	<p>Auf die vorangegangenen Berichte wird verwiesen.</p> <p>(Mitte 2012) Unter Berücksichtigung der aktuellen Rückmeldungen der Städte, die eine eigene Bauaufsicht haben und der Ämter ist zurzeit eine kreisweite Regelung nicht zu erwarten. Die Haltung des Kreises Pinneberg ist aktuell sehr zurückhaltend. Lediglich die Städte Tornesch und Quickborn haben ein verstärktes Interesse zur Übernahme der Bauaufsicht. Es wird nunmehr ab 2013 ein Pilotprojekt für die Stadt Quickborn mit den Gemeinden Hasloh und Bönningstedt angestrebt.</p> <p>(Ende 2012) Bis Ende 2012 hat sich in der Angelegenheit kein Fortschritt abgezeichnet. Im Frühjahr wurde schließlich zwischen den Beteiligten verabredet, dass es keine kreisweite Neuregelung geben wird. Zwischenzeitlich hat sich der Innenminister gegenüber dem Kreis Pinneberg auch gegen die Einführung von weiteren Unteren Bauaufsichten ausgesprochen. Daraufhin hat es ein Gespräch mit dem Landrat und dem zuständigen Fachbereichsleiter gegeben, in dem Kooperationsmöglichkeiten besprochen wurden. Im 2. Quartal 2013 soll das weitere Vorgehen konkretisiert werden. Die Gremien der Stadt Quickborn werden dann entsprechend unterrichtet.</p> <p>(Mitte 2013) Das weitere Vorgehen konnte im 2. Quartal aus terminlichen Gründen nicht aktualisiert werden.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
14.	FA	20.09.2011	<p>Anregung: Die Verwaltung wird gebeten, zu gegebener Zeit Informationen zum Verfahren „Kartell der Feuerwehrfahrzeughersteller“ zu geben.</p>	<p>(Ende 2011) Im November 2011 wurde die KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH beauftragt, die Stadt Quickborn im Insolvenzverfahren gegen einen Feuerwehrfahrzeughersteller zu vertreten. Insgesamt handelt es sich um 3 Fahrzeuge, bei denen voraussichtlich unzulässige Kartellabsprachen erfolgt sind. Für diese wurden Schadenersatzansprüche geltend gemacht. Am 16.01.2012 fand eine erste Gläubigerversammlung statt, bei der die Stadt von einem von KUBUS beauftragten Fachanwalt vertreten worden ist.</p> <p>(Mitte 2012) Der Insolvenzverwalter hat zwischenzeitlich die Forderungen pauschal bestritten. Dies hat zur Folge, dass die betroffenen Kommunen ihre Schadenersatzansprüche gerichtlich geltend machen müssen. Der Städteverband hat empfohlen, dass sich klagewillige Kommunen auf einen gemeinsamen Anwalt verständigen (vor dem Landgericht besteht Anwaltszwang). Die Stadt Quickborn hat ihr Interesse an einem derartigen Musterverfahren erklärt.</p> <p>(Mitte 2013) Ein Musterverfahren ist noch nicht in Gang gesetzt. Die Firma KUBUS, Schwerin, begleitet auch für die Stadt Quickborn das weitere Verfahren.</p> <p>Unabhängig hiervon wird derzeit zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und den am Kartell beteiligten Herstellern, mit Ausnahme der Firma Ziegler, eine außergerichtliche Regulierung der Kartellschäden angestrebt. In diese Regulierung werden Beschaffungen von Feuerwehrzeugen im Zeitraum 2000 bis 2004 einbezogen. Die Stadt Quickborn hat in diesem Zeitraum keine unter die Rahmenbedingungen fallenden Fahrzeuge beschafft.</p>
15.	FA	18.09.2012	<p>Anregung: Nachdem eine Neuanpassung der Mieten und Pachten städtischer Gebäude und Flächen erfolgt ist, wird um einen Bericht zu den Auswirkungen im Finanzausschuss gebeten.</p>	<p>(Mitte 2013) Der Bericht wird im 3. Quartal 2013 erstellt und bis zum Ende des Jahres im Finanzausschuss vorgestellt.</p>

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
16.	FA	20.11.2012	<p><u>Anregung:</u> Sofern sich aus der Rechtsprechung ergibt, dass für die Besteuerung nach der Vergnügungssteuer höhere Prozentbeträge der Netto- und/oder Bruttokasse möglich sind, wird um eine Unterrichtung im Finanzausschuss gebeten.</p>	<p>(Ende 2012) Bisher gibt es keine neuen Erkenntnisse, die unterrichtet werden können.</p> <p>(Mitte 2013) Die Unterrichtung ist in der Sitzung des Finanzausschusses am 23.04.2013 erfolgt (s. Protokoll FA Nr. 02/2013-IX, TOP 5.4).</p>
17.	FA	26.02.2013	<p><u>Auftrag:</u> Es wird die Zustellung einer Liste zugesagt, in der alle Rundfunkgebührenbescheide der Stadt und ihrer Einrichtungen aufgeführt sind, mit einem Hinweis, in welcher Höhe sich die Gebühr erhöht oder verringert hat.</p>	<p>(Mitte 2013) Es ist beabsichtigt, noch in diesem Jahr dem Finanzausschuss die gewünschte Liste zuzuleiten.</p>

Zusammengestellt vom
Büro des Bürgermeisters u.
dem Fachbereich Finanzen

- 0.01 - Lattmann
- 0.02 - Baumann
- 8.01 - Wölfel

22.10.2013